M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Ökologie und Dritte Welt II

Nr. 125 Mai 1985 DM 5,00

Impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Georg Cremer, Christian Dierstein, Wolf-Matthias Gall, Ute Gerhardt, Christine Grieshaber, Andrea Hassur, Werner Kobe, Claudia Koenig, Michael Krischer, Mecht ild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Theo Niewerth, Mariele Pelster, Dominique Prodel, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler, Susanne Wucher, Daniela Zimmermann.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 17618

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 126:
4. Juni 1985

Anzeigenschluß für Nr. 126:
11. Juni 1985

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der Verein Aktion Partnerschaft in Monheim sucht Gruppen oder Organisationen, die über Erfahrungen in Auseinandersetzungen mit der GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte) verfügen. 1984 machte die Aktion Partnerschaft zwei Musik-Veranstaltungen. Bei der einen traten zwei Gitarristen aus Kolumbien auf, das Eintrittsgeld wurde ihnen in voller Höhe zur Förderung indianischer Kultur überlassen. Die andere war ein Solidaritätsfest für Nicaragua. Zwei Bands spielten kostenlos, der Erlös ging ohne Abzüge als Spende an Nicaragua. Nach einiger Zeit schickte die GEMA-Bezirksdirektion Düsseldorf eine Rechnung mit Forderungen von über 250 Mark. Nach mehreren Anfragen wurde der Betrag zwar auf rund 190 Mark gesenkt, bei Nichtzahlung — so Drohung der GEMA — würde jedoch der doppelte Betrag fällig. Die Monheimer Dritte-Welt-Gruppe hat vorerst die Rechnung bezahlt, um einen Rechtsstreit zu vermeiden. Sie bittet nun andere Gruppen um Auskunft, die sich — womöglich mit Erfolg — gegen GEMA-Forderungen gewehrt haben.

Anschrift:
Aktion Partnerschaft e. V., Dritte-Welt-Laden, Grabenstraße 1, 4019 Monheim.



Die Bilder zu dem Artikel „Äthiopisierung" der Hungerberichterstattung der Nr. 124 stammen von Earthscan, 3 Endsleigh Street London WC1H ODD.

„...sie haben nicht die Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen..."

40 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges, 40 Jahre nach dem Abwurf der Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki, und 30 Jahre nach dem Eintritt der Bundesepublik in die NATO ist das Pazifik-Jahr.

Die sich zuspitzenden Auseinandersetzungen um den ANZUS-Pakt, bislang eines der stabilsten westlichen Bündnisse, haben inzwischen einen Punkt erreicht, der das nahe Ende dieses Verteidigungsvertrages ankündigt. Harte Reaktionen aus Washington auf die atomwaffenfreie Politik Neuseelands ließen nicht lange auf sich warten. Inzwischen sind die USA aus dem Internationalen Molkerei-Vertrag ausgestiegen, der weltweite Minimumpreise für Milchprodukte garantiert und vor allem für Neuseeland ökonomisch vorteilhaft war.

Darüberhinaus haben die USA eine Nachrichtensperre bezüglich geheimdienstlicher militärischer Informationen über Neuseeland verhängt, die auch in Australien hitzige Debatten in der Presse hervorrief.

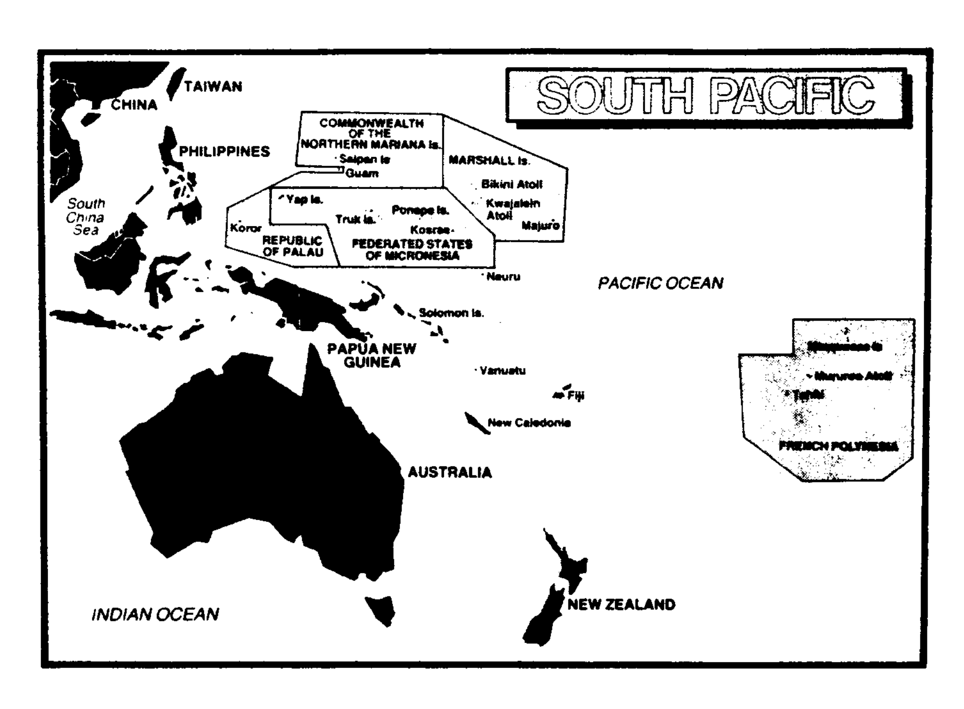
„Die amerikanischen Motive sind und waren immer klar — die USA demonstrieren ihren anderen Verbündeten die Nachteile, die durch Vernachlässigung ihrer Bündnispflichten entstehen. Amerika würde keinen Cent für Neuseeland geben, ist aber höchst beunruhigt über eventuelle Auswirkungen auf die NATO und Japan und überhaupt über den sogenannten Schneeball-Effekt." (Age 2.3.1985)

Genau diesen Schneeball-Effekt und die Ausbreitung des Bazillus der „nuklearen Allergie" (als „nukleare Allergie" wird von den Amerikanern die Angst ihrer Verbündeten bezeichnet, die durch die Stationierung von Atomwaffen ein mögliches Ziel sowjetischer Missiles sein könnten) von der nach Auffassung der Amerikaner Australien am stärksten infiziert ist, fürchten die USA am meisten, so daß sie alles tun werden, um diesen Bazillus einzudämmen bzw. auszurotten.

In Australiens Medien wird inzwischen offen über Bedeutung und Wert des Bündnisses mit den USA diskutiert. So konnte man im Februar auf der ersten Seite der Zeitschrift der australischen „Naturwissenschaftler gegen Atomwaffen" SANA UPDATE, folgendes lesen: „Warum benötigen wir ANZUS? Welche Hilfe könnten die USA uns in einem Atomkrieg anbieten? ANZUS ist ein Mühlstein um die Hälse Australiens und Neuseelands. Laßt uns der Welt ein viel stärkeres Zeichen für die Notwendigkeit der nuklearen Abrüstung geben, indem wir alle US-Basen und -Einrichtungen aus Australien verbannen. Wir können Gott danken, wenn ANZUS nicht mehr besteht."

Die Zeitung „Age" schrieb am 1. März, daß „Australien ein Interesse an der Aufrechterhaltung der globalen Stabilität hat und die USA in ihrer Abschreckungsstrategie unterstützt. Das ist aber nicht das gleiche, wie die gegenwärtige US-Administration zu unterstützen, die eine zunehmende nukleare Superiorität über die Russen anstrebt... Es ist unfaßbar, daß die skandinavischen Staaten auf Geheiß der USA gegeneinander Druck ausüben würden, und dasselbe gilt für Australien... Norwegen ist Mitglied der NATO und verfolgt dennoch eine Politik, die das Anlegen nuklearwaffen-bestückter Schiffe verbietet, was von seinen NATO-Partnern respektiert wird... In den Jahren 1972—75 haben die USA das Anlegeverbot atomwaffen-bestückter Schiffe (in Neuseeland) ohne jegliches öffentliches Aufhebens akzeptiert und ohne daß die amerikanische Abschreckungsstrategie gefährdet wäre — und das gilt auch für heute."

Genau dieser Punkt ist die Krux: die durch viele Jahre hindurch gültige und bewährte Abschreckungsstrategie ist von der Reagan-Administraton durch die Erstschlagsstrategie ersetzt worden, so daß dementsprechend Maßnahmen und Initiativen, die die Erstschlagsfähigkeit der Amerikaner gefährden, auf das schärfste abgelehnt und bekämpft werden.



Von daher unterscheidet sich die Situation vor 10 Jahren gravierend von der heutigen, so daß Neuseelands atomwaffenfreie Politik, die von vielen Staaten in der für die US-Globalstrategie so bedeutenden Pazifik-Region befürwortet wird, jetzt auf großen amerikanischen Widerstand stößt.

Auch in Australien ist die Funktion der

dortigen US-Basen angesichts der neuen Strategien umstritten. Während die Hawke-Regierung an der Fiktion festhält, daß der **Northwest-Cape-Stützpunkt,** von dem aus die USA mit ihren „hunter-Killer-U-Booten" Verbindung halten, die im Konfliktfall sowjetische U-Boote zerstören sollen, eine abschreckende Funktion hat, wird dieser Auffassung sogar von US-Militärs widersprochen. So ließ ein amerikanischer Botschaftssekretär verlauten, daß die USA ca. 40 „Angriffs"-U-Boote im Pazifischen und Indischen Ozean haben, die von den australischen Kommunikationsbasen her befehligt werden. Von einer „abschreckenden Funktion" kann also keine Rede sein.

Ob der 1988 auslaufende Vertrag mit den USA über Northwest Cape von seiten Australiens verlängert wird, ist noch offen. Deutlich ist aber, daß die USA alles daran setzen werden, die Souveränität über diese so relevanten Stützpunkte zu behalten. Der Gedanke an eine Wiederholung des Regierungswechsels vor 10 Jahren, als die Labour-Whitlam-Regierung u. a. wegen der amerikanischen Zweifel an einer Vertragserneuerung über die Spionagestation **Pine Gap** abgesetzt wurde, liegt nicht so fern.[1]

Angesichts der wachsenden australischen Anti-Atombewegung mit ihrer im Juni vergangenen Jahres gegründeten nuklearen Abrüstungspartei (Nuclear Disarmament Party NDP), die bei den letzten Wahlen im vergangenen Dezember unter dem Motto: Keine Nuklearwaffen, keine ausländischen Basen(!), kein Uranabbau-und-export, immerhin eine halbe Million Stimmen erhielt, sowie angesichts des starken Anti-Atom-Flügels seiner Labour-Partei, ist Hawke gezwungen, Kompromisse einzugehen.

So mußte er seine bereits erteilte Zustimmung für einen US-Luftwaffenstützpunkt in Sydney, von dem die USA ihre MX-Flüge in die Tasmanische See beobachten wollten, aufgrund massiver Proteste in der Öffentlichkeit und in seiner eigenen Partei zurücknehmen. Um den Schein als Premier einer Partei, die traditionsgemäß eine ausgesprochene atomwaffenfreie Politik verfolgt, zu wahren, ist Hawke in internationalen Foren ein großer Befürworter eines umfassenden Atomtestverbots.

Atomare Idylle

Bei den Atommächten, und besonders bei der französischen sozialistischen Regierung, stößt diese Initiative allerdings nicht auf positive Resonanz. Ein Atomtestverbot würde schließlich das Ende der französischen Tests auf dem **Mururoa-Atoll** bedeuten, und würde die Chance der USA, einen erfolgreichen Erstschlag auszuführen, verringern, da die „Zuverlässigkeit" bereits existierender Nuklearwaffen nicht länger von Zeit zu Zeit erprobt werden könnte.

Aber auch der Erprobung neuer technologisch „besserer" und „raffinierterer" Atomwaffen wäre durch ein Atomtestverbot ein Ende gesetzt, so daß der amerikanische Senat die kürzlich freigegebenen 1,5 Milliarden Dollar zum Bau von 21 zusätzlichen atomaren MX-Interkontinentalraketen in solch einem Fall sparen könnte.

Nicht nur die Einwohner Französisch-Polynesiens würden ein Atomtestverbot



begrüßen, sondern ebenfalls die der **Marshall-Inseln,** die zum US-Treuhandgebiet Mikronesiens gehören. Das Kwajalein-Atoll, (Marshall-Inseln) hat laut einem australischen Wissenschaftler wahrscheinlich mehr zum Rüstungswettlauf beigetragen als jeder andere Fleck auf der Erde und ist das Herz jeder Entwicklung des US-Atomwaffen-Arsenals.

„Auf dem Kwajalein-Atoll ist seit 1964 praktisch jeder weitere Schritt zum nuklearen Overkill erprobt worden. Sämtliche Interkontinentalraketen mit einer Reichweite von über 5000 km — von der Nike-Zeus, Minuteman III bis zur Trident, schlugen zunächst im Pazifik ein, bevor sie dem Atomarsenal der USA beigefügt wurden."[2]

Im vergangenen Juni wurde vom Kwajalein-Atoll eine mehrstufige Interkontinentalrakete vom Typ Minuteman 1 gezündet und von einer anderen, gestartet vom Stützpunkt Vandenburg in Kalifornien, erstmals vor Eintritt in die Erdatmosphäre abgeschossen. „Die Einwohner von Kwajalein mußten mit dem Beginn des Raketentestprogrammes Mitte der 60iger Jahre die Inseln räumen und auf das nahegelegene Eiland Ebeye ausweichen."[3] Die 3000 Einwohner Ebeyes, das eine höhere Bevölkerungsdichte als Kalkutta aufweist, „leben mit einer biologischen Zeitbombe, die jederzeit explodieren kann. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO übersteigt die Zahl der Krankheitserreger in diesen Gewässern das Tausendfache dessen, was weltweit als erträglich angesehen wird. Das Schwimmen im Meer rings um Ebeye ist verboten."[4]

Das Betreten Kwajaleins ist den ehemaligen Bewohnern nur gestattet, wenn sie dort arbeiten, ein Fotoausweis mit den entsprechenden Angaben auf der Brust beweist die Legalität des Verweils auf Ebeye. Der nächtliche Verbleib auf Kwajalein ist den Arbeitern strikt untersagt wie auch der Besuch von Restaurants oder Kneipen.

Die rassistische Ideologie, die hinter der Diskriminierungspraxis steht, wurde 1977 von Peter Colemann, dem damals amtierenden Hochkommissar des Treuhandgebietes Mikronesien, deutlich ausgesprochen: „Obwohl einige der mikronesischen Arbeiter auf Ebeye die technischen Fähigkeiten haben mögen, die eine Beförderung rechtfertigen würden, haben sie nicht die Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen und Menschen zu führen, besonders keine Amerikaner."[5]

Dieses Jahr endet das Treuhandmandat der USA über Mikronesien. Die Arbeiter lassen keinen Zweifel daran, wie sie mit diesem Gebiet verfahren werden, falls es einen Weg einschlagen sollte, der „unserer Auffassung nach unsere Verteidigungsposition antastet." Dann „...sind wir gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen."[6] Über Details der zu erwartenden Maßnahmen ließ sich der Sprecher des Pentagon nicht näher aus, doch ist laut Vinke die „...Besetzung Grenadas in Mikronesien als deutliche Warnung der westlichen Führungsmacht begriffen worden."[7]

Hinweise auf das weitere Schicksal Mikronesiens enthüllt der 1963 unter der Federführung John F. Kennedys und dem Ökonomen Solomon (heute Vorsitzender der Federal Reserve Bank in New York)

verfaßte „Solomon-Report". In diesem Papier wird ein umfassender Plan anvisiert, der Mikronesien zu einem Bundesstaat der USA macht. Realisiert werden soll dieses Konzept durch die „...Akkulturation der Mikronesier mit Hilfe von Curicula, in denen die amerikanischen kulturellen und patriotischen Werte und Symbole betont werden, sowie durch die Einstellung zahlreicher Peace-Corps-Freiwilliger, die den Prozeß der Amerikanisierung vorantreiben sollen."[8] Neben dieser ideologischen Indoktrination sieht der Report eine „massive Infusion US-amerikanischen Kapitals" in Mikronesien vor, so daß entsprechend dieser Direktive in den letzten Jahren 130 Millionen US-Dolar per annum nach Mikronesien geflossen sind.

„Damit das Plebiszit (über Mikronesiens Zukunft, der Verf.) günstig ausfällt, hält die Kommission ein effektives Kapitalinvestmentprogramm vor dem Plebiszit für erforderlich, um den Mikronesiern den Sinn für Fortschritt zu vermitteln, das das tödliche Gefühl ökonomischer Schwäche ersetzen soll."[9]

Die Auswirkungen des vielbeschworenen Fortschritts stammen allerdings ausschließlich von dem Sektor, der in Mikronesien höchste Priorität hat, dem Militär. „Was man von den Eingeborenen verlangt, ist harte Arbeit an den US-Verteidigungsanlagen. Jeden Morgen ruft die Sirene zum Einsatz. Die Güterschwemme von Bier, Coca-Cola, Konserven und billigen Verbrauchsgütern verlockt die Eingeborenen in eine Abhängigkeit, die sie aufgrund ihrere angestammten Lebensgewohnheiten bald auch zu Schuldnern der amerikanischen Händler werden läßt, vermögen sie doch zwischen ihrem kärglichen Verdienst und dem freiherumstehenden Überangebot der Supermärkte keine richtige Relation herzustellen. Die Folge ist eine christlich verbrämte Subkultur entwurzelter Insulaner, die als Arbeitskräfte der Überflußgesellschaft am Rande der US-Militärghettos vegetieren."[10]

Eine Änderung dieser vom Militärsektor durchsetzten und dominierten Gesellschaft und ihrer ökonomischen Struktur kann wohl nur noch durch einen demilitarisierten Pazifik bewirkt werden.

Ein Jahr der Entscheidung

In diesem Jahr wird das Südpazifische Forum, dem 14 pazifische Staaten angehören, den Vertragsentwurf über einen atomwaffenfreien und unabhängigen Pazifik verabschieden.

Ob eine echte atomwaffenfreie Zone in einem für die USA wichtigsten strategischen Gebiet realisiert werden kann, hängt sicherlich zu einem großen Teil von der Politik Neuseelands und Australiens ab.

Daß aber auch eine europäische Unterstützung und Solidarität für die pazifischen Staaten notwendig ist, zeigt das Schreiben eines neuseeländischen Arztes an den Rundbrief der „Ärzte warnen vor dem Atomkrieg": „Wir brauchen alle erdenkliche Unterstützung von außerhalb, um den Druck westlicher Regierungen, besonders der USA, widerstehen zu können. Es wäre für uns hilfreich, wenn Menschen aus Europas Zeichen der Unterstützung des unabhängigen neuseeländischen Standpunktes hierher senden könnten... Dies wird nicht nur die Regierung beeinflussen, sondern auch diejenigen unserer Mitbürger, die glauben, wir sollten den USA, mit denen wir uns zusammen mit Australien im ANZUS-Pakt befinden, folgen."

Angesichts der zu erwartenden Entscheidungen in diesem Jahr sollten wir uns an den Aufruf von Roman Bedor, einem Bürgerrechtler aus der Republik **Palau**, aus dem Jahre 1981 erinnern, in dem er an das Ausland appelliert, dem Volk Palaus bei seiner Kampagne gegen die französischen Atomversuche auf dem Muroroa-Atoll in Polynesien zu helfen, und gegen den Plan der japanischen Regierung, ihre atomaren Abfälle im Pazifischen Ozean zu versenken.

Nach Ablauf des im Februar 1983 beschlossenen Moratoriums über ein Verbot von Atommüllagerung auf dem Meeresboden, ist im Herbst dieses Jahres mit der Versenkung von japanischem Atommüll zu rechnen, was das japanische Amt für Wissenschaft und Technik kürzlich bestätigte.

Auch die Europäer sollte an einem Verbot der Atommüllversenkung in eines der Weltmeere Interesse haben, da evtl. austretendes Gift nicht nur in den Pazifikraum eindringen, sondern auch andere Meere allmählich verseuchen würde.

Es ist zu hoffen, daß wir durch die internationalen Auseinandersetzungen um ANZUS und Neuseeland die „Fixierung auf Europa überwinden lernen", wie Petra Kelly in einem offenen Brief an die Grünen und an die Friedensbewegung im letzten Herbst schrieb, und daß wir wie die Militärs endlich die Erde als Ganzes sehen und begreifen und dementsprechend weltweite Solidarität praktizieren. Wir sitzen alle auf einem nuklearen Pulverfaß, und wenn es explodiert, betrifft es die ganze Menschheit.

Annette Groth

Anmerkungen

1) Am 11.11.1975 entließ der Generalgouverneur John Kerr die Labourregierung, und zwar genau an dem Tag, an dem der damalige Premierminister Whitlam androhte, die Aktivitäten der CIA in Australien aufzudecken. Darüberhinaus hätte die Regierung am 09.12.75 den USA eine Mitteilung über die Souveränität des Gebiets von Pine Gap (bedeutender US-Stützpunkt) machen müssen, da der Vertrag, der den USA die Souveränität über Pine Gap übertrug, am 09.12.75 verlängert werden mußte. Da Unsicherheit über die Erneuerung des Vertrages durch die australische Regierung bestand, mußte Whitlam abgelöst werden. Nachzulesen in: „Die Destabilisierung einer ‚weißen' Regierung" bei R. Dhunjibhoy/K. Hübner (Hrsg.): „Unterwanderung — Die Destabilisierungspolitik der USA von Angola bis Nicaragua", Peter Hammer Verlag, 1983
2) Hermann Vinke: „Wir sind wie die Fische im Meer, Mikronesien verseucht, verplant, verdorben", Arche Verlag, Zürich 1984, S. 137
3) ebenda
4) Vinke, S. 143
5) Entwicklungspolitische Korrespondenz 5/83 „Militarismus, Frieden, 3. Welt", S. 38
6) Southeast Asia Chronicle, Febr. 85 „Pacific Alert: Nuclear Arms and the New Militarism, S. 18
7) Vinke, S. 167
8) Southeast Asia Chronicle, S. 17
9) ebenda
10) Vinke, S. 167/168

Der West-Somalis-Selbsthilfe-Verein e. V.:

Die Flüchtlingssituation in Somalia was kommt nach der Katastrophenhilfe?

Das Horn von Afrika steht erneut in den Schlagzeilen, die Hungerbilder kommen jetzt aus Äthiopien, wo die Menschen wieder einmal die Politik der Herrschenden ausbaden müssen.

Damals zwang der erneut aufgeflammte (Grenz-) Krieg zwischen Somalia und Äthiopien 1977/78 die in Äthiopien (‚Ogaden-Gebiet') lebenden Somalis, nach Somalia zu flüchten. Die Schreckensbilder der verhungernden Menschen gingen durch die Medien; besonders bei uns war die Bevölkerung sensibilisiert, für Somalia zu spenden; war doch Mogadishu, die Hauptstadt Somalias, im Oktober 1977 durch den GSG-9-Einsatz zur Befreiung der ‚Landshut' der Lufthansa in die Öffentlichkeit gerückt.

Die Hilfsorganisationen linderten die erste große Not durch Nahrungsmittel und ärztliche Betreuung. Damit wird das Problem aber nicht gelöst. Die Flüchtlinge, Bauern und Nomaden, waren gewohnt, für ihren Lebensunterhalt selbst zu sorgen. In den Flüchtlingslagern verloren sie jede Lebensperspektive; es entstand Resignation, die durch das öde Lagerleben in Abhängigkeit hervorgerufen wird.

Um das Almosenempfängerdasein zu durchbrechen, sind den somalischen Flüchtlingen gerecht werdende (Lebens-) Bedingungen zu schaffen. Durch den Aufbau von Selbsthilfeprojekten im landwirtschaftlichen und handwerklichen Bereich können wir die Flüchtlinge dabei unterstützen, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen.

Der West-Somalis-Selbsthilfe-Verein e. V. ist von der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Somalis und ihren deutschen Freunden 1981 gegründet worden. Nach langem Abwägen haben wir uns für ein Projekt entschieden, das den Frauen zugute kommt. (In den Lagern leben zum größten Teil Frauen, Kinder und alte Menschen. Nach neuesten Schätzungen (vom UNHCR) liegt die Zahl der Flüchtlinge bei ca. 700.000)

Im Flüchtlingslager Qoreoley (ca. 130 km von Mogadishu entfernt) werden wir ein Frauenzentrum bauen, in dem sich die Frauen zum Erfahrungsaustausch etc. treffen und vor allem die Arbeits- u. Bildungsmöglichkeiten wahrnehmen zu können. Nach der Anlaufpause werden sie das Zentrum in Eigenverantwortung übernehmen. Durch den Verkauf der hergestellten Waren soll die finanzielle Unabhängigkeit erreicht werden.

Zwei Vereinsmitglieder sind zur Zeit in Somalia, sie haben das Lager Qoreoley ausgesucht, das für die Anlage einer festen Siedlung vorgesehen ist und bereiten mit den Frauen gemeisam das Projekt gründlich vor. Ein Bauplatz ist gefunden und genehmigt, so wird in Kürze mit dem Bau der ersten Werkräume begonnen. Wer Näheres darüber wissen möchte und/oder sich für unsere Arbeit interessiert, kann sich an die angegebene(n) Adresse(n) wenden, auch Fördermitglieder sind sehr willkommen!

Eines unserer dringlichsten Probleme ist die laufende Betreuung des Projekts: Wir suchen daher ernsthaft engagierte Leute, die unser Projekt eine Zeitlang betreuen können. Wir können nur geringe finanzielle Unterstützung bieten, dafür umsomehr die Möglichkeit, eine Menge Erfahrungen zu sammeln.

West-Somalis-Selbsthilfe-Verein e. V.:
Maria Bongartz, Basaltstr. 57, 5300 Bonn 3, Tel.: 0228/442830
Birgit Hoffmann-Mohamud, Burbacherstr. 150, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/238381



Die „andere" Natur

ein Diskussionsbeitrag

Wenn wir das Naturverständnis anderer Kulturen verstehen wollen, ist es ratsam, erst einmal einen Blick auf den Ausgangspunkt, unser eigenes Naturverständnis zu werfen:

Der Begriff „Natur" meint für uns zuerst einmal das „Andere", das „draußen" ist, und erst langsam in einem schwierigen gesellschaftlichen Umdenkprozeß „uns selber", als Menschen aus Fleisch und Blut.

Natur wird als das willenlos den „Naturgesetzen" Unterworfene verstanden, das mechanisch funktioniert. Nur das Geistwesen Mensch als „Krone der Schöpfung" ist beseelt, die Natur seinem Willen „untertan". Wenn auch diese biblische Wendung in letzter Zeit weniger unterdrückerische Interpretationen erfahren hat, so ändert dies nichts an der Stellung des Menschen: über der Natur, und nicht Teil derselben. Natur ist für uns zuerst Gegenstand, Gegenstand der Naturwissenschaft, des Naturschutzes, der Ausbeutung oder des Haushaltes.

Was interessiert uns am Naturverständnis anderer Kulturen?

Es gibt eine wachsende Zahl von Menschen hier bei uns, denen mehr und mehr bewußt wird, daß — von der ökologischen Krise bis zu individuellen Krankheiten — vieles mit unserem Verhältnis zur Natur zusammenhängt. Sie suchen nach anderen menschlichen Möglichkeiten des Umgangs mit der Natur und befragen daher auch andere Kulturen. Diese Suche brachte Büchern wie „Der Papalagi", „Lukanga Mukara" oder der „Rede des Häuptlings Seattle" große Beliebtheit, obwohl die Authentizität in keinem der Beispiele gesichert ist. In der Begeisterung für diese Literatur schwingt oft die Hoffnung mit, bei anderen — seien es Südseeinsulaner, Afrikaner oder Indianer — „den einen richtigen Weg" für uns zu finden.

Und diese Illusion trübt oft den Blick für den uns unangenehmen Aspekt der „anderen Wirklichkeit" und verzerren sie zur Idylle. Sinnvoll können wir aber die Frage stellen: welches Verhältnis zu Natur ist im gesellschaftlichen Handeln einer anderen Kultur für uns erkennbar? Und können wir vielleicht von ihr etwas lernen und auf uns übertragen und auch über uns selbst mehr Klarheit erlangen?

Das Naturverständnis archaischer Gesellschaften

Würden wir ein Mitglied einer archaischen Gesellschaft, das die abendländische Zivilisation nicht kennt, fragen: „Was ist Euer Naturverständnis?", so würden wir nur verständnisloses Kopfschütteln zur Antwort bekommen. Warum?

Unsere Frage ist ganz von unserem Standpunkt und unserer Situation geprägt. Die ökologische Krise, langsam von allen bemerkt, bringt uns dazu — als gute Abendländler — nach Ursachen zu suchen. Die finden wir sogar in großer Vielzahl. Das befriedigt aber nicht unsere kulturell vorgegebenen Neigung zu schönen, einfachen und eleganten Erklärungsmustern. Ein solches ist der Begriff „Naturverständnis". Als hochgradig abstrakter Begriff ist er in der Lage, eine Vielzahl von konkreten Erscheinungen „auf einen Nenner" zu bringen. Als Ausdruck unseres eher hierarchisch arbeitenden Denkens unterstellt er etwas Reales zu sein, aus dem konkretes Handeln der Gesellschaftsmitglieder folgt. Und nun sind wir geneigt zu versuchen, angesichts der fatalen Folgen unseres Handelns, einfach unser Naturverständnis zu ändern, damit sich alles „zum Guten" wendet.

Das dieser Vorstellung zu Grunde liegende Denkmuster und die damit verbundene Sprechweise ist es, was ein Mitglied einer archaischen Gesellschaft nicht ohne weiteres verstehen kann. Denn es lebt nicht in einer naturwissenschaftlich geprägten Welt voller Gegenstände, voller isolierter Individuen, die von einer Umwelt umgeben sind, sondern mitten in der Welt und nicht durch einen Haufen Abstraktionen von ihrer direkten sinnlichen Wahrnehmung getrennt (siehe Liedloff 1982, Schumacher 1977).

Zunächst wird dieser Mensch nicht verstehen, was wir mit „Natur" meinen. Wenn wir es erklären, alles aufzählen, was wir zur Natur rechnen, wird er bald den Eindruck bekommen, wir meinten die ganze Welt, den Kosmos. Aber was sind wir dann? Er wird sich nur als Teil der Natur (in unseren Worten) begreifen können, nicht als ein darüber reflektierender Geist. Irgendwann, wenn wir wirklich etwas von archaischen Kulturen lernen wollen, werden wir aufhören zu fragen und erst einmal beobachten und zuhören und teilnehmen und uns immer wieder fragen, was das, was wir wahrnehmen, für die Mitglieder dieser Kultur bedeutet, und nicht versuchen in unser Kategoriesystem einzupassen.

Viele westliche Forscher haben dies — mehr oder weniger gut — getan und vieles für uns greifbar notiert. Aus der Blickrichtung unserer Frage nach dem Naturverständnis archaischer Kulturen können wir daraus — grob vereinfachend — eine Reihe von grundlegenden Charakteristiken herausnehmen.

In archaischen Gesellschaften sind die Menschen Teile der Welt. Sie sind unlösbar fest in sie eingebunden und ihren Regeln unterworfen. Alle lebendigen Wesen — Tiere und Pflanzen, oft auch die Erde und die Naturgewalten — werden in irgendeiner Form als beseelt, belebt oder von Geistern bewohnt erlebt. Sie sind also nicht „seelenlose Objekte", sondern eher „lebendige Subjekte" — und so den Menschen ähnlich, verwandt, auch wenn sie schrecklich oder gewalttätig sind. Diese Weltauffassung kommt in den Mythen, aber auch in allen Handlungen des täglichen und des nicht alltäglichen Lebens zum Ausdruck:

— Von vielen Indianerstämmen wird be-

richtet, daß die Häuptlinge sich, wenn sie Verträge abschlossen, in einer Zeremonie zuerst in alle vier Himmelsrichtungen, dann zur Erde und zum Himmel wendeten und dann zu sprechen begannen, als ob sie versinnbildlichen wollten, daß der ganze Kosmos Zeuge sei.

— In vielen Kulturen wird der „Geist" eines Tieres „beschwichtigt", ehe es gejagt und getötet wird.

Und selbst in unserer Kultur sind noch Reste solcher Formen des Verhaltens gegenüber der Natur zu finden: vor etwa einem halben Jahrhundert wurde folgender Brauch, der wohl aus unserer keltischen Vergangenheit stammt, in Kärnten (Österreich) ausgeübt. „Jeder Baum, er zum Schlagen bestimmt war, wurde davor von den Holzknechten durch ein merkwürdiges Zeremoniell geehrt. In feierlichem Ritual nahmen sie den Hut ab, gaben dem Baum einen gängigen Namen, sie tauften ihn gewissermaßen. Dann redeten sie ihn namentlich an, baten um Verzeihung, daß sie ihn schlagen müßten und erhoben ihn so zu einer Individualität. Er nicht mehr *ein* Baum, sondern *der* Baum. Erst nach dieser Zeremonie wurde er geschlagen oder umgesägt." (Silla-Fuchs, Seite 48)

Die hier zum Ausdruck kommende Beziehung zu dem jeweiligen Naturgegenstand ist das genaue Gegenteil unserer *warenförmigen Beziehung* — oder besser Nicht-Beziehung — zur Natur. In allen archaischen Kulturen wird nur das angebaut, gejagt oder gefischt, was zum eigenen Verzehr oder direkt zum Handel gebraucht wird, aber nicht für einen abstrakten Markt. Das bedeutet, daß es kein isoliertes ökonomisches Handeln gibt. Jede Handlung eines einzelnen Menschen, der sich in archaischen Gesellschaften nicht als isoliertes Individuum, sondern, um überhaupt existieren zu können, als Teil des Kollektivs erlebt, betrifft immer die ganze Welt und hat immer gleichzeitig soziale / ökonomische / juristische / religiöse/ästhetische Aspekte (in unserer Sprache formuliert). Ein Handel zwischen zwei Angehörigen verschiedener Clans beispielsweise, kann gleichzeitig sowohl Tausch von Waren, als auch Herstellung oder Bekräftigung von Beziehungen für die Gültigkeit der Tauschregeln, als auch Präsentation der eigenen Großzügigkeit, als auch unverzichtbare Vorbereitung für das konkrete Begehen eines wichtigen Feiertages im Jahreslauf, als auch eine Art „Show" für die umstehenden Angehörigen sein. Pures zweckrationales Handeln, daß nur ein einziges Ziel verfolgt, ist für ein Mitglied einer archaischen Gesellschaft nicht vorstellbar. Diese dauernde Verflochtenheit in die ganze komplexe Vielfalt der Erscheinungen und Regeln der Welt erscheint uns erst einmal einengend, irrational und unzweckmäßig. Oft wird die Einhaltung vorgegebener Rituale zu bestimmten Gelegenheiten, z.B. entsprechend unserem Erntedankfest peinlich genau überwacht, sei es die Beteiligung und die Handlung eines einzelnen wovon es abhängt, ob die nächste Ernte wieder gut wird, ob Unheil abgewendet werden kann, ob das nächste Jahr richtig beginnt.

Dieser „magisch-mythischen" Weltauffassung stehen wir mit unserer wissenschaftlich-rationalen diametral gegenüber. Wir haben die Freiheit alles zu tun, kein „Aberglaube" schränkt uns ein, der Fortschritt kann sich ungehindert entfalten. Oder haben wir nur die Grenzen verschoben?



Inderin zeichnet magische Symbole gegen böse Geister vor die Türschwelle
Foto: Moosbrugger/foto-present

Wenn wir die Regeln, oft in Form von Mythen, Ritualen, Tänzen etc. formuliert, die das Jagen, Ernten, Zusammenleben, Heiraten, Zahl der Kinder, Bäume fällen... bestimmen, nicht als Aberglaube abtun, sondern als **andere Formulierungen eines ökologischen Verhaltenskodex** verstehen, so ist das zwar wieder eine abstrakte Beschreibung aus unserer Perspektive, aber wir können so wahrnehmen, daß in ihnen oft eine Fülle von Erfahrungen mit der Welt in allgemeinverständlicher und für alle Gesellschaftsmitglieder nachvollziehbarer Weise formuliert sind.

Das Naturverständnis östlicher Hochkulturen

Um eine Vorstellung der Verschiedenheit des Naturverständnisses östlicher Kulturen gegenüber der unseren zu bekommen, werden wir uns hier — sehr vereinfacht — den Grundideen des Buddhismus zuwenden, die in besonderem Gegensatz zu unserer Weltansicht stehen. Dabei müssen wir uns allerdings vergenwärtigen, daß unter dem Oberbegriff Buddhismus eine Viehlzahl sehr unterschiedlicher Traditionen auf über einen Zeitraum von 2500 Jahren auf einem riesigen Kontinent zu verstehen sind.

Im Mittelpunkt des Buddhismus steht vor allem die Vervollkommnung des Menschen, also seine innere Entwicklung. Das steht im Gegensatz zu unserer gesellschaftlichen Praxis, die größten Aufwand für die Perfektionierung der äußeren Welt treibt, unabhängig ob es um die Erhöhung des Umsatzes, die Verbreiterung der Medienangebote, die Verlängerung des Urlaubs oder die Vertiefung des Verständnisses molekularbiologischer Prozesse geht, immer mit dem Ziel die Verbessrung des Lebens voranzutreiben.

Die Differenz zum Buddhismus ist radikal und beginnt schon bei der Wahrnehmung. Sind für uns die Dinge, denen wir begegnen, mehr oder weniger unvollkommene Realisierungen einer perfekten Idee, so ist für einen Buddhisten das Gegebene immer vollkommen — was unvollkommen ist, ist seine Wahrnehmung. Und diese gilt es also zu entwickeln. Unsere Idee, die Natur zu verbessern, liegt dieser Auffassung ganz fern.

Der Absicht des Buddhismus, Leiden zu vermindern, entspricht die Anweisung „Mitgefühl mit allen empfindlichen Wesen" zu praktizieren. Und dies hat für den Umgang mit Natur grundlegende Folgen: Viele Buddhisten, nicht nur Mönche, essen kein Fleisch, Pflanzen werden nur für den Lebenserhalt geerntet und nicht zum Vergnügen abgerissen. Rupfte in Tibet ein Kind Gras aus, wurde es getadelt, daß es doch auch seiner Mutter nicht die Haare ausreißen würde. Die Reinkarnationslehre des Buddhismus macht die Verbundenheit des Menschen mit allen lebenden Wesen besonders deutlich: Auch das kleinste Insekt ist ein beseeltes Wesen mit dem Drang nach Vollkommenheit.

Damit verbunden ist das Fehlen der scharfen Grenze zwischen Mensch und Natur, wie wir sie bei uns vorfinden. Deutlich wird das z.B. in der Architektur. Der Übergang von draußen nach drinnen ist in den traditionellen Häusern vieler östlicher Kulturen eher fließend; auch das Klima wird nicht „ausgesperrt". Traditionelle Japaner heizen, wenn es kalt ist, nicht ihre Häuser, sondern sich selbst, z.B. durch entsprechende Kleidung. Ein ganzes Haus zu heizen käme ihnen überflüssig und verschwenderisch vor.

Da aller praktischer Umgang mit Natur als Arbeit verstanden werden kann, können an der Bedeutung der Arbeit für den Buddhisten einige wesentliche Unterschiede zu uns aufgezeigt werden. Arbeit ist für uns eine lästige, aber notwendige Tätigkeit, die der möglichst effektiven Erzeugung der für notwendig erachteten Produkte dient.

Für den Buddhisten hat Arbeit mehrere Aufgaben: neben der Herstellung der lebensnotwendigen Güter ist sie eine Möglichkeit zur Entwicklung seiner Fähigkeiten, zur Herstellung von sozialem Zusammenhalt und Überwindung der Ich-Bezogenheit, zu meditativer Versenkung. Die Arbeit selbst und nicht allein das Resultat ist wesentlich.

Die Arbeit auch als „Weg", als „Tao" — zur Vollkommenheit. Zerstückelung der Arbeit, Zeitgewinn und Effektivierung auf Kosten der Sinnhaftigkeit der Tätigkeit ist



„Auch ihr könnt den Fortschritt haben!"

(The Ecologist, August 1970)

damit nicht vereinbar, und eine isolierte technokratische Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnise wie bei uns — abgelöst von den sozialen und natürlichen Zusammenhängen — nicht denkbar. Damit ist nicht gesagt, daß die Erreichung großen Wohlbefindens und großer Fülle von Gütern prinzipiell abgelehnt wird — aber die persönliche Bindung und die Abhängigkeit davon, das gierige Verlangen danach, gilt es für den Buddhisten abzulegen.

Ein anderes Naturverständnis bei uns

Die in den beiden letzten Abschnitten skizzierte Haltung des Menschen gegenüber der Natur scheint sehr verschieden von der bei uns herrschenden zu sein. Aber auch in unserer eigenen Kultur finden sich Ansätze zu einer ganzheitlichen Sicht der Natur.

So wird z.B. bei Goethe eine andere Haltung gegenüber der Natur sichtbar. In seiner Auseinandersetzung mit Newton, der die mechanisierte Weltsicht zu dieser Zeit ausformulierte, bestand Goethe gerade auf der Verbundenheit der äußeren Phänomene mit der menschlichen Wahrnehmung. Und er forderte dazu auf — ebenfalls im Gegensatz zur Haltung des „aufblühenden" Industriezeitalters mit seiner Utopie der grenzenlosen Machbarkeit — „das Erforschliche zu erforschen und das Unerforschliche still zu verehren."

Aber auch in den fortgeschrittenen Bereichen der modernen Naturwissenschaften haben sich die Vorstellungen darüber, was Natur ist. erheblich von den mechanistischen Vorstellungen, die unser Industriesystem durchziehen, entfernt. Das bekannteste Beispiel ist hier wohl das Buch des theoretischen Physikers Fritjof Capra: „Wendezeit". Aber auch in Biologie, Medizin, Psychologie u.a. Bereichen sind derartige Veränderungen festzustllen.

Fraglos steht unsere Zivilisation heute an einem Wendepunkt: die Notwendigkeit einer ökologischen Orientierung wird verbal nur noch selten bestritten. Aber in der Praxis lassen sich dann — grob vereinfacht — zwei Positionen unterscheiden:

— Die Eine versteht Ökologie als „angewandte Reparaturwissenschaft" für das in die Krise geratene Industriesystem, das so auf einer neuen Qualitätsstufe wieder flott und überlebensfähig gemacht werden soll.

— die Andere sucht nach einer durchgehenden ökologischen Orientierung aller Lebensbereiche. Dazu gehört die permanente Überlegung, was können/sollen/dürfen wir eigentlich als Menschen dieses Planeten?

Finden sich Vertreter der ersten Position bereits in einigen Vorstandsetagen, so ist die zweite Position eher „draußen" zu finden: sie macht auch vor der Problematisierung der eigenen Subjektivität nicht halt; und sie findet sich in unserer eigenen, wie auch in anderen Kulturen.

E. W. Kurth

Literatur

Devereux, Georges: Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften. FfM 1976

Harrer, Heinrich: Sieben Jahre in Tibet. FfM. 1980

Kakuska, Rainer (Hrsg.): Andere Wirklichkeiten. München 1984. Dort insb. die Beiträge von Baker-Roshi und dem Dalai Lama

Levi-Strauss, Claude: Strukturale Athropologie. Frankfurt 1967

Liedloff, Jean: Auf der Suche nach dem verlorenen Glück. München 1982

Mauss, Marcel: Die Gabe. Frankfurt 1968

natur 7/1984: Die Rede des Indianerhäuptlings Seattle: Mehr Dichtung als Wahrheit

Paasche, Hans: Die Forschungsreise des Afrikaners Lukanga Mukara. Hamburg 1925

Scheuermann, Erich: Der Papalagi. Buchenbach 1921, Berlin 1973

Frühere Beiträge zum Thema Ökologie und Dritte Welt in den „blättern des iz3w"

Umweltchemikalien

Auch eine Bedrohung für die Dritte Welt

Längst wird im Zusammenhang mit der Dritten Welt auch über ökologische Probleme diskutiert. Hinweise über die fortschreitende Umweltzerstörung in diesen Ländern liegen schon lange vor. In der Bundesrepublik haben einzelne Aktivitäten wie z.B. die Anhörung der GRÜNEN zu den Folgen des Pestizidexports im Sommer letzten Jahres zu einer intensiveren Beschäftigung mit der Problematik des Chemikaliensatzes in der Dritten Welt geführt. Besonders dramatische Ereignisse wie die Katastrophe von Bhopal haben auch die Öffentlichkeit zunehmend für die Umweltprobleme in Entwicklungsländern sensibilisiert.

In einigen hochentwickelten Ländern der Erde werden die weitreichenden Folgen der weltweiten Verbreitung gefährlicher Chemikalien inzwischen erkannt oder erahnt. Dieses wachsende ökologische Bewußtsein hat zur Verschärfung der Umweltgesetzgebung in den westlichen Industrienationen geführt. Zwar sind die entsprechenden Auflagen längst nicht ausreichend, um die hiesige Umweltkrise bewältigen zu können, aber dennoch wird der Druck auf einige Industriezweige so stark, daß die Verlagerung der Probleme in Länder mit geringeren Umweltschutzauflagen zu befürchten ist.

So geraten leicht Länder der Dritten Welt zum Abladeplatz für andernorts als bedrohlich eingeschätzte Produktionsverfahren, für ökologisch gefährliche Produkte und Abfälle. Schon jetzt hat die chemische Umweltkrise die Dritte Welt erreicht, ihre Bewältigung muß dort aber als noch schwieriger eingeschätzt werden als in den Industrienationen. Die Vermittlung des wissenschaftlichen Informationsstandes wäre die Vorbedingung für umfassende Kontrolle und Überwachung. Nationale Gesetzgebung und internationale Zusammenarbeit in der Problembearbeitung wären weitere Schritte, die aber nicht zuletzt von dem herrschenden Machtgefälle zwischen Erster und Dritter Welt bestimmt werden.

Was sind Umweltchemikalien?

Bei den beiden Begriffen „Umwelt" und „Chemikalien" entsteht leicht der Eindruck, daß es sich bei ihrer Verbindung zu Umweltchemikalien immer um eine Gefahr handeln muß. Demzufolge gelten Umweltchemikalien dem Laien grundsätzlich als giftig. Das entspricht aber nicht dem Wortsinn:

— *„Als Umweltchemikalien gelten chemische Substanzen, die durch menschliche Tätigkeit — beabsichtigt oder unbeabsichtig — in die Umwelt gelangten oder als Folge menschlicher Tätigkeit in der Umwelt entstehen."* [1]—

Der überwiegende Teil der weltweit benutzten Chemikalien gelangt zumindest zum Teil auch in die Umwelt. Man schätzt die Zahl der in der Bundesrepublik industriell erzeugten Stoffe auf etwa 50.000 Nebenprodukte, die bei der Herstellung „abfallen", sind dabei nicht eingerechnet.

Auch die Zahl der Chemikalien, die Ländergrenzen überschreiten, ist kaum zu übersehen. Betrachtet man die Menge, Verbreitung und ökologische Wirkung, so sind die folgenden Stoffgruppen bedeutend:

- Agrochemikalien, die direkt in die Umwelt eingebracht werden
- Industriechemikalien, die über Abluft, Abwasser, Abfall und Produkte in die Umwelt gelangen
- Pharmazeutika, für die Umwelt vor allem wegen der Abfälle bedeutsam, die Wirkung auf die Menschen steht im Vordergrund
- radioaktive Stoffe, die als Rohmaterial (Erz), Prokukte (Bomben, Brennstäbe, Uranhexafluorid) und Abfall, Strahlen und Spaltstoffe abgeben.

Verbreitet werden diese Substanzgruppen in unterschiedlichen Formen. Es handeln sich sowohl um reine Stoffe (wie Wirkstoffe von Pflanzenbehandlungsmitteln) als auch um Gemische (wie handelsfertige Pestizide mit ihren Zusatz- und Hilfsstoffen) oder auch um mehr oder weniger konzentrierte Verunreinigungen (wie Rückstände von Pflanzenbehandlungsmitteln in landwirtschaftlichen Produkten).

Während der Handel mit Chemikalien prinzipiell zu erfassen und damit auch zu kontrollieren wäre (was allerdings kaum geschieht), so kann der Mensch die Ausbreitung insbesondere schwer abbaubarer (persistenter) Stoffe nur sehr begrenzt überwachen, wenn sie einmal in den Verkehr gebracht worden sind. Das Beispiel des DDT zeigt, wie weit die internationale Verbreitung einer Chemikalie im Extremfall gehen kann. Über Wasser und Luft, über den Handel mit verseuchten Futter- und Nahrungsmitteln und über die Anreicherung in der Nahrungskette ergab sich eine annähernde Gleichverteilung auf dem Globus (mit einigen Spitzen). So ist DDT heute nicht nur in Lebensmitteln, in menschlichen Fettgeweben und in Gewässern vorhanden, sondern auch in Fischen, die ihr Leben unter dem ewigen Polareis verbracht haben.

Die Entwicklung der Chemikalienproduktion

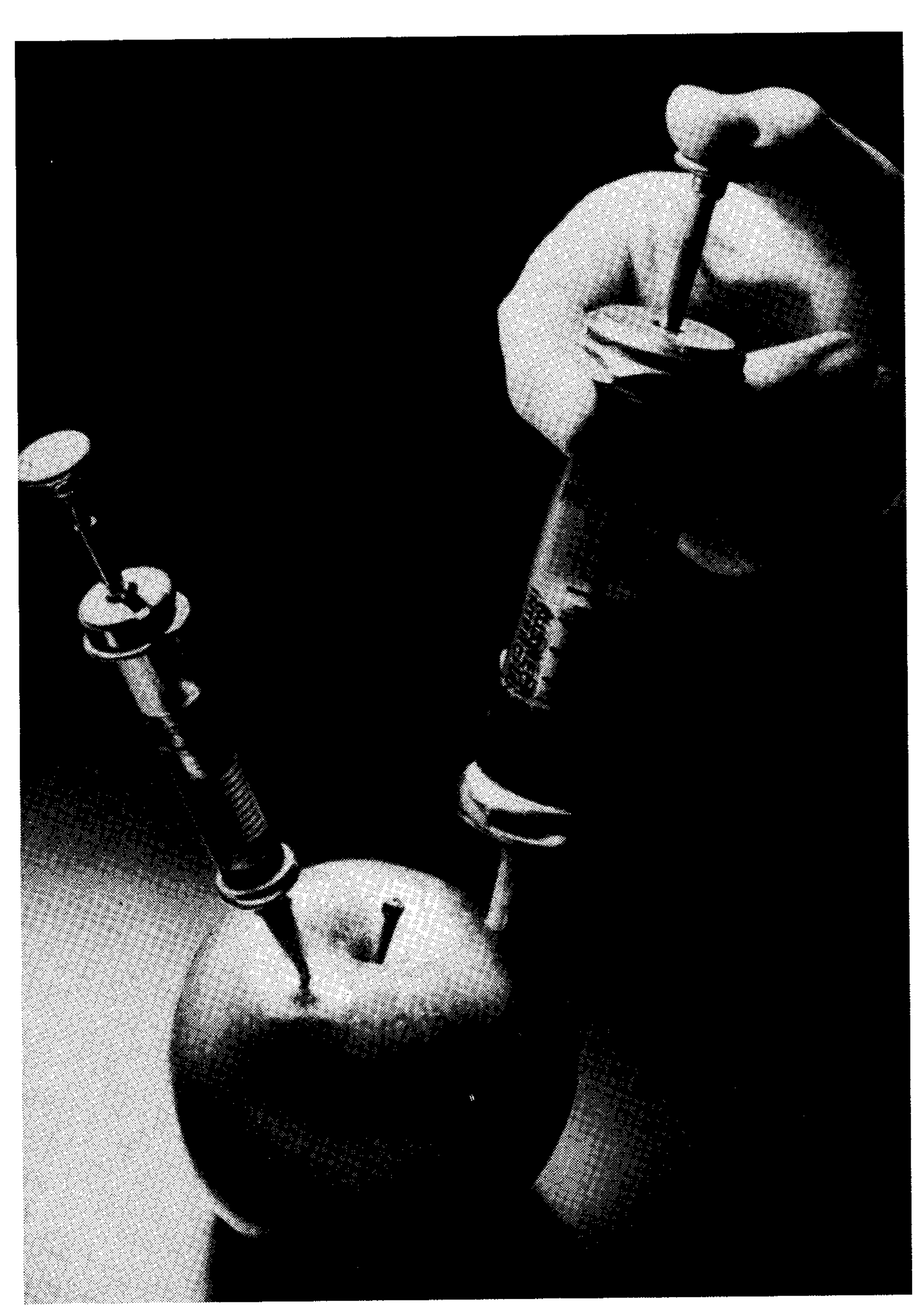
In den letzten zwei Jahrzehnten ist der Umfang der Chemieproduktion erheblich gesteigert worden. In den westlichen Industriestaaten hat sich der Chemikalienverbrauch pro Kopf drastisch erhöht, die Zuwachsrate liegt für die Bundesrepublik im Zeitraum 1963—1979 bei ca. 600%. In der Bundesrepublik liegt (neben den USA) auch der Schwerpunkt der Welt-Chemie-Konzerne. Nirgends in der Welt ist die Chemiedichte höher als in der BRD, wo sich die IG-Farben-Nachfolger BASF, Bayer und Hoechst den Markt geteilt haben. Diese großen deutschen Chemieunternehmen, die eine Vielzahl von Tochterfirmen und Konzernanteilen in der ganzen Welt besitzen, haben trotz der anhaltenden Wirtschaftskrise ihren Umsatz 1983 und 1984 um zweistellige Prozentzahlen steigern können. Dabei sind sie ständig bestrebt, ihren Auslandsanteil am Gesamtumsatz zu steigern — mit Erfolg (s.Tabelle)

Der Auslandsanteil setzt sich aus Exporten der Inlandsgesellschaften und der Produktion der Auslandsgesellschaften zusammen. Etwa 40% des Weltumsatzes von Hoechst stammen heute aus der Produktion im Ausland, den gleichen An-

Entwicklung der Unternehmenskennzahlen der großen deutschen Chemiekonzerne[2]

Unternehmen	Umsatz* (in Mill. DM) 1983	1984	Veränderung in % (gegenüber Vorjahr)	Auslandsanteil in % (vom Gesamtumsatz) 1983	1984
Bayer	27687	32425	+17,1	76	79
Hoechst	27355	30815	+12,6	74	75
BASF	25831	30073	+16,4	58	58
Schering	3133	3609	+15,2	80	81
Boehringer	2818	3159	+12	76	77
Rütgers	2115	2596	+23	31	35

* jeweils vom 1.1. bis 30.9.



teil bringt der Konzern für Investitionen im Ausland auf. Knapp 20% der Auslandsproduktion haben ihren Ursprung in den Entwicklungsländern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas, die Firmenschwerpunkte liegen nach wie vor in der EG und den USA.[3]

Trennt man bei der Betrachtung der Gesamtproduktion nach den hergestellten Produkten, stellt man — soweit Daten verfügbar sind — Verschiebungen in der Bedeutung der Weltregionen fest. Für Hoechst ist der Sektor „Agrochemikalien" ein typischer Schwerpunkt der Produktion in Entwicklungsländern. Die meisten Investitionen des Konzerns gehen nach Indien, Pakistan, Brasilien und Kolumbien[3]. Die Veränderung von Produktionsschwerpunkten bezogen auf Länder ließe sich anhand der Exportstatistik der deutschen Firmen nachvollziehen, wenn dort Produkte konkret erfaßt wären. Leider ist das nicht der Fall, so daß man auf Einzelfallbetrachtungen angewiesen ist, wenn man die Bedeutung der Dritten Welt für die Herstellung einzelner Produktionsbereiche herausarbeiten will.

Beispielhaft für das Auslandsengagement (ein schönes Wort für die Verlagerung der Produktion) deutscher Multis ist die Produktion von Pflanzenbehandlungsmitteln. Global betrachtet stieg der Export von Schädlingsbekämpfungsmitteln allein zwischen 1970 und 1980 von 4 Mrd. US-$ auf 26 Mrd. US-$, so Peter Sand von UNEP (United Nations Environmental Programme) in Nairobi[4]. In der BRD werden von den hier hergestellten Wirkstoffen schon 98% exportiert, also fast die gesamte Produktion. Gleichzeitig stagniert der Absatz auf dem westeuropäischen Markt, woran das gestiegene Umweltbewußtsein einen maßgeblichen Anteil hat[5]. Zudem ist in Europa auch die Grenzbelastung der Landwirtschaft erreicht, hohe Behandlungsquoten (in kg Wirkstoff pro Hektar Fläche) und der parallele Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Fläche lassen keine Steigerung des Wirkstoffabsatzes zu. Bei den in unserem System zwangsläufigen expansionistischen Bestrebungen der führenden Pestizidhersteller heißt die Konsequenz, den Absatz in der Dritten Welt zu steigern.

Produktionsverlagerung aus Umweltschutzgründen?

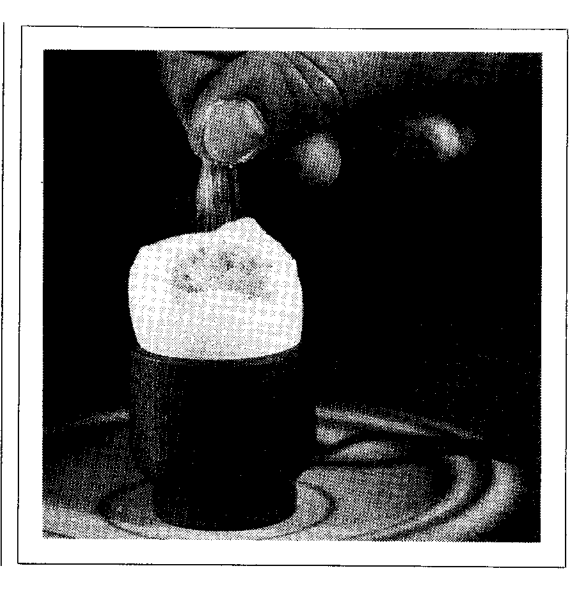
Die Herstellung von Pestiziden in der Dritten Welt ist nur konsequent, finden die Multis dort doch neue Märkte, billige Arbeitskräfte und laschere Umweltschutzbestimmungen vor. Für den Agrarsektor sind zusätzlich die Produktion von Dünger und Futterzusatzmitteln in Entwicklungsländern von Bedeutung. Daneben sind bisher vor allem Anlagen für pharmazeutische Produkte exportiert worden. Schwellenländer wie Indien, Brasilien, Türkei oder Iran setzen darüberhinaus auf den Import der Atomtechnologie. Auch sind 1984 Pläne der deutschen Atommafia bekannt geworden, brisanten Atommüll nach dem St.-Florians-Prinzip anderen Ländern zu überlassen: Die Volksrepublik China erklärte sich interessiert, eine sogenannte Endlagerstätte in der Wüste Gobi zu errichten. Exportgeschäfte im Bereich der Atomtechnologie sind durch den jeweils immensen Investitionsumfang und die Diskussion über die Gefahren der Verbreitung von Atomwaffen in weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit bekannt. Zur Verhinderung des Exports hat das allerdings nicht beitragen können, allenfalls größere Vorsicht bei den betreffenden Unternehmen ist die Konsequenz.

Die Verlagerung anderer Produktionen in Dritte-Welt-Länder findet demgegenüber kaum öffentliches Interesse. Nur wenn Betriebe der BRD durch behördliche Auflagen in punkto Umweltschutz betroffen sind, wird die Vorgehensweise der Industrie in Ansätzen sichtbar. Die Argumentation wird zunächst emotionalisiert, mit der ebenso falschen wie zugkräftigen Behauptung „Umweltschutz vernichtet Arbeitsplätze" sollen staatliche Stellen zur großzügigen bis fahrlässigen Auslegung von Gesetzen gedrängt werden. Die Verlagerung der Produktionsstätte ins Ausland steht dann neben dem angeblichen Arbeitsplatz- und Umsatzverlust als Drohung im Raum. So drohte die in Hamburg angesiedelte Norddeutsche Affinerie („Affi") mit der Einstellung der Produktion und der Verlagerung nach Australien, nachdem der öffentliche Druck aufgrund des Arsenskandals erhebliche Senkungen der Emission des Werkes gefordert hatte. An anderer Stelle, aber aus ähnlichen Gründen, warnte der Verband der Industriellen Kraftwirtschaft vor der Verschärfung der gesetzlichen Auflagen zur Luftreinhaltung. Sonst müßte aufgrund von Wettbewerbsverzerrungen mit der Auslagerung energieintensiver Produktionen ins Ausland gerechnet werden.

Meist reichen die Drohungen aus, um neue Auflagen zu verhindern oder Gesetze erst gar nicht zustande kommen zu lassen. Klappt die Masche aber doch mal nicht, so werden eben die Konsequenzen gezogen: Der Chemiemulti Hoechst verlagerte die DDT-Produktion eben ins Ausland, nachdem Produktion, Vertrieb und Anwendung in der Bundesrepublik gesetzlich untersagt wurden. 1972 verabschiedete man das deutsche DDT-Gesetz, in Brasilien produzierte Hoechst noch bis 1982[6].

Mit dem Skandal um die Hamburger Betriebsstätte des Pestizid-Produzenten Boehringer Ingelheim kochte in 1983 und 1984 die Dioxin-Problematik hoch. Auflagen der Hamburger Umweltbehörde zwangen die Firma schließlich, die Giftküche an der Alster zu schließen. Der Wirkstoff wird wie selbstverständlich weiterhin von dem Konzern vertrieben, auch in der Bundesrepublik. Die Abfallprobleme, die der Hamburger Behörde für drastische Maßnahmen gereicht hatte, sind nun verlagert — etwa nach Frankreich (Fa. Rhône-Poulenc), von wo Boehringer den dioxinträchtigen Wirkstoff Lindan nun bezieht. Und demnächst wird die Sowjetunion betroffen sein, dort entsteht eine neue Lindan-Produktionsstätte. Boehringer selbst investiert mehr denn je im Ausland, da die deutschen Anlagen die Exportmengen kaum noch bewältigen können[2]. In der Bundesrepublik ist der Firma das Risiko für neue Investitionen in die Pestizidproduktion zu hoch, nicht das ökologische, sondern das unternehmerische Risiko angesichts der Umweltschutzauflagen, versteht sich!

Gemessen an den toxikologischen Vorschriften für Pflanzenschutzmittel ist die Prise Salz auf dem Frühstücksei gar nicht so harmlos.



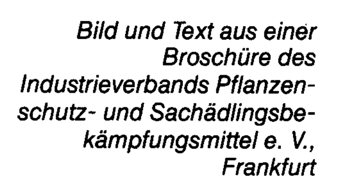


Bild und Text aus einer Broschüre des Industrieverbands Pflanzenschutz- und Sachädlingsbekämpfungsmittel e. V., Frankfurt

Methylisocyanat, das im indischen Bhopal im Dezember vergangenen Jahres tausenden von Menschen das Leben kostete, produziert der deutsche Konzern Schering im kolumbianischen Bogota. Dort entstehen auch die in der Bundesrepublik verbotenen Pestizide Aldrin, Chlordimeform und Heptachlor.

Bei diesem Vorgehen, der Verlagerung von Produktionen und Umweltproblemen in Länder der Dritten Welt, ist es üblich, Risikobetrachtungen nur für den einzelnen Menschen anzustellen. Da wird ein „zumutbares" individuelles Risiko festgelegt, während gesellschaftliche Risiken nicht Gegenstand der Diskussion sind. Angesichts der unzähligen ungeklärten Zusammenhänge in Ökosystemen kann das leicht fatale Folgen haben. Wirtschaftliche Interessen beherrschen die Entscheidungen, informierte Politiker verschließen die Augen oder hoffen auf naturwissenschaftliche Wunder.

Gerade in den Ländern der Dritten Welt versteht man unter dem Begriff der Ökologie nichts anderes als eine Bremse für die wirtschaftliche oder soziale Entwicklung. Schließlich setzt man dort häufig auf den Import westlicher Technologien, ob sie sich nun überlebt haben oder nicht. Die Bestrebungen zur Autarkie auf dem Sektor der industriellen Produktion zwingen zu Ansiedlungen westlicher Multis. Vordergründig gesehen können Umweltschutzauflagen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Länder als Produktionsstandorte verschlechtern. Bleibt man bei der heute üblichen riskanten Freizügigkeit, so wird sich ein eindeutiger Standortvorteil für die Dritte Welt ergeben, der folgende Gründe hat:

— Kosteneinsparungen bei Lohn, Transport, Energie, Rohstoffen, Produktion, Umweltschutzmaßnahmen, Sicherheitsmaßnahmen, Verfügbarkeit von Rohstoffen und Arbeitskräften
— Umweltgesetzgebung (Verbote und Kontrollen)
— (Größe des Binnenmarktes).

Verzögerte Wirkungen: Bumerang-Effekte

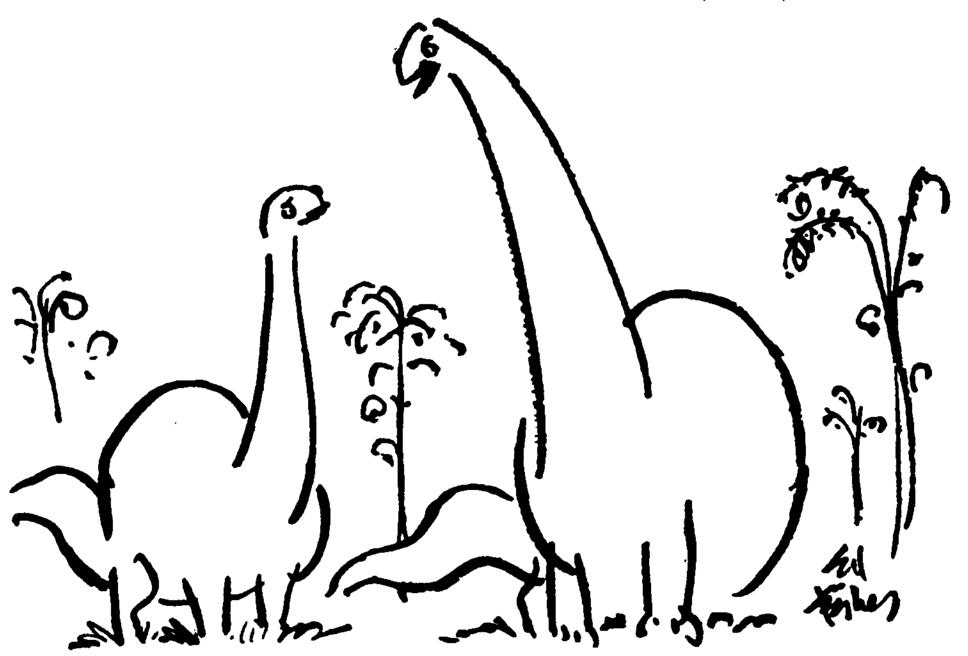
Häufig wird im Zusammenhang mit dem Export gefährlicher Pestizide in die Dritte Welt von einem Kreislauf der Gifte gesprochen. Dieser, aus dem englischen „circle of poison" abgeleitete Begriff geht an den tatsächlichen Gegebenheiten vorbei. Man sollte besser vom Bumerang-Effekt reden, denn schließlich werden exportierte Problemstoffe über Nahrungs-

mittel reimportiert, ohne daß ein erneuter Import stattfindet. Der Bumerang trifft dann die europäischen Verbraucher in Form DDT-belasteter Lebensmittel oder HCH-verseuchter Kuhmilch. Aber auch das nahrungsmittelexportierende Entwicklungsland kann von der Flugbahn des Bumerang schmerzlich getroffen werden: Völlig zu Recht wies kürzlich die Bundestagsabgeordnete Schmedt (SPD) darauf hin, daß der EG-Agrarmarkt mit seiner Orientierung auf den Import von eiweißreichen Futtermitteln zuerst Abhängigkeiten (und wirtschaftliche Hoffnungen) in der Dritten Welt erweckt, um dann rückstandsbelastete landwirtschaftliche Produkte an unseren Grenzen zurückzuweisen, wodurch natürlich die wirtschaftliche Situation der Entwicklungsländer weiter verschlechtert wird.

Dabei hat die Dritte Welt unter den Chemikalien selbst schon genug zu leiden. Allein durch Pestizide werden jährlich 500.000 Menschen vergiftet, die Langzeitschäden zu befürchten haben. Pro Minute gibt es einen Vergiftungsfall auf der Welt aufgrund von Pestiziden, so die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Ursachen dafür können sowohl direkte Besprühungen mit den Wirkstoffen (etwa vom Flugzeug aus) sein, als auch mit Pestiziden verseuchter Behälter, die mangels Alternativen als Trinkwasserbehälter genutzt werden, als auch aus Fahrlässigkeit oder Unkenntnis verseuchte Nahrung oder die abenteuerlichen Verfahren bei der Mischung der Pestizidwirkstoffe zu „Supermitteln". Allein -Sicherheitsmaßnahmen zu berbessern oder die Anwender zu schulen wären nur eine Symptombekämpfung. Wer an der Situation wirklich durchgreifend etwas ändern will, muß bei der Beschränkung der Produktion und des Verbrauchs ansetzen, um das Risiko insgesamt zu verringern.

Die genannten akuten Vergiftungen sind nur ein Preis für den Ersatz natürlicher Kreisläufe in der Landwirtschaft durch chemische Mittel. Darüberhinaus vollzieht sich die Vernichtung der Lebensgrundlagen mit verseuchten Flüssen und Seen, mit zerstörten, unfruchtbaren und erodierten Böden, mit chemikaliendurchsetzter Nahrung und chronischen Vergiftungen.

In industrialisierten Ländern, die toxische Chemikalien als Bestandteil importierter Lebens- und Futtermittel zwangsweise reimportieren, diskutiert man unterdessen über das gesundheitliche Risiko der betroffenen Verbraucher. Mit der üblichen Maschinerie von „vorläufig duldbaren Aufnahmemengen" reduziert man das Problem der Rückstände an Pflanzenbehandlungsmitteln und Industriechemikalien auf eine Frage, die nur noch von Toxikologen beantwortet werden kann. Immer handelt es sich dabei um Abschätzungen, die aber für gewöhnlich als der Weisheit und Wissenschaft letzter Schluß verkauft werden. Nie sind alle Möglichkeiten des Zusammenwirkens von Schadstoffen (Synergismen) berücksichtigt, sichere Informationen über die Langzeitschäden durch toxische Chemikalien bei der langfristigen Aufnahme kleiner Mengen liegen nicht vor. Hier stoßen wir auch schnell auf erkenntnistheoretische Grenzen: Wir werden die Unschädlichkeit einer Chemikalie auch mit größtem Aufwand nie beweisen können, wir werden nie alle Kombinationswirkungen überprüfen können. Die daraus zu ziehende Konsequenz — das Vorsorgeprinzip, also ein Entscheidungsmuster, das im Zweifel gegen einen Stoff entscheidet — wird nur ständig wortreich von Politikern im Munde geführt, angewandt wird es nicht.



„Mein Sohn, wir wissen über unsere Umweltgefahren Bescheid, und wir werden schon mit ihnen fertig."

Stattdessen wird gemessen und untersucht, so daß wir zahlenmäßig recht gut über einzelne Belastungen informiert sind. Wir kennen sehr wohl die mittlere Konzentration der Stoffe Hexachlorbenzol*, Beta-Hexachlorcyclohexan*, DDT*, Dieldrin*, Heptachlorepoxid*, PCB und Lindan in der Muttermilch. Wir wissen, daß die für Kuhmilch formulierten Sicherheitsgrenzwerte in 95 % der untersuchten Muttermilchproben überschritten werden. Welche gesundheitlichen Auswirkungen nun aber tatsächlich für Mutter und — besonders — Säugling dahinterstehen, das können wir nur ahnen oder eben aufgrund von Tierversuchen abschätzen. Immerhin reichte die aktuelle Durchschnittsbelastung der nicht eben voreiligen Deutschen Forschungsgemeinschaft aus, um Frauen das Stillen wegen der Verseuchung ihrer Milch allenfalls in den ersten drei Monaten zu empfehlen[7].

Genauso sind wir bestens informiert über den durchschnittlichen DDT-Gehalt im Blut eines Bauern in Sri Lanka. Gerade die Armen in der Dritten Welt leben ja meist noch mehr eingebettet in ihrer Umwelt, so daß sie noch direkter von ihr abhängig sind. Aufwendige Kontrollen sollen uns bei alle dem in Sicherheit wiegen, obwohl wir ebenfalls von deren Lückenhaftigkeit wissen. Abbauprodukte gefährlicher Chemikalien erweisen sich darüberhinaus manchmal als eine noch größere Bedrohung. So ist das erste Abbauprodukt des DDT, DDE, brisanter als der Ausgangsstoff. So ist das Mittel „Nemacur" in den Ruf geraten, zusammen mit Bestandteilen der Tomate Substanzen gebildet zu haben, die zu den sogenannten Rapsölvergiftungen in Spanien geführt haben. Und trotzdem klingt es immer wieder von Seiten der Regierungen und der Industrie, die Belastung mit Chemikalien gäbe keinen Anlaß zur Besorgnis oder sei zumindest tragbar. Wer bestimmt eigentlich die Höhe des Risikos, das wir alle tragen müssen?

Es ist an der Zeit, daß Wissenschaftler ihre Grenzen erkennen und zugeben, daß sie bei der Beurteilung der gesundheitlichen Auswirkungen der Chemikalienflut nie zu eindeutigen Ergebnissen kommen werden. Politiker hätten daher die Aufgabe, den Vorsorgegrundsatz wie erwähnt umzusetzen. Nicht das maximal Erträgliche, sondern die minimal mögliche Belastung muß zum Ziel industriellen und politischen Handelns bestimmt werden!

Gehen wir von den akuten Vergiftungen einen Schritt weiter und versuchen eine ökologische Betrachtungsweise, so zeigen sich allein beim Pestizideneinsatz weitreichendere Folgen. Vernetzte Systemzusammenhänge der Natur erhöhren die Bedrohung um einen nicht in Zahlen faßbaren Betrag. Schließlich wären zu den ökologischen des Pestizideneinsatzes auch zu rechnen

- der Energieverbrauch bei der Rohstoffgewinnung, beim Transport, bei der Verarbeitung, bei erneutem Transport und der Anwendung
- die Folgen von Unfällen bei all diesen Schritten
- die Eingriffe in die Natur bei der Rohstoffgewinnung

— die Abgase, Abwässer und Abfälle bei all diesen Schritten.

Untersuchungen, die all diese Faktoren etwa in Form einer Öko-Bilanz verknüpfen und zu einer Gesamtbewertung führen, sind meines Wissens bisher nicht angestellt worden. Die Gleichung, die immer wieder von Industrieseite angeführt wird, Pflanzenbehandlungsmittel trügen zur Bekämpfung des Hungers auf der Welt bei, kommt ohne eine derartige, umfassende Betrachtung aller Unbekannten nicht aus. Die interessengerichtete Vereinfachung der Formel ist daher nicht nur mit Fehlern behaftet, sie geht sogar nicht auf. Der gegenteilige Effekt kann ebenso der Realität entprechen: Mehr Hunger auf der Welt aufgrund der Chemisierung der Landwirtschaft und anderer Lebensbereiche?!

Zweierlei Maß und Eigenverantwortung

Für die Bewohner der Länder der Dritten Welt stellt sich nun insbesondere die Frage, ob Industrieunternehmen den Spielraum geringerer Umweltschutzauflagen in diesen Ländern bei ihren Produktionsanlagen ausnutzen, oder ob sie die Sicherheitsstandards, Emissionsminderungstechniken und Produktionsweisen an westlichem Standard oder aus eigener Verantwortung gar an den ökologischen Erfordernissen ausrichten (und damit über das gesetzlich geforderte Niveau anheben). Das Schlagwort von der Eigenverantwortung wird ja schließlich gern von Unternehmen gebraucht, wenn es darum geht, Betriebsweisen und Produktionen zu rechtfertigen (bzw. verschärfte Umweltschutzbestimmungen als zu restriktiv zurückzuweisen).

In der Bundesrepublik ist das Wissen um den konkreten Beitrag deutscher Firmenniederlassungen an der teilweise katastrophalen Umweltverschmutzung in der Dritten Welt gering. Für den Produktionsbereich der Pestizide spricht etwa die nichtstaatliche, internationale Organisation PAN (Pestizid-Aktions-Netzwerk) von zweierlei Maß (Double Standard). Damit sind unterschiedliche Maßstäbe bei der staatlichen Zulassung von Pflanzenbehandlungsmitteln, bei Sicherheitsstandards für Produktion und Anwendung sowie geringere Arbeitsschutz- und Emissionsminderungsmaßnahmen gemeint. Unter den Begriff des Double Standard fällt aber auch der Export hierzulande verbotener Pestizide in Länder der Dritten Welt.

Gegen die von PAN geforderten Exportbeschränkungen argumentieren die Produzenten damit, solche Restriktionen seien ein Eingriff in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten. Die Importländer hätten selbst zu entscheiden, ob sie Pestizide verbieten oder nicht. José Lutzenberger, brasilianischer Landwirtschaftsexperte, vergleicht das mit dem Drogenhandel: Mit der erwähnten Logik der Pestizidproduzenten nämlich „dürfte auch der Drogenhandel nicht verboten werden, denn es müßte jedem selbst überlassen werden, ob er drogensüchtig werden will oder nicht."[8] Angesichts der tatsächlich immer größer werdenden Abhängigkeiten von Agrarchemikalien in der chemisierten Landwirtschaft ist diese Analogie keineswegs so abstrus wie sie manchen auf den ersten Blick erscheinen mag.

Mit der vielbeschworenen Eigenverantwortung der Produzenten ist es nicht weit her. Wie schon gesagt, produzierte und vertrieb Hoechst das Insektizid DDT noch 10 Jahre nach dem deutschen DDT-Verbot. Die fatalen ökologischen Folgewirkungen des Pestizids sind dem Konzern also längst bekannt gewesen. In solchen Fällen bringen die industriellen Giftmischer dann ein zweites Argument ins Spiel: Veränderte klimatische und ökologische Verhältnisse ließen den Einsatz von Mitteln zu, die in unseren gemäßigten Breiten nicht guten Gewissens angewandt werden dürfen. Damit ist fast immer gemeint, daß höhere Temperaturen und intensivere Sonneneinstrahlung den biologischen Abbau der Wirkstoffe beschleunigen können. Seltsam nur, daß trotz der anderen Verhältnisse DDT sich im Körper asiatischer Menschen in wesentlich höheren Konzentrationen ansammelt. Außerdem wird ignoriert, daß klimatisch andere Verhältnisse oftmals (bei stabileren Temperaturen) wesentlich empfindlichere Ökosysteme hervorbringen, bei denen demzufolge geringere Eingriffe schneller und drastischer Folgen zeigen.

All diese Gründe gegen die hemmungslose Chemisierung auch der Dritten Welt werden immer noch nicht zu Gegenmaßnahmen gebündelt. Stattdessen bestimmen die Multis mit ihrer Finanzkraft die industrielle Entwicklung. Insofern darf der Unfall in Bhopal kaum verwundern. Laschere Sicherheitssysteme als beim Mutterwerk des US-Konzern Union Carbide, mangelhafte, fehlende bzw. aus Kostengründen abgeschaltete Überwachungseinrichtungen, wenig und schlecht ausgebildetes Personal — das sind die realen Ausformungen des Double Standard, die im indischen Bhopal zu der Katastrophe geführt haben. Wenn der Konzern jetzt die Verantwortung für die Folgen der todbringenden Wolke aus Methylisocayanat in Form eines finanziellen Schadensausgleiches übernehmen will, so ist das eine menschenverachtende, zynische Haltung.

Von den Industrieansiedlungen in der Dritten Welt sind aus verständlichen Gründen vor allem die urbanen Zentren betroffen. Hier sind die notwendigen infrastrukturellen Einrichtungen vorhanden, hier liegt das Potential an (billigen) Arbeitskräften. Diese Konzentration der Industrieproduktion auf wenige Standorte verschärft sowohl die sozialen Probleme wie die Umweltsituation der Region. So konzentrieren sich in Mexico-City schon 52 % der gesamten industriellen Produk-

tion Mexicos, in Nigerias Metropole Lagos sind ebenfalls über 50%, und in Manila, der phillipinischen Hauptstadt, sind es 60%[9]. Da verwundert es nicht, wenn uns Nachrichten über die Umweltverschmutzung aus Mexico-City erreichen, wonach dort jährlich 5.000 Menschen an den Auswirkungen des katastrophalen Zustands der Umwelt sterben[10]. In der brasilianischen Industriestadt Cubatao summiert sich der Giftausstoß der Großbetriebe zu 14 kg pro Kopf und Jahr[11]. Es geht also längst nicht mehr um die Vermeidung zu erwartender Umweltschäden durch Chemikalien hier oder in der Dritten Welt, vielmehr verlangen die bereits eingetretenen Schäden nach globalen Sanierungsstrategien.

Bisherige internationale Aktivitäten

Etwa seit dem Ende der siebziger Jahre wird in mehreren internationalen Gremien über die globale Verbreitung gefährlicher Chemikalien diskutiert. Im Vordergrund steht dort die Regelung des transnationalen Handels und Verkehrs mit toxischen Stoffen, wobei insbesondere Pestizide in den Blickpunkt gerückt sind. Industriechemikalien und Pharmazeutika wird ebenfalls große Bedeutung zuerkannt, während radioaktive Stoffe von den Beratungen grundsätzlich ausgeklammert bleiben. Daß überhaupt versucht wird, ein international einheitliches Vorgehen zu verabreden, liegt leider weniger an den dringenden ökologischen Notwendigkeiten als an der Absteckung und Sicherung wirtschaftlicher Einflußbereiche. Es geht vor allem um zwei Punkte:

- Der Export von Chemikalien besitzt eine immense wirtschaftliche Bedeutung für die Industrienationen. Angesichts der umsichgreifenden Verschärfungen nationaler Umweltgesetze sind zur Sicherung des Exports international vereinbarte Kriterien erforderlich, so daß die Exportwirtschaft eine einigermaßen verläßliche Zunkunftsplanung durchführen kann.
- Die Harmonisierung der nationalen Gesetze und Regelungen ist notwendig, um bestehende Handelshemmnisse zu beseitigen.

Im Dezember 1982 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) eine Resolution zum „Schutz gegen gesundheits- und umweltschädliche Produkte"[12]. Dort wird der grenzüberschreitende Handel mit Chemikalien so geregelt, daß die exportierenden Länder dem jeweiligen Importland vollständige Informationen über den betreffenden Stoff zur Verfügung stellen, um Gesundheit und Umwelt im Importland zu schützen. Leider gilt das nur für solche Chemikalien, die im Exportland verboten, nicht zugelassen oder Beschränkungen unterworfen sind. Das Importland muß nach der UN-Resolution außerdem nach erhaltender Information ausdrücklich wünschen oder den Verbrauch des Stoffes offiziell erlaubt haben. Das gesamte Verfahren ist mit dem Kürzel „prior informed consent" (PIC) belegt (deutsch etwa: Zustimmung nach vorheriger Information). Diese zweifellos fortschrittliche, wenn auch nicht ausreichende Regelung ist von der Bundesrepublik Deutschland nicht in ihre nationale Gesetzgebung übernommen worden. Im Gegenteil — die gegenwärtige Bundesregierung hat nicht nur in der Neufassung des Pflanzenschutzgesetzes[13] keine Exportkontrolle nach der von der UN beschlossenen Form vorgesehen, sie hintertreibt die PIC-Formel auch in anderen Gremien.

Die Linie der Kohl-Koalition, die zwischen den Ministerien für Landwirtschaft und Wirtschaft abgestimmt werden muß, liegt in etwa bei den Empfehlungen der OECD. Der Rat dieser Organisation westlicher Industrienationen hat im April 1984 eine — nicht bindende — Empfehlung an seine Mitgliedsländer verabschiedet, die den Export verbotener oder streng beschränkter Chemikalien regeln soll. Von der UN-Resolution unterscheiden sich die Leitlinien der OECD vor allem dadurch, daß ausführliche Informationen über exportierte Chemikalien nur auf Anfrage des Importlandes geliefert werden, und daß das Importland nicht ausdrücklich mit dem Import einverstanden sein muß. Hier wird also sogar die Eigenverantwortung des Importlandes ignoriert, wenn keine gesetzlichen Anwendungsverbote vorhanden sind, ist man eben selbst schuld, oder?

Auf der gleichen verwässerten Linie liegt auch das vorläufige Notifikationsschema, das von einer Expertengruppe der UNEP (United Nations Environmental Programe) dem UNEP-Verwaltungsrat zur Beschlußfassung vorgelegt worden ist[14].

Bei einer weiteren UN-Untergliederung, der Welternährungsorganisation FAO, befindet sich derzeit noch ein Verhaltenscodex über Handel und Anwendung von Pestiziden, der „Code of Conduct", in der Diskussion. Während die ersten 7 Entwürfe in Artikel 9 des Codex noch auf dem PIC aufbauten, ist der 8. Entwurf vom März 85 an das UNEP-Notifikationsschema angelehnt. Der zuständige Beamte des Bundeslandwirtschaftsministeriums, Dr. Pag, hat in einem Gespräch mit dem Pestizid-Aktions-Netzwerk dazu die Auffassung der Bundesregierung dargelegt: „Der 8. Entwurf ist ganz vernünftig und in unserem Sinne." Na dann...!

Die bereits erwähnte UN-Resolution enthält aber noch ein weiteres Instrument, um der Verbreitung gefährlicher Chemikalien entgegenzuwirken. Es wurde beschlossen, eine Liste über die in den Staaten der Welt verbotenen, nicht zugelassenen oder Beschränkungen unterworfenen Chemikalien zusammenzustellen und regelmäßig zu aktualisieren. Diese „Consolidated List of Products Whose Consumption and/or Sale have been Banned, Withdrawn, Severely Restricted or Not Approved by Governments" erschien erstmals zum 30.12.1983. Mittlerweile liegt eine korrigierte Fassung vom Juli 1984 vor[15], für 1986 ist eine deutsche Ausgabe vorgesehen. In der Liste sind Informationen zu Produkten, Herstellern, Handelsnamen und die jeweiligen nationalen Regelungen inklusive Begründung enthalten. Die Bundesregierung hatte zwar der UN-Resolution zugestimmt, das hindert sie aber nicht daran, die notwendigen Informationen zur Umsetzung des Beschlusses nur halbherzig zu liefern. Nur klar verbotene Stoffe wurden der UN genannt, während für weitere Informationen der Begriff „Beschränkungen" erst eindeutig definiert werden müsse. Die Vertreter der Bundesregierung wollen verbotene Stoffe auch nur dann in die Liste aufgenommen ha-



gilt sowohl für Politiker in nationaler oder internationaler Verantwortung als auch für Wissenschaftler und Unternehmen sowie für Verbände, Institutionen und Initiativen. Es besteht kein Zweifel, daß der Zeitfaktor zusammen mit der weiter fortschreitenden Chemisierung vieler Lebensbereiche zu verstärkten Aktivitäten herausfordert. Umwelt und Gesundheitsschutz muß endlich ein höherer Stellenwert zuerkannt werden. Kurzfristige wirtschaftliche Ziele müssen hinter den langfristigen ökologischen Erfordernissen zurückstehen.

Ohne starken Druck der Umwelt- und Dritte-Welt-Bewegung wird die Aufforderung zu durchgreifenden Maßnahmen ein frommer Wunsch bleiben. In der Bundesrepublik ergeben sich im Jahr 1985 zwei entscheidende Ansatzpunkte: Noch in diesem Jahr steht die Verabschiedung der vorliegenden Neufassung des Pflanzenschutzgesetzes an und ebenfalls in diesem Jahr ist die Verabschiedung des FAO-Verhaltenscodex zu erwarten. Das Thema Pestizide muß also möglichst breit unter den Aspekten von Ökologie und Giftexport in die Dritte Welt in die Öffentlichkeit gebracht werden. Das Pestizid-Aktions-Netzwerk bietet dafür Möglichkeiten mit einer ab Juni laufenden Kampagne gegen zwölf ausgesuchte Pestizide, dem „Dreckigen Dutzend". International wird mit dieser Kampagne auf Auswirkungen dieser und ähnlicher Mittel hingewiesen, um als kurzfristige Maßnahme ein vollständiges Verbot der zwölf Wirkstoffe zu erreichen. Vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) wurde das Thema Pflanzenschutz zu einem Schwerpunkt für 1985 erwählt. Die vom Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) gestartete Futtermittelkampagne bietet ebenfalls gute Möglichkeiten, das Chemikalienproblem zu verdeutlichen.

Ziel aller Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene sollte eine globale Chemiepolitik[16] sein. Chemiepolitik heißt — kurzgefaßt —, die ökonomischen sozialen und ökologischen Auswirkungen der Produktion und Anwendung von Chemikalien zu einer Gesamtbewertung zu verknüpfen. Nur solche Chemikalien dürfen künftig hergestellt werden, die als Folge einer solchen einen „sozialen Nettonutzen" besitzen. Es gilt, „die Flugbahn des biologischen Bumerangs durch eine vorausschauende Chemiepolitik zu beeinflussen.„[17]

Sollten — aus welchen Gründen auch immer — keine energischen Schritte zur Verminderung der Chemikalienbelastung auf dem Globus eingeleitet werden, so wird sich die Krisensituation weiter verschärfen. Ein sozialer und ökologischer Sprengsatz, der den Handlungsspielraum immer weiter einengt, kann dann seine Zerstörungskraft entfalten.

Frank Claus

Literatur

1 Deutsche Forschungsgemeinschaft: Beiträge zur Beurteilung der Umweltwirksamkeit chemischer Stoffe, Boppard 1979
2 „Vor neuen Rekorden", Wirtschaftswoche **51**, 10/11 vom 14.12.1984
3 epd — Entwicklungspolitik **23/24** (Dezember), 11 (1984)
4 dpa-Sonderdienst Umweltfragen vom 19.7.1984
5 Rheinsche Post vom 13.12.1984
6 Pressemitteilung des Pestizid-Aktions-Netzwerks vom Dezember 1984
7 dpa-Sonderdienst Umweltfragen vom 30.1.1985
8 José A. Lutzenberger: Stellungnahme für den Deutschen Naturschutzring (DNR) bei der Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Kulturpflanzen — Pflanzenschutzgesetz (PflSchG) — vor dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages am 24.10.1984
9 M. Dierkes: Auch die Dritte Welt vergiftet sich, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.7.1984
10 Frankfurter Rundschau vom 9.7.1984
11 Die tageszeitung (taz) vom 28.1.1985
12 Vereinte Nationen: Resolution und Beschlüsse der Generalversammlung, 37. Tagung, Resolution 37/137, New York 1983
13 Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz, PflSchG), Bundestagsdrucksache 10/1262 vom 1.4.1984
14 UNEP Ad Hoc Working Group of Experts for the Exchange of Information on Potentially Harmful Chemicals (in Particular Pesticides) in International Trade: Interim Notification Scheme for Banned and Severely Restrictes Chemical Products; Noordwijkerhout, Niederlande, 26.—30. März 1984 (UNEP/WG 96/L.1/Add. 2, Annex)
15 Consolidated List of Products Whose Consumption and/or Sale Have Been Banned, Withdrawn, Severely Restriced or not Approved by Governments, First Issue Revised, UN, New York Juli 1984
16 Henning Friege: Chemiepolitik, BUND-Postitionen 10, Bonn 1985
17 H. Friege, R. Grießhammer und M. Zimmermann; Informationsdienst Chemie und Umwelt (ICU) 1/1984



Nicht nur die für den Export bestimmten Tomaten, auch der mexikanische Staffententräger ist dem Gift ausgesetzt.



Werbung in Peru für das hier verbotene Insektizid Aldrin.

ben, wenn ein Verbot in mindestens zwölf Staaten mit größerer industrieller Kapazität gilt.

Ferner fordert die Bundesregierung eine zweite Liste der beschränkt zugelassenen Stoffe, die noch nach Anwendungsgebieten unterteilt werden müsse. Mit dieser Haltung, die nur als Verzögerungstaktik verstanden werden kann, torpediert die Bundesrepublik die UN-Bestrebungen insofern, als nur komplette und zusammengefaßte Informationen über gefährliche Chemikalien den Importländern dienlich sein könne. Denn sonst wäre es nur allzu verständlich, wenn in den Importländern der Eindruck entstünde, bestimmte Stoffe seien in der Bundesrepublik uneingeschränkt zugelassen und daher auch wenig oder gar nicht gefährlich.

Konsequenzen

Das Bewußtsein für die in der Chemisierung liegenden Gefahren hat sich verstärkt. Es wäre verfrüht, hier von einem internationalen ökologischen Bewußtsein zu sprechen, allerdings verbreitet sich die Auffassung, daß der gegenwärtigen internationalen ökologischen Krise nur mit gemeinsamen internationalen Aktivitäten begegnet werden kann. Als Konsequenz der unterschiedlichen Interessenlagen deutet sich heute der Kompromiß an, den internationalen wissenschaftlichen Informationsfluß zu verbessern ohne aber dadurch den Handel oder die Anwendung von Chemikalien wirklich beschränken zu wollen.

Die globale Krise erfordert aber ein umgehendes solidarisches Handeln. Das

Das Aluminiumkombinat ALUMAR in Brasilien

Vernichtende Wirkungen bei modernster Umwelttechnologie



Ein großer Teil der Vorräte an Bauxit, dem Aluminiumrohstoff, konzentriert sich in Ländern Afrikas und Lateinamerikas in äquatorialer Lage. Deshalb betreibt die multinationale Aluminiumindustrie zahlreiche Abbaustätten in der Dritten Welt. Sowohl die Großen des Aluminiumkartells, die sogenannten „sechs Schwestern" unter Dominanz der nordamerikanischen ALCOA und ALCAN besitzen oder kontrollieren Tagebauförderstätten in den Tropen, als auch die kleineren der Branche haben sich Beteiligungen gesichert, so z. B. die bundeseigene VEREINIGTE ALUMINIUMWERKE AG/VAW. Verschiedene Gründe legen die Produktion des metallischen Aluminiums in der Nähe der Bauxitlagerstätten nahe. Die Kosten des Hochseetransports großer Mengen aluminiumhaltiger Bauxiterde können eingespart werden, die Wasserkraftpotentiale der Förderländer garantieren ausreichendes Angebot an billiger Energie und die Grunstücke sind, ebenso wie die Arbeitskräfte, billiger als in den Industrieländer. Die „Entwicklungsländer", die im allgemeinen auf schnellst mögliche Industrialisierung gesetzt haben, bieten mittel- bis langfristige steuerliche Begünstigungen und verbilligte Strompreise, mitunter in Konkurrenz zueinander. Die politische Unsicherheit der sechziger und frühen siebziger Jahre ist, zumindest in Lateinamerika, vorwiegend dem gewichen, was die Industrie als ein „sicheres Investitionsklima" betrachtet.

Der politische Preis einer Produktionsverlagerung

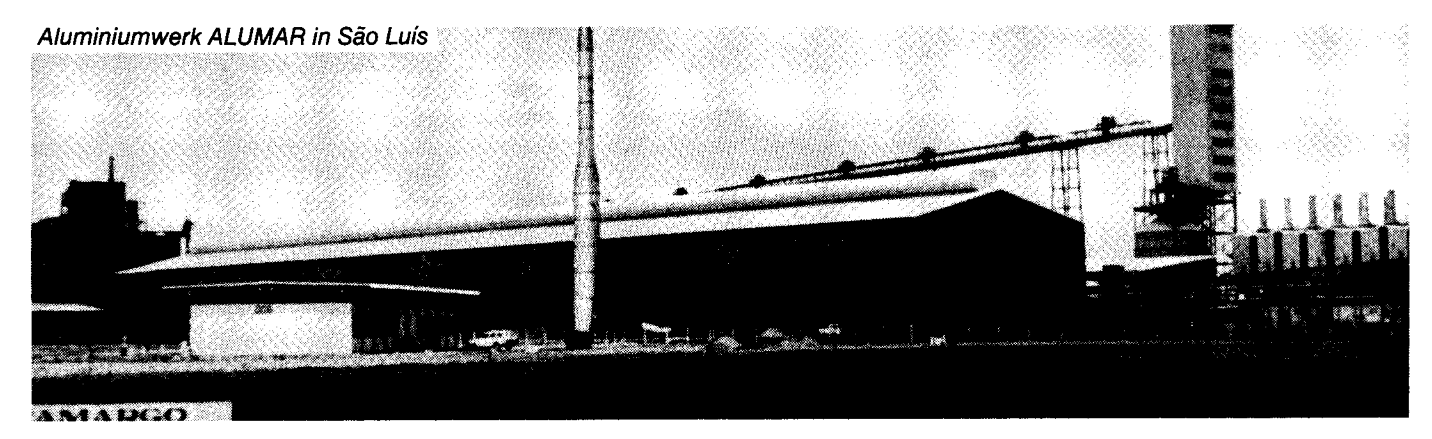
Die Aluminiumproduktion ist eine der ökologisch aggressivsten industriellen Aktivitäten. Im Tagebau wird kilometerweit die Landschaft abgehobelt, wobei die weiteren Schäden auf die Gewässersysteme davon abhängen, inwiefern in Schutzdämme und Maßnahmen gegen Erosion investiert wird. In der ersten Verarbeitungsstufe wird das etwa 66prozentige Bauxit zu reinem Aluminiumoxid raffiniert, wobei der abfallende Rotschlamm schwermetallhaltig und von Ätznatron durchsetzt ist. Bis vor wenigen Jahren konnte die westdeutsche ALUMINIUM OXID STADE, eine VAW-Tochter, die Elbe noch mit täglich bis zu zweitausend Tonnen Rotschlamm belasten und ein bedeutendes Feuchtgebiet schwer schädigen. Die Prozeßwärme für die Kessel kann aus, mehr oder weniger schwefelhaltigem, Erdöl oder Kohle erzeugt werden. Bevor das Aluminiumoxid zur elektrolytischen Abscheidung in die Schmelzwannen eingeführt wird, müssen Fluorverbindungen zugegeben werden. Fluor führt schon in hundert bis tausendfach niedrigen Dosen als Schwefeldioxid zu Vegiftung und zum Absterben der Vegetation. Auch wird berichtet, daß Tiere und Menschen sich über die Aufnahme pflanzlicher Nahrung weitervergiften. Die direkte Einwirkung der Fluorverbindungen auf den Menschen kann zu chronischen Schleimhaut und Organschädigungen führen.

Die Verschärfung der Umweltschutzauflagen in den Industrieländern brachte für die Nichteisen-Metall-Industrie einen erheblichen Kostenschub mit sich. So werden aus den USA für 1973/74 Umweltschutzkostenanteile von über 25 Prozent an den gesamten Investitionskosten der Nichteisenverarbeitung genannt, wobei Aluminium und Kupfer die bedeutendsten unter den NE-Metallen darstellen. In der Bundesrepublik führte diese Branche 1976 mit zwölf Prozent Investitionsanteil die Umweltschutzaufwendungen der bundesdeutschen Industrie an. In Japan traten sehr strenge Umweltschutzauflagen in Kraft, die nicht nur die Produktionsprozesse verteuern, sondern auch die Kosten der Elektrizitätserzeugung. Neben diesen Kostenschüben muß angenommen werden, daß es zunehmend problematisch ist, geeignete Standorte in den industriellen Ballungsräumen der Ersten Welt mit hoher Industriedichte und Grundstücksverknappung zu finden, zumal transportgünstige Standorte in Tausend-Hektar-Größenordnungen gefunden werden müssen.

Umweltschutzkosten zu sparen, ist einer von mehreren Gründen, weshalb die Aluminiumbranche Produktionsstätten in die Dritte Welt verlagert. Eine „erfolgreiche" Verlagerung der Aluminiumindustrie läßt sich im Falle Japans schon deutlich erkennen: dort wurden im vergangenen Jahrzehnt zwei Drittel der Produktionskapazität abgebaut, während der Aluminiumverbrauch deutlich anstieg. In Brasilien, das zu den bedeutendsten Bauxitlagerstätten der Welt gehört, ist der Verlagerungstrend offensichtlich. Seit Jahren engagieren sich dort ALCAN und ALCOA mit eigenen Metallhütten. Seit Mitte der siebziger Jahre ist eine japanische Firmengruppe am Aufbau eines Aluminiumkombinats in Rohstoffnähe im Amazonasmündungsbereich beteiligt, und um 1980 interessierten sich drei Branchengrößen für einen Standort in Reichweite der großen Elektrizitätswerke am Rio São Francisco südlich Recife: der US-Konzern KAISER, die französische PECHINEY-Gruppe und die deutsche VAW, die schließlich konkrete Investitionspläne ausgearbeitet hatte.

Umweltpraxis in „Harmonie mit wirtschaftlicher Entwicklung"

Die brasilianische Industrialisierungspolitik hat die Phase des Produktionswachstums um jeden Preis, wie es in den fünfziger und sechziger offiziell gefördert wurde, hinter sich gelassen. Als Wendejahr der nationalen Umweltpolitik gilt 1972, in dem die brasilianische Delegation noch eine provozierende abwehrende Stellungnahme gegen die Lasten des Umweltschutzes auf der Internationalen UNO-Umweltkonferenz in Stockholm ausgesprochen hatte. Die brasilianische Position wird von Kritikern noch als verblümte Einladung an die internationale Industrie angesehen, ihre umweltbelastenden Produktionslinien nach Brasilien zu verlagern. Umweltverschmutzung galt für die Wirtschaft und Politik in Brasilien als „Preis des Fortschrittes", wenn nicht sogar als Erfolgsmaßstab. Umweltschutzauflagen stellten keine „Investitionsblokkaden" oder „Wachstumsbremsen" dar, wie es sich schon in einigen Industrieländern abzeichnete. Da sich die Industrie selbst zunehmend durch die Umweltverschmutzung belästigt sah, wurde seit Mitte der siebziger Jahre der Aufbau der Umweltbürokratie verstärkt und wurden neue Gesetze erlassen, mit dem Ziel, die volkswirtschaftlichen Schäden zu verringern. Dieser institutionelle und juristische Ausbau der Umweltpolitik war stark von politischer Rhetorik begleitet, da die schlechte Umweltqualität sich in diesen Jahren als die größte Sorge der städti-



Aluminiumwerk ALUMAR in São Luís

schen Mittelschichten äußerten. In ihrer Substanz blieb die Umweltpolitik eindeutig den Zielen des wachstums- und exportorientierten „brasilianischen Wirtschaftsmodelles" untergeordnet. Da die Unterschichten kaum Widerstand gegen die Gefährdung ihrer Gesundheit durch Schadstoffemissionen leisten, ist der Schutz der menschlichen Gesundheit immer das Stiefkind der brasilianischen Umweltpolitik geblieben. Der anschaulichste Beleg dafür ist die Industriestadt Cubatão, deren Bevölkerung seit Jahren den Schadstoffen des größten Stahl- und Chemieindustriegebiets Brasiliens ausgesetzt ist, ohne daß zahlreiche politische „Aktionsprogramme", „Maßnahmepakete" und offizielle Arbeitsgruppen eine Verbesserung der Lebenssituation bewirkt hätten. In Cubatão, das von der Weltgesundheitsorganisation als die am stärksten verschmutzte Stadt der Erde klassifiziert wurde — mit nachweislichen Gesundheitsschäden infolge Luftverschmutzung —, stellt sich die brasilianische Umweltpolitik bloß. 1984 schlossen die Industrie der Stadt und die Umweltbehörde des Landes São Paulo ein unverbindliches Abkommen, die Luftverschmutzung bis Ende dieses Jahrzehnts durch Umweltschutzinvestitionen um wenige Prozente zu verringern. Schon wenige Monate nach dieser Absichtserklärung war absehbar, daß der Zeitplan für diese relativ einfachen Maßnahmen nicht eingehalten werden kann.

Langwierige Verhandlungen, Anzeigen von Kompromißbereitschaft und bescheidene Schutzmaßnahmen der Firmen sind im allgemeinen ausreichend, um den Anforderungen der Umweltbürokratie zu entkommen. Die Umweltgesetze und Qualitätsnormen sind zwar an denen der Industrieländer orientiert worden, praktisch bestehen aber zahlreiche Ausnahmeregelungen um diese Regelungen zu umgehen. Gleichzeitig besitzen die Behörden nur eine geringe Durchsetzungskraft. Strafen für Umweltverschmutzer erreichen im Höchstfall 25.000 DM und können, wenn sie wirklich durch die Widerspruchsinstanzen aufrechterhalten bleiben, vom Verschmutzer zu 90 Prozent in eigene Umweltschutzinvestitionen eingebracht werden. Das Umweltrecht gilt als kompliziert und schwer überschaubar, so daß nur wenige Fachleute „im Bild" sind und eine effektive Überwachung schnell an Grenzen stößt. Die Landesregierungen haben die Vollmacht, Anlagen bis zu 15 Tage stillzulegen, wobei der Bundesinnenminister Widerspruchsrecht hat. Eine längerfristige Stillegung kann sogar nur vom Bundespräsidenten ausgesprochen werden, was unter brasilianischen Juristen als verfassungswidrig gilt. Unter derartigen Umständen ist eine Betriebsgenehmigung, wie das Umweltrecht sie von jeder Produktionsstätte verlangt, unproblematisch zu bekommen. Für die Errichtung und Inbetriebnahme neuer Anlagen sind ebenfalls Genehmigungen der Umweltbehörde notwendig, die, dem Buchstaben der Gesetze zufolge, nur zu erhalten sind, wenn die gesetzlichen Umweltstandards erfüllt werden. Auch in diesem Bereich bleibt die Praxis weit hinter den Anforderungen zurück, obwohl Anlagen ohne irgendwelche Schutzmaßnahmen nur sehr schwierig zu errichten sein dürften. Am Beispiel des amerikanisch-niederländischen Aluminiumwerkes ALUMAR wird deutlich, wie wenig die Umwelt und die in ihr lebenden Menschen selbst unter den Bedingungen angewendeter Umweltschutztechnologien geschützt sind.

Die Zugeständnisse eines Giganten

Am 16. August 1984 weihte der Minister für Bergbau und Energie, César Cals, das Aluminiumwerk ALUMAR des ALCOA- und SHELL-Konsortiums in São Luís im Bundesland Maranhão ein. Der Minister unterstützte durch seinen Auftritt die Publizität, die die Unternehmen bereits seit Monaten durch große Werbekampagnen in Presse und Fernsehen hergestellt hatten. Mit dem Aufbau des Werkes hatten sie die führende Stellung in der brasilianischen Aluminiumfertigung übernommen. Nach eigenen Angaben waren 1,5 Milliarden Dollar in dieses größte und modernste Aluminiumkombinat Lateinamerikas investiert worden, für die Produktion von anfangs jährlich 500.000 t Aluminiumoxid und 100.000 t Aluminium für den Export. Der Beschäftigungseffekt konnte dagegen kaum als bedeutend herausgestellt werden: 1.400 neue Arbeitsplätze bei Kosten von über einer Million Dollar je Arbeitsplatz. Dafür versprachen ALCOA und SHELL aber „äußerste Vorsicht" im Umweltschutz. Etwa 15 Prozent der gesamten Investitionen seien ausgegeben worden, für die „Installation von Ausrüstungen und Systemen des Umweltschutzes und Systemen des Rohstoffrecycling im Produktionsprozeß, die auch den Schutz der Umwelt sichern."

Die Anwendung der weltweit fortschrittlichsten Umweltschutztechnologie für die Bauxitverarbeitung und der Aluminiumschmelze sollen nach Angaben des Konzerns beweisen, daß das Unternehmen Umweltschäden vermeiden will. So sind für die Rückhaltung und Endlagerung des Rotschlamms Stauseen angelegt worden, im ALUMAR-Hafen umgibt für den Fall von Unfällen ein Schutzwall den Ätznatron-Tank, ein hoher Schornstein soll das Schwefeldioxid aus der Aluminiumproduktion gleichmäßig in die oberen Luftschichten verteilen und durch Absaugen der Fluoride über den Schmwelzwannen in der Aluminiumschmelze sollen 97 Prozent der Fluoride im Produktionsprozeß zurückgehalten werden. Allerdings ist die Angabe von 15 Prozent Investitionskosten für Umweltschutzmaßnahmen irreführend. Die Herausfilterung umweltschädlicher Stoffe beziehungsweise deren Rückführung in die Kreisläufe der Produktion verrringert einerseits zwar die Umweltbelastung, andererseits aber auch den Verbrauch von Fertigungsmaterialien. Damit macht sich ein Teil dieser Investitionen schnell bezahlt. Das gab auch ein Public Relations-Mitarbeiter von ALUMAR, der mich durch den Betrieb führte, zu: das zurückbehaltene Ätznatron und die Fluoride seien sehr teuer. Vielleicht ist deshalb eine Angabe von drei Prozent für Umweltschutzinvestitionen, die das noch im Bau befindliche Aluminiumkonsortium ALBRAS/ALUNORTE bei Belém für seine Anlagen machte, realistischer. Damit schlagen aber immer noch zig Millionen Dollar für den Umweltschutz zu Buche — für ein privatwirtschaftliches gewinnorientiertes Unternehmen sicher keine freiwillige Ausgabe aus Sorge um die Umwelt. Die in den USA üblichen hohen Schadenersatzforderungen oder in Japan geltenden hohen Abgaben für Schadstoffemissionen würden vorsorgliche Schutzmaßnahmen von Seiten des Unternehmens wirtschaftlich vernünftig erscheinen lassen, um zukünftige Schaden-

ersatzforderungen von Nachbarn oder der Öffentlichkeit zu verhindern. Solche Bedingungen sind in Brasilien jedoch nicht gegeben und werden für die Lebenszeit des ALUMAR-Werkes nicht zu erwarten sein.

Deshalb müssen neben der Ersparnis der eigenen Rohstoffe die Umweltinvestitionen als Zugeständnis oder Nachgeben der Unternehmenspolitik gegenüber dem brasilianischen Staat angesehen werden. Staubecken und Fluoridfilterung halten tatsächlich einen großen Teil der Umweltgifte zurück. Dabei bleibt zu zweifeln, ob das verbleibende Schadstoffniveau den strengen amerikanischen Normen gerecht werden könnte. Carlos C. Silva, ein Experte der leistungsfähigen Umweltbehörde von São Paulo, hatte mir mitgeteilt, daß die brasilianischen Normenn den US-amerikanischen entsprechen würden. ALCOA selber hatte jedoch in einem Geschäftsbericht von seiner Aluhütte in Minas Gerais gesagt, daß die Schadstoffwerte den brasilianischen entsprächen und sich daran orientierten, die höheren US-Standards zu erreichen. Die Konzernangaben deuten also auf größere Spielräume und vermutlich Einsparungsmöglichkeiten in den brasilianischen Filialen hin.



Im Falle ALUMAR dürfte es schwierig sein herauszufinden, ob der Staat oder der Weltkonzern die stärkere Position bei der Durchsetzung der Bedingungen für die Ansiedlung besaßen. ALCOA und SHELL waren im Wettbewerb um den günstigeren Standort bei Belém im Amazonasmündungsbereich zwar der brasilianisch-japanischen Firmengruppe ALBRAS/ALUNORTE unterlegen, gewannen dann aber quasi über Nacht den Standort in São Luís. Das staatliche Elektrizitätswerk ELETRONORTE gab dann der Fertigstellung der Überlandleitungen zum Wasserkraftwerk Tucuruí Vorrang, um rechtzeitig Strom für ALUMAR liefern zu können. Außerdem gewährte der Staat Elektrizitätstarife mit 15 Prozent Rabatt, was umso mehr eine extreme Vergünstigung darstellt, als die Stromkosten unter allen Kostenarten den größten Umfang einnehmen. Wegen dieser Eigenart wird Aluminium auch „Strom in Barren" genannt. Das Interesse der Bundesregierung an der Ansiedlung dieses Großkomplexes begründet diese Vergünstigungen.

ALUMAR setzte mit Unterstützung von vier Ministerien aus Brasília, der Bundeshauptstadt, die Enteignung vieler tausend Kleinbauern und Fischern durch, um ohne Verzögerung, und schließlich schneller als die Konkurrenz bei Belém, die Fabrik hochziehen zu können. Als ALUMAR eine Reihe Umweltschutzeinrichtungen installierte, mißachteten sie doch verschiedene gesetzliche Auflagen. So legte ALUMAR eine Studie über mögliche Umweltschäden durch das Werk der zuständigen Umweltbehörde erst drei Jahre nach Baubeginn, Mitte 1983, vor, obwohl sie zur Erteilung der Installationsgenehmigung notwendig gewesen wäre.

Wenn die Bundesregierung dem Konzern gegenüber offensichtlich sehr großzügig gewesen ist, so müssen die Umweltauflagen auch als politischer Preis für die Zustimmung der Landesregierung von Maranhão gesehen werden. Die Umweltschutzausstattung von ALUMAR ist daher mit hoher Wahrscheinlichkeit eher das Ergebnis verschiedener, kompliziert verflochtener Interessen als das simple Durchsetzen einer gesetzlichen Vorschrift oder reinen Profitinteresses. Eine weitere Erklärung wäre auch, daß die finanzstarken Kartellriesen Umweltschutzstandards durchsetzen wollen, die ihren mittleren Konkurrenten das Geschäft erschweren könnten. ALCOA hat dabei auch das Interesse, das selbst entwickelte Fluorrückhaltungsverfahren A 398, das in ALUMAR eingebaut ist, weiter zu verkaufen.

ALCOA verfügt in Brasilien über einen „Geschäftsführungsbereich für Umweltangelegenheiten", der festlegt, daß ein großtechnologisches Unternehmen wie ALUMAR innerhalb des komplizierten industriellen Fertigungskomplexes die Umwelt als Kostenfaktor in ihre Kalkulation miteinbezieht. Diese Unternehmenspolitik ist eine Antwort darauf, daß selbst Staaten in der dritten Welt wie das industrielle Schwellenland Brasilien Maßnahmen gegen die Umweltzerstörung ergreifen. Das Öko-Management der Weltkonzerne drückt aber nicht etwa eine eigenverantwortliche Selbsteinschränkung in der Umweltbelastung aus, sondern das Interesse, den staatlichen Regulierungseingriffen zuvor zu kommen und die eigene Kompetenz im Umweltbereich zu demonstrieren. Da die regionalen Umweltbehörden kaum über kompetentere Fachleute als die Verfahrensspezialisten der Unternehmen verfügen, haben sie dabei leichtes Spiel. Darüber hinaus ermöglicht die betriebsinterne Ermittlung und Überwachung der Schadstoffmeßwerte in Konfliktfällen ein offensiveres Verhalten.

Die Zerstörung der traditionellen Kulturlandschaft

Noch bevor es zu Umweltschäden durch Schadstoffemission kommen konnte, hatten schon viele Tausende von Menschen durch ALUMAR ihre langjährige Wohn- und Arbeitsumwelt verloren. ALUMAR hat ein Siebtel bis ein Fünftel der wenig industrialisierten Hauptstadtinsel São Luís unter seine Kontrolle gebracht. Das Unternehmensgelände liegt eine halbe Busstunde von der Hauptstadt enfernt in einer ländlichen Umgebung, deren Landschaftsbild außerdem nur noch von den Umspannanlagen der ELETRONORTE zerrissen wird. Die Gegend verfügt nur über unbedeutende Süßwasserläufe, während die Küstenstriche wirtschaftlich vom Fischfang und bäuerlichen Kleinbetrieben geprägt sind. Die Mangrovenwäldern verleihen der Küste ihr typisches Aussehen, deren sumpfähnliche Lebensräume für manche Meeresbewohner „Kinderstube" oder wichtigste Nahrungsquelle sind. Vom Bestand der Mangroven hängt der Fischereiertrag weitgehend ab. Nach Angaben des Konzerns sind achttausend, nach Schätzungen der Konzerngegner mehr als zwanzigtausend Menschen aus 22 Dörfern im ALUMAR-Gebiet mehr oder weniger schlecht enteignet, umgesiedelt oder auf die Straße gesetzt worden. Für die Umsiedlung stellte der Konzern ein Gelände von 600 Hektar zur Verfügung, das die Bauern bewirtschaften, ohne daran jedoch jemals Eigentum erwerben zu können. Nur dreißig Familien akzeptierten diese Bedingungen; die meisten ließen sich auszahlen und finden sich heute in den Elendsvierteln der Stadt wieder. Mit der Vertreibung der Einheimischen hat die traditionelle Kultur- und Naturlandschaft ihre Eigenarten und ihr eingespieltes Gleichgewicht

verloren. Dabei hat ALUMAR nach eigenen Angaben ein Grundstück von 2.500 Hektar für die industriellen Anlagen und Gebäude erworben, dazu zusätzlich von der Regierung 2.000 Hektar für die Abwasserseen kostenlos zur Nutzung erhalten und weitere 5.000 Hektar ebenfalls kostenlos als „Grüngürtel" erhalten, der weder industriell genutzt noch besiedelt werden darf. José Nascimento, ein Sprecher der Bürgerinitiative für Umweltschutz, nimmt an, daß der Konzern sogar 14.000 Hektar unter seiner Kontrolle hält.

Seit dem Bekanntwerden des Fabrikprojektes 1980 warnten Fachleute immer wieder vor der Gefährdung der spärlichen Süßwasserläufe der Insel, die für die Trinkwasserversorgung einen wichtigen Beitrag leisten. Sie argumentierten, daß durch die großflächigen Erdarbeiten der Grundwasserspiegel gesenkt werden könnte, und ihr Bestand gefährdet sei. Ein unberechenbares Risiko geht von den Speicherseen aus, in die der gefährliche Rotschlamm eingepumpt wird. Diese 15 Hektar großen künstlichen Seen werden vom Konzern zwar als sicher bezeichnet, sind aber sehr umstritten. Die ALUMAR-Kritiker berufen sich darauf, daß solche Anlagen wegen der Grundwassergefährdung in empfindlichen Gebieten wie dieser sandigen Insellandschaft nach UN-Empfehlungen nicht eingerichtete werden sollten. Der Konzern gibt an, daß Grundwasser, Küstenraum und Meeresleben durch die aus starken Deichen gebauten und mit PVC-Folien versiegelten Seen vollständig vor den Millionen Tonnen Bauxitabfällen geschützt seien. Bisher gibt es aber noch keine übertragbaren Erfahrungen, ob die PVC-Folie jahrzehntelang dicht bleibt. Nach jeweils drei Jahren soll ein See gefüllt sein. Da die Wasser-Ätznatron-Lösung ständig aus den Seen durch ein internes Kanalisations- und Dränagesystem in die Produktion zurückgeführt wird, — sind die Seen schließlich bis oben mit den festen Rückständen des Rotschlamms aufgefüllt — werden sie mit einer Tonschicht abgeschlossen und sollen dann angeblich für Besiedlung, Freizeit und Gartenbau geeignet sein. Es ist verboten, die Flächen, die ALUMAR vom Staat erhalten hat, nach der Rückgabe mit tiefwurzelnden Bäumen zu bepflanzen oder mit artesianischen Brunnen zu durchbohren. So erhält die Öffentlichkeit eine vom Konzern kostenlos genutzte und in ihrem weiteren Gebrauchswert erheblich eingeschränkte, ökologisch degradierte Landschaft zurück.

Beim Bau des Fabrikkomplexes nahm ALUMAR weitere schwere Eingriffe in die Ökosysteme seines Standortes vor. So holzte das Unternehmen die für die Region einzigartigen, unter Schutz gestellten Juçara-Palmen ab, ohne eine Genehmigung bei der zuständigen Forstbehörde eingeholt zu haben. Bei den Arbeiten am werkseigenen Hafen zerstörte der Konzern große Flächen Mangrovenwald, wie er auch den Fischbestand und die Versandung der Gewässer stromabwärts einschließlich des neuen Hafens von Itaqui förderte.



Pflanzenschäden in der Umgebung von ALUMAR

„Minimale Fluoremissionen" und Hohe Schornsteine

Der rentabilitätsorientierten Umweltschutzphilosophie des Konzerns entspricht es, daß das Schwefeldioxid aus der Verbrennung von Kohle und Erdöl in der Aluminiumoxidproduktion ungefiltert in die Atmosphäre ausgeblasen wird. ALUMAR sieht die Errichtung eines hohen Schornsteins zu diesem Zweck als Umweltschutzmaßnahme an, da die Entstehung von Rauchgasschäden durch die Abluftfahne aus einem niedrigeren Schornstein in der Nachbarschaft vermieden werden soll. Der hohe Schornstein soll dafür sorgen, daß das Schwefeldioxid so verteilt wird, daß es keinen Schaden anrichten kann. Die Erfahrung der Industrieländer mit hohen Schonrsteinen hat gezeigt, daß nichts außer einer Problemverlagerung erreicht wurde, nämlich von der Belästigung der unmittelbaren Nachbarschaft zur großräumlichen Erzeugung von Saurem Regen über den Industrieländern.

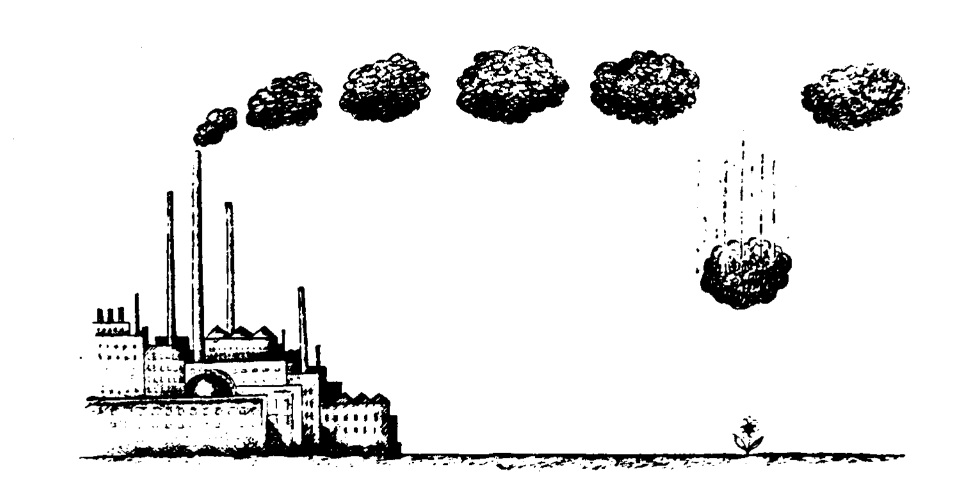
Da es keine genauen Studien der komplizierten, ständig wechselnden Windverhältnisse auf der Insel gibt, kann keine sichere Voraussage über die Wirkungen des Schwefeldioxids gemacht werden. Viele Beobachter befürchten, daß aufgrund der extrem hohen bis gesättigten Luftfeuchtigkeit an diesem tropischen Standort unmittelbar nach Austritt des Schwefeldioxids in der feuchten Luft saurer Nebel entsteht, der sich schon in der Nähe der Fabrik in höheren Konzentrationen niederschlägt. Eine Arbeitsgruppe kritischer Wissenschaftler erwartete 1980, daß täglich 67 Tonnen Schwefeldioxid freiwerden. ALUMAR richtete 1982 35 SO_2-Meßpunkte und zwei mobile Meßstationen ein, um die Situation vor der Inbetriebnahme und die Auswirkungen der Fabrikemissionen ermitteln zu können. Ebenso wurde ein meteorologisches Untersuchungsprogramm eingeleitet, um die Windverhältnisse und die atmosphärische Verteilung zu studieren. Trotz der damit offen zugegebenen Unkenntnis der lokalen Verhältnisse und der zu erwartenden SO_2-Konzentrationen vertrat der ALCOA-Mananger des „Geschäftsführungsbereichs für Umweltangelegenheiten", Marcelo Vianna, Anfang 1983 in einer Fachzeitschrift, „daß die Normen der Luftqualität, was Schwefeldioxid angeht, in allen Phasen der Fertigung, selbst unter den ungünstigsten atmosphärischen Bedingungen, vollständig eingehalten werden." Marcelo Vianna lobte auch die Effektivität der Fluoridfilterung. Von den Fluoriden

über den Schmelzwannen würden über 99 Prozent aufgefangen und wiedereingesetzt werden. Die „weniger als drei Prozent", die vor der Filterung über undichte Anlagen (Verfahrensbedingt) in die Luft der Fabrikhalle entwichen, hält er für harmlos. Sie können aus dem Dach entweichen und werden „von den Winden zerstreut, ohne Umweltprobleme zu verursachen."

Ende September 1984 konnte ich selber mit ansehen, welche Zerstörungskräfte, mit diesen Worten verniedlicht worden sind. José Naxcimento und einige Mitstreiter des „Komittees zur Verteidigung der Insel São Luís" hatten mich an einem Sonntagvormittag mit nach Coqueiro genommen, einem kleinen Fischerdorf etwa drei Kilometer von ALUMAR enfernt. Währnd José Nascimento zwei ältere Männer fragte, ob sie Probleme mit ALUMAR hätten, machte mich Josemar Pinheiro, ein Rechtsanwalt, auf pfenniggroße Löcher in den Blättern aufmerksam. Zunächst war ich noch skeptisch, weil ich Schädlingsfraß nicht von chemischen Einwirkungen unterscheiden kann. Erst als einer der älteren Männer seine Zurückhaltung aufgab, hörte ich, daß sie selber Veränderungen wahrgenommen hatten. An den Babaçus auf der anderen Seite des Flusses waren viele Plamenwedel grau und trocken geworden, offensichtlich krank. Freunde meiner Begleiter zeigten uns einen Kanister mit einer schwarzen Brühe. Einer der Fischer hatte die Schmutzbrühe erst am Vormittag aus einer über hundert Meter langen schwarzen Lache in der Flußmündung geschöpft. Wir vermuteten, daß ein Kohleschiff seinen Laderaum vom restlichen Kohlestaub ausgespült hatte. Tief erschrocken war ich dann, als wir die Pflanzungen einiger Dörfler besichtigten. Viele



der Maniokstauden waren gelblich-welk geworden. Die stärkehaltigen Wurzeln des Maniok stellen das Hauptnahrungsmittel der Landbevölkerung dar. Bohnenblätter waren übersät mit braunen Punkten. Junge Kokospalmen hatten vertrocknete oder schwarze Wedel. Viele Blätter des Cajú-Baums, der eine vitamreiche Frucht mit dem bei uns als Cashewnuß bekannten Kern trägt, waren vertrocknet. Der Besitzer der Pflanzung erzählte, daß der Baum noch reich geblüht hätte. Jetzt trug er zwei notreife Früchte. Der Bauer hatte jetzt auch Angst um seine neu gepflanzten Orangenbäume bekommten. Ein Biologe, dem ich in der Bundesrepublik Bilder von den Schäden gezeigt habe, nimmt an, daß die Pflanzen an den Fluoriden krank geworden sind. Die Fabrik hatte erst vor einem Vierteljahr; schon einige Wochen vor der Einweihung die Produktion aufgenommen. Wegen der kurzen Zeit muß man annehmen, daß es sich nicht um ein durch das Ökosystem vermittelts Vegetationssterben handelt, sonder um eine akute Vergiftung — durch „weniger als drei Prozent" Fluoride.



Die Grenzen des „Öko-Managements"

Das Öko-Management, wie es zusammen mit der Anwendung neuer Umweltschutztechniken auftaucht, gaukelt vor, daß die Umweltschäden durch Großindustrie kontrollierbar und gesellschaftlich tragbar sind. Die Zerstörungen auf den Äckern von Coqueiro und an der Vegetation der Umgebung zeigen, daß die Technokraten ihre Umwelteffekte nur soweit wirklich kontrollieren, wie sie sich das leisten können oder wollen. Im Fall ALUMAR liegen die Grenzen der ökonomisch akzeptablen Schutzmaßnahmen beim Verzicht auf die Filterung der Hallenabluft und in der Lösung der berüchtigten Hohen Schornsteine anstelle einer technisch machbaren Rauchgasentschwefelung. Die übrigen Umweltgefährdungen durch das komplexe Fabriksystem entziehen sich ähnlich wie die Risiken der Atomenergie der Kontrolle der Techniker, die Unfälle der Speicherseen oder Ätznatrontanks ebenso wenig ausschließen können, wie sie die Schadwirkungen reduzierten, „zulässigen" Emissionen zuverlässig einschätzen können. Für die Dritte-Welt-Bevölkerung sind die Belastungen durch diese angeblich kontrollierten Emission größer als in den Industrieländern, da sie viel geringere Chancen haben, ihre Rechte wahrzunehmen oder annähernd angemessen Schadenersatz einzuklagen. Der Vorteil für großindustrielle Produktionsanlagen in den modernsten der Dritte-Welt-Ländern liegt nicht mehr darin, daß sie ganz auf Umweltschutzinvestitionen und entsprechende Betriebskosten verzichten können. Entscheidend ist, daß die Anforderungen in der Dritten Welt deutlich geringer sind und die Unternehmen über vergleichsweise größere Durchsetzungsspielräume verfügen, schon mit der möglichen Drohung der Abwanderung in andere „Entwicklungsländer". Dabei kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß die Kostendifferenzen im Umweltschutz erhalten bleiben, vielleicht sogar infolge der politischen Entwicklungen in den Industrieländern noch zunehmen. Während in den Industrieländern der nördlichen Halbkugel das Niveau der verschiedensten Schadstoffe das gesundheitlich Erträgliche in vielen Bereichen schon überschritten hat und zu politisch heiklen Problemen herangewachsen ist, haben die Entwicklungsländer, wie es der frühere brasilianische Innenminister Reis Velloso ausdrückte, „noch viel zu verschmutzen".

Helmut Hagemann.

Der Verfasser recherchierte den „Fall ALUMAR" bei den Vorarbeiten für ein Buch über die ökologische Ausplünderung Brasiliens durch die Weltwirtschaft, dabei unter besonderer Berücksichtigung deutscher Unternehmen 1984, in São Luís und São Paulo. Das Buch **„HOHE SCHORNSTEINE AM AMAZONAS. Umweltplünderung, Politik der Konzerne und Ökobewegung in Brasilien"** erscheint im **Frühjahr 1985 im Dreisam Verlag Freiburg,** ca. 200 Seiten, Fotos, ca. 20,– DM. Darin finden sich auch weiterführende Literaturangaben zu diesem Artikel. Der Inhalt umfaßt koloniale Ausplünderung, Industrialisierung um jeden Preis (Cubatão), unter modernen Vorzeichen (Alumar), Mafia, die Plünderung des Amazonasraumes, die brasilianische Umweltpolitik und die alternative Bewegung.



Streit um die Wasser des Nil und des Sambesi

Nur zwei Beispiele für Umweltzerstörung und Konflikte in Afrika

„Der nächste Krieg in unserer Region wird um das Wasser des Nils geführt werden, nicht um Politik", sagte der ägyptische Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten kürzlich in einem Interview. Und was so für den Nil gilt, könnte auch in einer nicht allzufernen Zukunft am anderen Ende Afrikas, für den Sambesi gelten, wenn dort nämlich ein ehrgeiziges Vorhaben der Staaten Botswana und Südafrika verwirklicht werden sollte. Hier in Afrika, wie übrigens auch in anderen Teilen der Dritten Welt wird die Auseinandersetzung um den Rohstoff Wasser immer härter.

In der westlichen Presse ist dies bislang kaum wahrgenommen worden, obwohl es immer wieder Konflikte in der Dritten Welt um das knapper werdende Wasser gab. Leider sind laut EARTHSCAN bislang kausale Zusammenhänge wenig erforscht und dokumentiert worden.

So z. B. war der Kampf ums Wasser mitverantwortlich für den Tod von tausend Menschen im Pundschab, als indische Truppen den goldenen Tempel der Sikhs im letzten Jahr stürmten: Die Sikhs forderten größere Anteile am Wasser der Region (aus den Flüssen Beas-Sutlej und Ravi), da Wasser die Grundlage für die hohen Ernteerträge in diesem Gebiet darstellt.

In einem Bericht der Londoner Umweltorganisation EARTHSCAN mit Titel „Umweltzerstörung und Konflikte"[1] gibt es deshalb ein eigenes Kapitel zum Thema „trans-nationale Flüsse".

Dort heißt es u. a.: „Es gibt noch riesige Wasservorräte, die im Eis der Arktis und der Antarktis verschlossen sind, im ewigen Eis der Berge, in einigen großen Seen und in wasserführenden unterirdischen Schichten. Doch der Welt geht allmählich das Wasser für riesige Bevölkerungen aus.". Zitiert wird dort auch aus dem Bericht „Global 2.000" an den ehemaligen amerikanischen Präsidenten Carter, wo es zum Thema Wasser hieß: „In dem Maße, in dem der Bedarf an Wasser ständig wächst, werden die Konflikte zwischen Nationen um gemeinsame Wasservorräte vermutlich zunehmen, und es wird von einer Verdoppelung des weltweiten Wasserbedarfs ausgegangen." Und der Chef der UN-Umweltorganisation, Dr. M. Tolba, sagte im vergangenen Jahr: „Die nationale und die globale Sicherheit sind in Gefahr. Die zunehmende Wasserknappheit verschlimmert wirtschaftliche und politische Unterschiede zwischen den Staaten und läßt gängige Vorstellungen von nationaler Sicherheit in höchstem Maße unstabil werden." Diese in weltweitem Maßstab geltenden Aussagen gelten so auch und vor allem für die eingangs erwähnten Beispiele des Nils und des Sambesi.

Schon 1978 sagte der damalige Präsident Sadat: „Wir hängen zu unserem Überleben zu hundert Prozent vom Nil ab. Und wir werden niemals zögern, da es sich um eine Frage von Leben oder Tod handelt." Auch heute wird das Wasser als ein zentrales Problem in Ägypten angesehen. Grund für die ägyptischen Besorgnisse ist die Tatasache, daß die afrikanische Dürre nun schon ins vierte Jahr geht, wodurch eine Situation entstanden ist, wie sie zum letzten Mal 1913 registriert wurde. Das hinter dem Assuan-Staudamm aufgestaute Wasser reiche gerade hin, um das Land über das nächste Jahr zu bringen. Sollte die Dürre noch länger

anhalten, könnte das Absinken des Nils den Fluß für Touristenboote unbefahrbar machen, damit würde der Tourismus nachhaltig beeinträchtigt, gingen dem Lande Devisen verloren, zumal auch die Wasserversorgung in den Hotels gefährdet würden. Die Stromerzeugung würde gemindert, so daß das Land vermehrt Erdöl hierfür einsetzen müßte, wodurch Exporteinnahmen verlorengingen. Dauert die Dürre aber noch länger an, dann könnte dies sogar den Tod von Millionen Ägyptern durch Verhungern bedeuten.

Immer weniger Wasser für eine rasch wachsende Bevölkerung

Zu Beginn der jetzigen Dürre vor drei Jahren war der Staudamm noch voll. Bis zu Beginn dieses Jahres hat Ägypten insgesamt 50 Billionen Kubikmeter Wasser für die täglichen Bedürfnisse der Städte und der Landwirtschaft entnommen. Dauert die Dürre noch ein weiters Jahr, dann wird soviel Wasser entnommen worden sein, daß dann bereits die Stromerzeugung beeinträchtigt werden wird. Dauert die Dürre weitere zwei Jahre an, so Joyce Starrin von der „Herald Tribune", dann wird Ägypten seinen gesamten „lebenden Wasservorrat" aufgebraucht haben.

Aber auch wenn die Dürre auf wundersame Weise enden sollte, wird es ein Problem geben, denn zum einen, wird sich die Bevölkerung des Landes von heute 46 Millionen bis zumJahre 2005 verdoppeln. Zum anderen braucht Ägyptens Landwirtschaft ständig mehr Wasser. Sowohl die Großfarmer als auch die Kleinbauern können heute noch dem nationalen Kanalsystem soviel Wasser entnehmen, wie sie brauchen — und dies kostenlos. Dies bewirkt natürlich eine ungeheure Verschwendung, weshalb die Regierung seit einiger Zeit dabei ist, die Bevölkerung über diesen sorglosen Umgang mit dem knapper werdenden Rohstoff Wasser aufzuklären. Aber die Verantwortlichen geben heute zu, daß diese Kampagne bislang nicht sonderlich erfolgreich gewesen ist, da die Bevölkerung die „Dimension der kommenden Katastrophe bislang noch nicht erkannt hat."

Die Abhängigkeit von den Nachbarn am Überlauf des Nil

Und selbst wenn Ägyptens Bürger es bald lernen sollten, sparsamer mit Wasser umzugehen, bleibt die rasch wachsende Bvölkerung vom Wohlwollen der Nachbarn am Oberlauf des Flusses abhängig. Was die Befriedigung des eigenen, steigenden Wasserbedarfs angeht, so hat sich das Land bislang stets auf seine guten Beziehungen zum südlichen Nachbarn Sudan verlassen. Doch der benötigt ebenfalls für seine wachsende Bevölkerung, und mehr noch für seine ehrgeizigen landwirtschaftlichen Entwicklungspläne — die zur Zeit allerdings ob des wirtschaftlichen und politischen Chaos im Lande auf Eis liegen — immer mehr Nilwasser. Weil dem so ist, werden beide Staaten immer abhängiger vom Wohlwollen der noch weiter am Oberlauf des Nils gelegenen Staaten (Kenya, Uganda, Tansania und Äthiopien), deren Flüsse und Seen den Nil nähren.

Auf der internationalen Wasserkonferenz in La Plata im Jahr 1977, deren einziges greifbares Ergebnis war, für die Zukunkft internationale Abkommen zu fordern, bestand Äthiopien auf dem unveräußerlichen Recht eines jeden Anliegerstaates, einseitig die Entwicklung der Wasservorkommen innerhalb der nationalen Grenzen vorzunehmen, da es an einem internationalen Abkommen fehlen würde. Für Ägypten stellte sich damit die „Frage der nationalen Sicherheit", da das Land „zu hundert Prozent vom Nil abhängt", wie der ägyptische Delegierte sagte.

Die Experten von EARTHSCAN gehen heute davon aus, daß Ägypten bereits in naher Zukunft auf die Wasserreserven des Tana-Sees in Äthipien sowie der Seen am Viktoria-Nil in Uganda angewiesen sein könnte, da eben die Vorräte im Lake Nasser hinter dem Aussuan-Damm nicht mehr ausreichen.

Dies setzt voraus, daß Äthiopien und Uganda bereit sind, den Wasserspiegel ihrer Seen zu erhöhen, gleichsam als Reservoire für den Nil, wodurch jedoch bislang bewohnte Gebiete an den See-Rändern überflutet würden. Hierzu aber ist bis heute keiner dieser Staaten bereit und auch durch kein internationales Abkommen verpflichtet.

Äthiopien — zudem die meiste Zeit mit dem pro-westlichen Ägypten politisch in Fehde — hat bereits wissen lassen, daß es nicht bereit sei, in dieser Angelegenheit mit Kairo zu kooperieren. Das selbst von einer schlimmen Dürre heimgesuchte Land plant vielmehr Vorhaben, die den Wasserabfluß in Richtung Sudan und Ägypten pro Jahr um bis zu vier Milliarden Kubikmeter reduzieren würden.

Der Sudan kooperiert — doch der Jonglei-Kanal-Bau liegt still

Der Sudan hat traditionell mit Ägypten bei der Nutzung des Nilwassers zusammengearbeitet und so ein seltenes Beispiel für die friedliche Zusammenarbeit zwischen Anliegerstaaten ein und desselben Flusses geliefert. In der Folge aber hat sich der Sudan dann ernsten, internen Schwierigkeiten gegenüber gesehen.

1974 schlossen die beiden Staaten ein Abkommen über den Bau des Jonglei-Kanals am oberen Nil: Durch den Kanal soll der Lauf des Nils verkürzt und damit verhindert werden, daß jedes Jahr Milliarden Kubikmeter Wasser in den Sumpfgebieten des Sudd versickern. Doch schon bald nach Bekanntgabe dieses Vorhabens kam es im südlichen Sudan zu Unruhe, als nämlich Gerüchte aufkamen, daß nach der Fertigstellung des Kanals ägyptische Bauern in der Region angesiedelt werden sollten. In der Hauptstadt



des Südens gab es mehrere Tote.

Jüngst ist die Separatistenbewegung im Süd-Sudan wieder in Aktion getreten. Die schwarzen, teilweise christianisierten Völker des sudanischen Südens begehren ohne Zweifel auch gegen die vom Norden erzwungene Islamisierung auf, ebenso sehr aber gegen die Tatsache, daß, nach ihrer Ansicht, alle wirtschaftlichen Entscheidungen allein im islamischen Norden und zu dessen Gunsten getroffen werden. So auch die in Sachen Jonglei-Kanal. Das Gefühl im Süden, daß solche Entscheidungen allein im Interesse der nördlichen, islamischen Bevölkerung, und eben auch Ägyptens, getroffen werden, wächst zunehmend.

Kürzlich wurden mehrere Mitarbeiter der französischen Kanalbaufirma von südlichen Aufständischen entführt und seither ruht der Bau des Kanals völlig: eine Wiederaufnahme der Bauarbeiten ist vorerst nicht in Sicht.

In dem Maße, in dem die Wasserbedürfnisse Ägyptens weiter steigen, werden dessen Überlegungen hinsichtlich einer geregelten Versorgung mit diesem Rohstoff eine immer wichtigere Rolle in der Innen- und Außenpolitik Kairos spielen. Ägypten hat deshalb bereits mehrfach deutlich erklärt, daß es hier um die „Frage von Leben oder Tod" gehe. Die Londoner Umwelt-Experten sind deshalb der Ansicht: „Wenn die anderen Anliegerstaaten des Nils den Ernst der Lage in Ägypten verkennen, dann könnte dieses versucht sein, ein immer stärkeres Interesse für die internen Angelegenheiten dieser Nachbarn zu entwicklen und damit die Stabilität der ganzen Region gefährden."

Streit mit Ghadafi um Untergrundwasser

Nicht in allen Auseinandersetzungen geht es um das immer knapper werdende Süßwasser der Flüsse und nicht immer geht es nur um den arabischen „Schicksalsfluß" Nil.

Im August 1984 drückte Libyens Muammar Ghadafi in Sarir, im Osten Libyens, auf einen Knopf und ließ damit Wasser aus den Tiefen unter dem Wüstensand in Richtung Mittelmeer fließen. In seiner Eröffnungsrede anläßlich der Inbetriebnahme des 11 Milliarden teuren, künstlichen Flusses nannte Ghadafi Ägypten „eine von Israel und den USA versklavte, weibliche Ziege", und er forderte die Sudanesen auf, die Regierung Numeiry zu stürzen.

Das von Ghadafi zum Strömen gebrachte Wasser stammt aus einer riesigen wasserführenden Schicht unter der Wüste, die sich über die Staaten Libyen, Ägypten, Sudan, ja sogar über den Tschad, erstreckt.

In einem anläßlich der Verwüstungskonferenz in Nairobi, Kenya, 1977 vorgeschlagenen „trans-nationalen Projekt" war die „rationale Nutzung dieses Aquifers" gefordert worden. Dazu ist es jedoch bis heute nicht gekommen, und Ägypten sowie der Sudan haben ihre Sorge bekundet, daß Ghadafis künstlicher Fluß, von amerikanischen und südkoreanischen Firmen erbaut, den Aquifer rasch leeren und damit den Grundwasserspiegel auf dem eigenen Gebiet absinken lassen könnte. Hier ist also massenweise politischer Sprengstoff unterhalb der Wüste verborgen, und eben nicht nur im nördlichen Afrika. Am anderen, südlichen Ende des afrikanischen Kontinents bahnt sich mit einem Vorhaben am Sambesi-Fluß eine ähnliche internationale Auseinandersetzung an.

Südafrika und Botswana gegen den Rest des südlichen Afrika?

Denn das nach geographischen Begriffen halbtrockene Botswana, dessen Territorium in weiten Teilen u. a. von der Kalahari-Wüste bedeckt wird, plant in der Wasserwirtschaft eine engere Zusammenarbeit ausgerechnet mit dem Apartheid-Staat Südafrika. Mit einem Aufwand von drei Milliarden Dollar US soll in naher Zukunft Wasser aus dem Sambesi-Fluß in den Vaal-Fluß in der Republik Südafrika umgeleitet werden.

Genutzt werden soll dieses Wasser zunächst einmal in der dichtbevölkerten Industrieregion um Pretoria, wo es heute nach der Dritte-Welt-Nachrichten-Agentur IPS schon heute Versorgungsengpässe bei Frischwasser gibt.

Von insgesamt 1.200 Kilometern aber würde das neue Äquadukt 1.043 Kilometer lang über das Gebiet von Botswana führen. Dafür darf das Land ein Drittel des durch die Pipeline strömenden Wassers für eigene Bewässerungszwecke in den Trockengebieten nutzen, was in diesem Lande erst das Fortleben der Viehzucht und eventuell Ackerbau ermöglichen würde.

Benachteiligt würden durch diesen Plan ohne Zweifel die Nachbarstaaten Zimbabwe und Sambia, die ohnehin seit einigen Jahren hart von der großen afrikanischen Dürre heimgesucht werden. Dabei können diese beiden Staaten zudem darauf verweisen, daß der Sambesi-Fluß nur an einer winzigen Stelle Botswana berührt, dort wo sich die Grenzlinien aller drei Staaten treffen. Viel länger sei hingegen der natürliche Grenzverlauf des Flusses zwischen den Staaten Zimbabwe und Sambia, so daß die beiden Staaten ein größeres Anrecht auf das Wasser des Flusses hätten.

Ferner können Experten darauf verweisen, daß eine großzügige Entnahme von Wasser durch Botswana und Südafrika bei Kazangula ohne Zweifel nachhaltige Folgen für die Leistungsfähigkeit und Sicherheit des Kariba-Staudammes am Unterlauf des Flusses haben dürfte. Dieser vom Sambesi genährte Damm ist ein Gemeinschaftswerk der beiden Staaten und liefert den größten Teil des Elektrizitätsbedarfs dieser Staaten. Gefährdet wären zudem die Pläne Zimbabwes, dem Fluß künftig selbst mehr Wasser für die Bewässerungslandwirtschaft zu entnehmen. Zugleich werden auch noch heute nicht abschätzbare ökologische Schäden für die gesamte Region befürchtet.

Gefährdung der regionalen Zusammenarbeit schwarzer Staaten

Wie IPS aus der Hauptstadt Zimbabwes, Harare, berichtet, hat die dortige Regierung jedoch gegenüber Botswana und Südafrika wenig Einspruchsmöglichkeiten. Der Grund ist einfach: Die in dieser Frage anwendbaren „internationalen Regeln von Helsinki" zur Aufteilung von Wasser zwischen mehreren Staaten enthalten nur Empfehlungen, sind jedoch nicht bindend. Vereinbarungen über ein Schiedsgerichtsverfahren gibt es bislang nicht.

Gefährdet wird durch den geplanten Bau der Pipeline nicht Sambia allein, sondern auch die gesamte Kooperation zwischen den schwarzafrikanischen Staaten in der Region. Die nämlich haben sich eigentlich vor fünf Jahren — gegen den gemeinsamen und wirtschaftlich übermächtigen südafrikanischen Feind — in der Koordinationskonferenz zur Entwicklung des Südlichen Afrika, SADCC, zusammengeschlossen. Ihr gehören neben Botswana noch weitere acht Staaten der Region an. Ziel dieses Zusammenschlusses sollte es sein, die neuen Staaten durch engere Zusammenarbeit allmählich von Südafrika unabhängiger zu machen. Just dies aber wird jetzt durch das flächenmäßig große, aber dünn besiedelte Botswana gefährdet, wobei Botswana ohne Zweifel durch den reichen weißen Nachbarn in Versuchung geführt wurde.

Aber einmal angenommen, Südafrika würde eines nahen Tages von der schwarzen Mehrheit regiert, bliebe das Problem doch bestehen, denn auch eine schwarze Regierung in Pretoria würde das Wasser des Sambesi nutzen wollen. Womit ähnlich wie im Falle des Nilwassers und des Aquifers unter der Sahara die zwingende Notwendigkeit internationaler Abkommen bewiesen wäre.

Was so für den Nil, den Aquifer und den Sambesi gilt, gilt so abr auch für einige andere große afrikanischen Flüsse, wie etwa den Senegal und den Niger, wo es auch bereits politische und militärische Auseinandersetzungen um Flußwasser gegeben hat.

Christine Stottele
Gerd Meuer

1 Earthscan, Umweltzerstörung und Konflikte — Umweltzerstörung fördert Konflikte/Konflikte fördern Umweltzerstörung in deutsche Sprache herausgegeben: epd-Materialien 1/85 Entwicklungspolitischer Informationsdienst des Evang. Pressedienstes Friedrichstr. 2—6 6000 Frankfurt 17 Preis: 7,—— DM

Medien zum Thema „Ökologie und Dritte Welt"

Diese Medienliste erhebt keinesfalls den Anspruch vollständig zu sein. Es handelt sich hauptsächlich um Filme und Diareihen, die wir auch schon im Rahmen einer Veranstaltungsreihe zum Thema „Ökologie und Dritte Welt" gezeigt haben, und die uns als recht brauchbar erschienen.

Tiznao:
Das Dorf San Francisco de Tiznados stirbt langsam vor sich hin. Seine Bewohner, meist alte Leute, müssen es verlassen, weil es in den Fluten eines neuen Staudammes versinken wird. Die Jugend ist längst aus dieser Gegend, wo es für sie keine Arbeit und keine Zukunft gibt, abgewandert.
Venezuela 1983, 90 Min.

Xunan (The Lady)
Dieser Film berichtet über die Arbeit von Gertrude Düby-Blom, die während des Zweiten Weltkrieges nach Chiapas/Mexico auswanderte, wo sie während Jahrzehnten mit einem Wiederaufforstungsprojekt um das Überleben der Lacandonen kämpfte. Doch auch sie kann die fortdauernde Zerstörung der indianischen Lebensformen durch äußere Einflüsse nicht verhindern.
Peter von Gunten, Margrit Keller, Schweiz 1982/83, 90 Min., Dokumentarfilm
Verleih: Matthias

Bitterer Zucker
Mit technischem Fortschritt und wirtschaftlichem Wachstum versuchte Brasilien seine sog. Unterentwicklung auf westlichen Standard anzuheben. Dieses Wachstum mußte aber in Dollars bezahlt werden, die durch die Ausfuhr von immer mehr Agrarerzeugnissen und daraus folgernder Ausbreitung der Flächen für Exportkulturen sowie Vertreibung der Kleinbauern erkauft sein wollten. Am Beispiel des Zuckerrohrs werden die Folgen eines Entwicklungsmodells dargestellt, das die Grundbedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit ignoriert.
Gordian Troeller, Claude Deffarge, BRD 1983, 43 Min., f., Dokumentarfilm
Verleih: Matthias

Sudesha
Sudesha ist die Geschichte einer Frau, die in einem Dorf im unteren Himalaya lebt. Die Lebensgrundlage dieser Gegend ist der Wald, der aber von mächtigen Holzhändlern zerstört wird, was natürlich auch auf die Menschen zurückschlägt. Der Film beschreibt den Widerstand der Bevölkerung, der unter anderem zur Chipko-Bewegung führte.
Deepa Dhanrai, Indien 1983, 30 Min., f., Dokumentarfilm
Verleih: Matthias, versch. ev. Medienzentralen

Wir müssen wieder lernen, Bäume zu pflanzen
Holz ist der einzige Energielieferant in Nepal. So werden auch weiterhin, trotz katastrophaler Folgen wie Erosion, Absinken des Grundwasserspiegels und Versteppung die noch verbliebenen „Wälder" abgeholzt. Der Film beschreibt ein schweizer Entwicklungsprojekt, das mit der Bevölkerung nun andere Energieformen finden will, wie Biogasanlagen mit dem Dung der Tiere in den Ställen, aber auch Förderung des Handwerks, um einen Teil der landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Wiederaufforstung verwenden zu können.
Video-Kassette VHS oder als Film 16 mm, f., 39 Min.
Verleih: alle Landesbildstellen und Landesfilmdienste

Terra Roubada (Geraubte Erde)
Das Sobradinho-Staudammprojekt in Brasilien dient zwei Zielen: Stromerzeugung und Bewässerung. Das bewässerte Land dient dann exportbestimmter Gemüseproduktion und dem Anbau von Zuckerrohr, das zu Alkohol verarbeitet werden soll. Die 65000 in dieser Gegend lebenden Menschen wurden kurzerhand und ohne nennenswerte Entschädigung umgesiedelt.
Peter von Gunten, Schweiz 1980, 53 Min., f., Dokumentarfilm
Verleih: Matthias, versch. ev. Medienzentralen

Laguna de dos Tiempos (Lagune zweier Zeiten)
Film über die Folgen der Industrialisierung der Ostion-Lagune/Mexico. Auf einem Areal von 80 km wird ein Industriekomplex mit petrochemischen Werken errichtet. Die Folgen sind Verelendung und Vertreibung der indianischen Bevölkerung und die Beseitigung ihrer Kultur, Zerstörung der Natur, Vergiftung der Umwelt.
Mexico 1982, 105 Min., f.
Verleih: Freunde der dt. Kinemathek, Berlin

Hilfe zur Selbsthilfe, Ökologischer Landbau im Entwicklungsland Rwanda
Mit Hilfe deutscher Berater wurde in Rwanda ein Landwirtschaftsprojekt entwickelt, das den ökologischen Bedingungen tropischer Gebiete angepaßt ist, die Möglichkeiten des Landes ausschöpft und auf Technologietransfer verzichten kann. Am Beispiel des Bauern Mahmoud macht der Film deutlich, wie durch Hilfe zur Selbsthilfe das Vertrauen in das eigene Leistungsvermögen gestärkt wird.
21 Min., f., Dokumentarfilm
Verleih: Landesbildstellen

Pestizide
Sieben verschiedene Länder, immer die gleichen Bilder: Einheimische, die Gifte brauchen, ohne etwas davon zu wissen. Nicht eingehaltene Sicherheitsvorschriften und die häufig falsche gesundheitszerstörende Anwendung der Pestizide sind alltäglich. Es geht in dem Film nicht darum, die Schuld von Herstellerfirmen abzuklären, sondern vielmehr um eine ganz grundsätzliche Haltung, die wir — Bewohner der reichen Welt — gegenüber den Ärmsten einnehmen.
Robert Richter, USA 1980, 45 Min., f., Dokumentarfilm
Verleih: Matthias

Stirbt ein Stamm für einen Damm?
Ein Staudamm gefährdet die im Tal des Chico-Flusses lebenden Ureinwohner. Sie leben völlig autonom in einem hochentwickelten Sozialsystem und tiefer Verbundenheit zum Boden. Einen akezptablen Lösungsvorschlag für die Umsiedlung der Leute wurde bisher von Seiten der philippinischen Regierung nicht ausgearbeitet.
Marietta Peitz, BRD 1977, 28 Min., f., Dokumentarfilm
Verleih: versch. Landesbildstellen und ev. Medienzentren

Qattara Depression — Wasser will die Wüste tragen
Ägypten plant mit dem neuen Qattarawasserkraftwerk seine Industrialisierung voranzutreiben. Was ist von diesem technologischen und ökologischen Großprojekt zu halten? Am Beispiel des Assuan-Staudammes und seinen Folgen geht der Film auch der Frage nach, inwieweit „Entwicklung" den Zusammenbruch überlieferter Gesellschafts-, Wirtschafts- und Kulturformen begünstigt und beschleunigt.
Klaus Dzuck, BRD 1979, Mahu Filmkooperative, 43 Min., f., Dokumentarfilm
Verleih: Landeszentrale für Politische Bildung, NRW CON, Am Westerdeich 38, 2800 Bremen

Abgeholzt, verbrannt, verwüstet
In mehreren Entwicklungsländern werden die Folgen unkontrollierten Abholzens für den Naturhaushalt und die Menschen aufgezeigt. Das Problem der weltweiten Holzverknappung wird dabei als die „andere" Energiekrise herausgestellt. Lösungsansätze werden aufgezeigt.
BRD 1980, 40 Min., f.
Verleih: Landesfilmdienste

Terra dos Indios (Land der Indios)
Fünf Millionen Indios lebten auf jenem Gebiet, das Brasilien umfaßt. Heute sind es etwa noch 200 000, die in kleinen Reservaten zusammengepfercht werden. Der Film beschreibt ihre Lebensverhältnisse, die Verfolgung durch kaltblütige Geschäftemacher, die Ausbeutung ihres Landes durch die Regierung und ihren Widerstand gegen die kulturelle Unterdrükkung.
Brasilien 1979, 85 Min., f., Original mit deutschen Untertiteln
Verleih: Freunde der deutschen Kinematik, Berlin

Togpan
Dieser Film ist eine Nachinszenierung wirklicher Ereignisse. Er entstand unter den Eindrücken des Oktoberaufstandes 1973 und basiert auf den realen Lebenserfahrungen des thailändischen Bauern Tongpan. Sein Leben wird zum Exempel dafür, wie sehr sich großtechnologische Entwicklungsplaner oft an den Interessen der Mächtigen orientieren.
Kollektivproduktion, Thailand 1977, 60 Min., sw., Spielfilm (deutsche Untertitel)
Verleih: Matthias/ev. Medienzentren

Lebenswichtiges Wasser
Diese Tonbildreihe zeigt, wie wichtig Wasser für das Überleben der Menschheit ist. Sie geht auf Themen wie Trinkwasserknappheit in großen Städten, Überschwemmungen und Dürre, Bewässerungsprobleme in zahlreichen Regionen der Dritten Welt und die Folgen der Wasserverschmutzung ein.
50 Farbdias, 1 Tonkassette sowie weiteres Informationsmaterial, ca. 15 Min.
Verleih: AV Akademie Bonn/örtliche oder regionale Medienstellen

Die letzten Tage der Wälder
Ursachen und Folgen des Waldsterbens in der Bundesrepublik und in der Dritten Welt. Verschiedene Strukturen, die doch alle zur gleichen Katastrophe führen. Aber auch auf Perspektiven wird eingegangen.
48 Farbdias, Tonkassete und Begleittexte, 25 Min.
Verleih: AV Akademie München, Untertarelweg 142, 8035 Lanting

Futtermittelimporte aus der Dritten Welt
Die Tonbildreihe will aufzeigen, daß der Anbau von Futtermittelimporten in der Dritten Welt vor allem die Grundnahrungsmittel für die ärmere Bevölkerung verdrängt und so zu einer Lebensmittelverknappung in den jeweiligen Ländern führt.
Burkhard/Franke/Hartmeier, BRD 1983, 60 Farbdias, 25 Min.
Verleih: ev. Medienzentren

Mang Marciano — oder das Geschäft mit dem Gift
Diese Serie zeigt anhand des Schicksals eines philippinischen Kleinbauern, welche Auswirkung die Anwendung von Hochertragssorten im Reisanbau und der damit verbundene Einsatz von chemischen Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln hat. Genannt werden auch die wirtschftlichen und politischen Interessen, die diese Entwicklung vorantreiben.
Farmers Assistance Board, Deutsche Bearbeitung Burkhard/Stegemann, Philippinen 1984
Verleih: ev. Medienzentralen

Unsere Kühe weiden am La Plata
Diese Tonbildreihe zeigt, welche Verflechtungen zwischen der deutschen Landwirtschaft und den Futtermittelimporten aus der Dritten Welt bestehen. In Gesprächen mit Bauern wird der Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie in der Landwirtschaft deutlich.
Rudolf Buntzel, BRD 1979/83, 49 Dias, 17 Min., f.
Verleih: ev. Medienzentralen

Der Matthias Film-Verleih hat die Anschrift: Evangelisches Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit, Gänsheidestr. 67, 7 Stuttgart 1. Die Adressen der verschiedenen ev. Medienzentralen sind ebenfalls dort erhältlich.

Literatur

Council on Environmental Quality und US-Außenministerium (Hrsg.);
Global 2000 — Der Bericht an den Präsidenten
Verlag Zweitausendundeins Frankfurt

BUKO (Hrsg.); **Ökologie und Dritte Welt** — Materialien für den 9. BUKO
Hamburg 1985

UNDP; **Umwelt — Weltweit** Ein Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen 1972-1982
Berlin 1983
Erich Schmidt Verlag Berlin

Michael Ehrke u. a.; **Lateinamerika** — Analysen und Berichte — Fortschritte der Destruktivkräfte — Ökologische Krise und Gegenwehr
Hamburg 1983
Junius Verlag

Jörg Freiberg u. A. (Hrsg.); **Drei Welten — eine Umwelt** Materialien einer Tagung über Ökologie und Dritte Welt
Saarbrücken 1984
Verlag Breitenbach Publishers Saarbrücken

Earthscan (Hrsg.); **Umweltzerstörung und Konflikte**
epd-Materialien 1/85
Frankfurt
Epd-Entwicklungspolitik, Friedrichstr., 6000 Frankfurt
Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e. V. (Hrsg.); **Umweltschutz und Dritte Welt**
Aktuell: Umweltforum '82, Bonn 1983
Matthias-Grünewaldstr. 1-3, 53 Bonn

Jan Jarre (Hrsg.); **Umweltprobleme und Umweltschutz in der Dritten Welt**
Loccumer Protokolle 21/1982
Rehburg-Loccum 1984

Krauth, w., Lünzer, I.; **Öko-Landbau und Welthunger**
Hamburg 1982
Rowohlt Verlag

Mooney, P. R.; **Saat-Multis und Welthunger**
Rohwolt Verlag Hamburg 1981
Bertolami, S; Für wen die Saat aufgeht
Basel 1983 Z-Verlag

Peter Rottach (Hrsg.); **Ökologischer Landbau in den Tropen** — Ecofarming in Theorie und Praxis
Karlsruhe 1984
Reihe „Alternative Konzepte" Nr. 46
Verlag C. F. Müller

Ludwig Trepl; **Ökologie — Alternative zu den „klassischen" Naturwissenschaften?**
in Wechselwirkung Nr. 21, 1984

Dritte Welt, Ökologie und unsere Verantwortung
in: Ökomitteilungen 5/1984
Ökoinstitut Freiburg

Die Grünen im Bundestag (Hrsg.); **Pestizide Ex- und Import**
Folgen des Pestizidexports in Ländern der Dritten Welt
Köln 1985
Kölner Volksblatt Verlag, Palmstr. 17, 5000 Köln 1

Weimert, Kress, Karpe; **Umweltprobleme und nationale Umweltpolitiken in Entwicklungsländern**
Forschungsberichte des BMZ, Band 22
Weltforum Verlag, München, Köln 1981
Rückkehrer Rundbrief Nr. 16 Oktober 1984;
Ökologie — Zur Umweltkrise unserer Welt
KIS-Kübelstiftung, Darmstädter Str. 100, 6140 Bensheim

Römpczyk, E.; **Internationale Umweltpolitik und Nord-Süd-Beziehungen**
Saarbrücken 1979
Verlag Breitenbach Publishers

epd-Materialien;
Entwicklung und Ökologie II/82
Frieden, Ökologie, Entwicklung IV/83
Adresse s. O.

Maderspacher, F., Stüben, P.; **Bodenschätze contra Manschenrechte**
Vernichtung der letzten Stammesvölker und die Zerstörung der Erde im Zeichen des Fortschritts
Hamburg 1984
Junius Verlag

Der Mensch und die Biosphäre
UNESCO Kurier 4/1981

DNR (Hrsg.); Symposium „Umweltgerechte Entwicklungspolitik" Tagungsbericht Beiträge zum Natur- und Umweltschutz, Heft Nr. 9, Bonn 1983

Zeitschriften:

Earthscan
Hrsg.: International Institute for Environment and Development
3 Endsleigh Street, London WC 1 H ODD

Ambio
Hrsg.: Royal Swedish Academy of Sciences
Box 50005, 10405 Stockholm

Ecopress
Ökologischer Pressedienst c/o Reinert
Postfach 110309, 1000 Berlin 11

Minderheiten

Widerstand gegen Landraub, Ölpalmen und Pestizide

Quicha-Indianer durch Entwicklungsprojekt bedroht

In Coca, einem verschlafenen Pionierstädtchen am Zusammenfluß von Coca und Napo in der Provinz Napo, Ecuador, liegt Spannung in der Luft. Bewaffnete Truppen, Gewehr im Anschlag, fahren durch die Straßen. Ein Landspekulantenboom hat eingesetzt, da bekannt geworden ist, daß die Firmen Palmoriente S.A. und Palmeras de Ecuador S.A. ihre jeweils 10.000 ha großen Plantagen Afrikanischer Ölpalmen auf insgesamt 200.000 ha ausweiten wollen. Dies bedeutet einen erneuten Kahlschlag des Amazonasregenwaldes, diesmal in Ecuador, das insgesamt nur über eine Fläche von 100.000 km² Regenwald verfügt. Es bedeutet unwiderbringliche Verluste an Pflanzen- und Tierarten, Veränderung des Mikroklimas, d.h. weniger Niederschläge. Schon in diesem Februar klagten viele über die lange Trockenheit. Es bedeutet Vertreibung von Quichua-Indinaern, die dort in „Comunas" (Gemeinden) traditionell Subsistenzwirtschaft betreiben, d.h. von Jagd, Fischfang und „Chacra" (Gartenbau)wirtschaft leben, die aber auch Kleintiere halten und einige Marktprodukte kultivieren wie Mais, Reis und Erdnuß. Es bedeutet die Vertreibung von Kleinsiedlern, die sich in den letzten Jahren entlang der für die Erdölausbeutung gebauten Straße niederließen. Auch diese sind Indianer aus dem Hochland von Ecuador, die ihre kargen Böden verließen, um im Urwald das ihnen von den Regierenden verheißene Paradies zu suchen. Regierende, die sich auf diese Weise einer dringend notwendigen, durchgreifenden Agrarreform entziehen.

Deutsche Entwicklungsgesellschaft

Die beiden ecuatorianischen Ölpalmunternehmen arbeiten mit 40% Auslandsbeteiligung. Auch deutsches Kapital ist dabei. Die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) hat bereits 13,1 Millionen DM an die Palmoriente S.A. in Huashito gezahlt, von denen 3,1 Mio. DM als Beteiligung und 10 Mio. DM als Darlehen gezahlt wurden. Die DEG rechtfertigt ihre Investitionen in ihrem Jahresbericht von 1984 wie folgt:

„Ecuador beschleunigt den Ausbau solcher Wirtschaftszweige, die sich möglichst direkt auf den Lebensstandard der breiten Bevölkerung auswirken und den sozialen Fortschritt fördern. Dieses Projekt trägt zur wirtschaftlichen Integration des ecuadorianischen Amazonasbekkens bei. In einer unterentwickelten Region werden rund 770 Arbeitsplätze geschaffen und eine moderne Plantagentechnik eingeführt. Die Produktion ist ausschließlich für den Inlandsmarkt bestimmt, so daß bisherige Improte substituiert werden."

Der Jahresbericht verschweigt

- die mit dem Projekt einhergehende Zerstörung des hochsensiblen ökologischen Gleichgewichts des Amazonas-Regenwaldes und seiner Bodenfruchtbarkeit,
- daß es sich bei den bisherigen 10.000 ha der Palmoriente S.A., für deren Ausbau die 13,1 Mio. DM gezahlt wurden, um ein Pilotprojekt für weitere 100.000 ha handelt,
- daß sich nur 40 km entfernt in Shushufindi ein weiteres Pilotprojekt der Firma Pamera de Ecuador S.A. befindet, das ebenfalls auf 100.000 ha ausgeweitet werden soll,
- daß bereits 10—15% des ecuadorianischen Amazonasregenwaldes dem Kolonialisierungs-, Straßenbau- und Erdölboom zum Opfer gefallen sind,
- daß die Mitfinanzierung dieses Vorhabens die ecuadorianische Regierung unterstützt in ihrem fälschlich propagierten Mythos vom Reichtum Ecuadors durch wirtschaftliche Integration des Amazonasregenwaldes, statt auf eine durchgreifende Landreform im Küsten- und Hochlandbereich zu drängen und dafür Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Sehen wir uns dann den von der DEG geförderten „sozialen Fortschritt" und die geschaffenen „Arbeitsplätze" in den Ölpalmen-Plantagen an, dann stellen wir folgendes fest:



Aufruf an alle Dritte Welt-Gruppen und an Entwicklungspolitik/-hilfe Interessierte

Bei unserer Solidaritätsarbeit sind wir, die Peru-Gruppe Aachen, auf zweifelhafte Aktivitäten der **Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG)** in Peru und Ecuador gestoßen. Offizielle Zielsetzungen der DEG, welche 1962 durch die Bundesregierung gegründet wurde, ist es, bei der Verwirklichung von privatwirtschaftlichen Vorhaben in Entwicklungsländern (EL) Hilfestellung zu geben. (Beteiligung, Kreditvergabe). In der Realität erweist sich die DEG allerdings als **öffentlich finanzierte** Agentur zur Förderung profitabler deutscher Privatinvestitionen in EL. Die Interessen der betroffenen Bevölkerung in der Dritten Welt spielen dabei, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle, obwohl die Kredite der DEG offiziell als **öffentliche Entwicklungshilfeleistungen** ausgewiesen werden.

Wir halten es daher für notwendig, daß die Praktiken der DEG in Ländern der Dritten Welt, welche nach unserem Eindruck bisher von der Öffentlichkeit unbehelligt durchgeführt werden konnten, in einer breiten öffentlichen Diskussion kritisch hinterfragt werden.

Somit möchten wir alle entwicklungspolitischen Aktionsgruppen bitten, die im Rahmen ihrer Solidaritätsarbeit zu einzelnen Ländern bzw. Ländergruppen in der Dritten Welt von Aktivitäten der DEG erfahren zu haben, diese auf ihren „Entwicklungs"-beitrag für das EL hin zu überprüfen und uns nach Möglichkeit Informationen dazu zukommen zu lassen, um möglicherweise eine gezielte Kampagne gegen die DEG anregen zu können. Bei eventuell vorhandenen Kontakten in den einzelnen Schwerpunktländern könnten diese auf existierende Projekte der DEG im jeweiligen Land angesprochen werden.

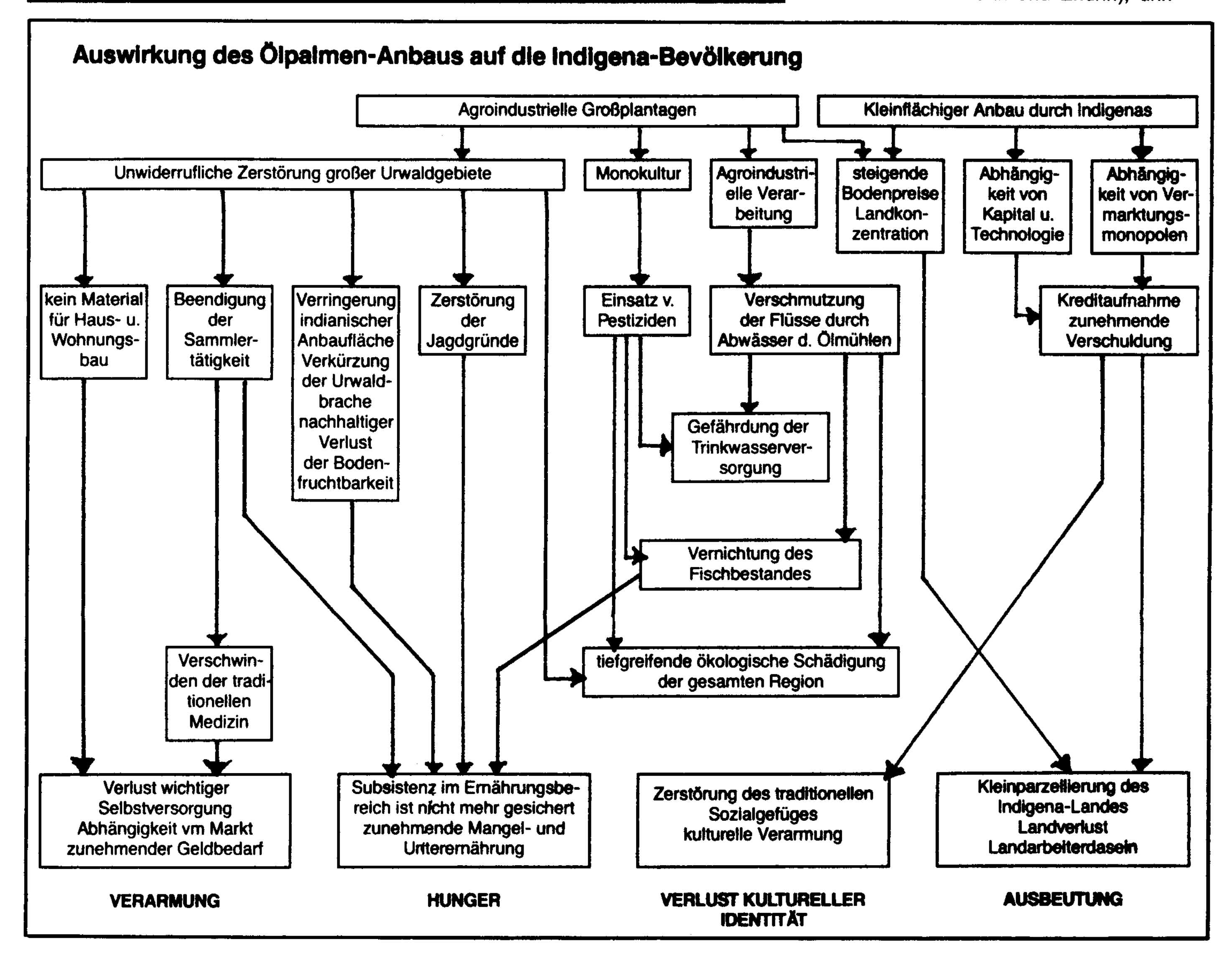
Auf Anfrage senden wir gerne eine Namensliste der Projektunternehmen der DEG in einzelnen Ländern bzw. Regionen zu.

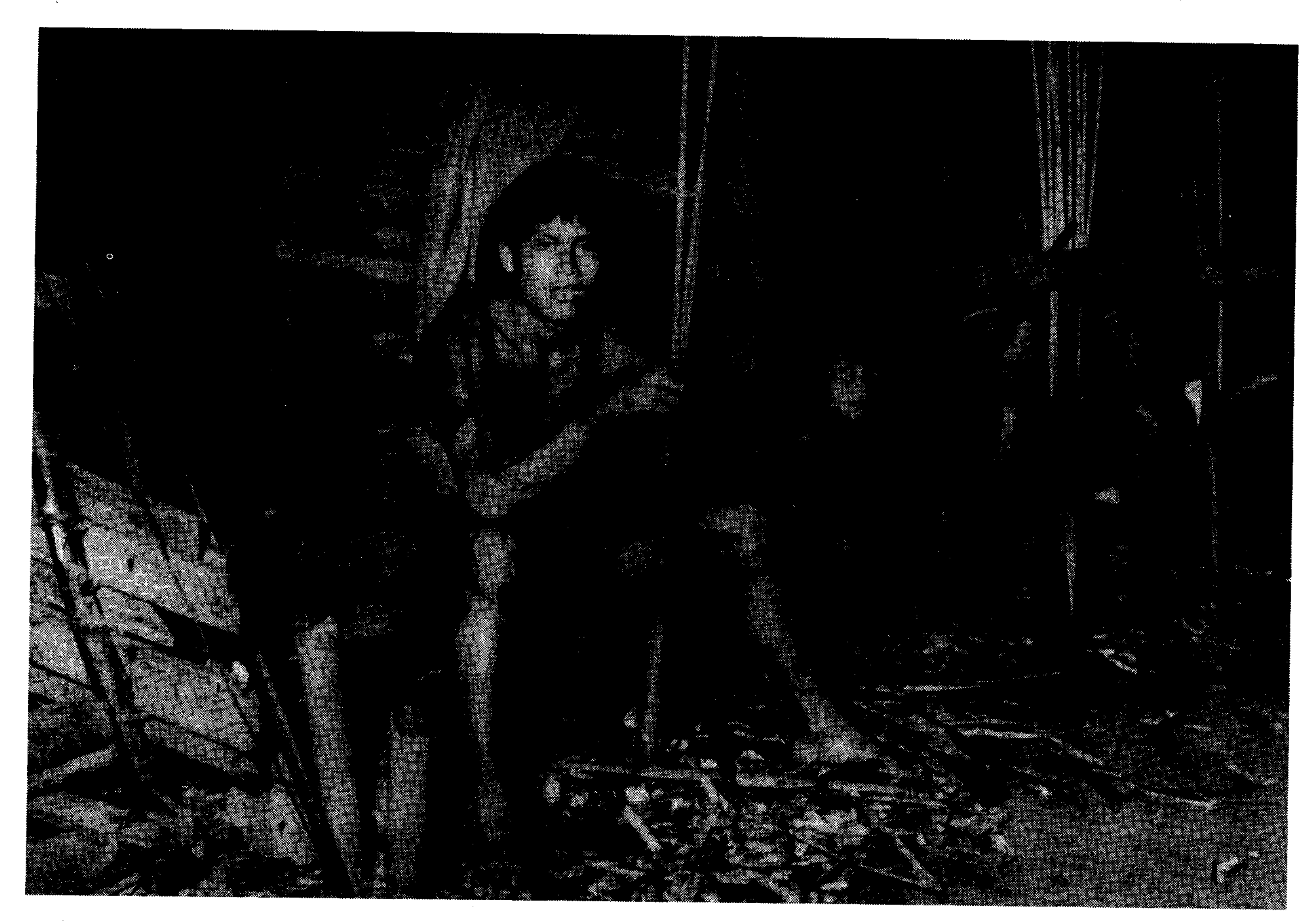
Mit freundlichen Grüßen
PERU-GRUPPE AACHEN, c/o Peter Hartges,
Königstr. 2, 5100 Aachen

— Die Arbeitskräfte werden von „Contratistas" (Arbeitsvermittlern) eingestellt und bezahlt.
— Sie werden unter Ausschaltung direkter Arbeitsverträge und nach dem System wechselnder Arbeitskräfte angeheuert, wobei die Sozial- und Krankenversicherung sowie zusätzliche Monatslöhne, Überstunden- und Urlaubszahlungen eingespart werden, was den Firmen eine Einsparung von bis zu 45 % für eine Arbeitskraft ermöglicht.
— Gewerkschaftliche Organisierung ist in diesem System nicht möglich.

Trotzdem kam es Ende 1983 auf der Plantage von Paloriente S.A. zu einem schweren Arbeitskonflikt mit anschließendem wochenlangen Streik und der teilweisen Besetzung des Geländes durch die Arbeiter. Die Firmenleitung ließ Sondereinheiten der Nationalpolizei auf den Plantagen einsetzen, was den Streik ohne Ergebnis für die Arbeiter beendete. 170 von ihnen wurden entlassen.

Die Plantagen werden nach außen durch ein Sicherheitssystem strikt abgeschirmt und überwacht. Vorkommnisse, z.B. Arbeitsunfälle durch mangelnde Vorkehrungen beim Umgang mit Spritzmitteln (u.a. das hochgiftige und in Deutschland verbotene Aldrin und Endrin), drin-





gen kaum nach außen, es sei denn durch Gerüchte, denen schwer nachgegangen werden kann. So wurde im Februar 1985 bekannt, daß ein Arbeiter an Vergiftung gestorben und ein anderer schwer erkrankt sein soll.

1982 beobachteten Mitglieder der Gemeinde „Corazón del Oriente" ein Fischsterben im Huashito, einem kleinen Fluß, der durch ihr Gemeindeland fließt und dessen Wassereinzugsgebiet sich vorwiegend innerhalb der Ölpalmenplantage befindet. Da die Familien ihr Trinkwasser hauptsächlich aus dem Huashito schöpfen, gingen sie der Ursache des Fischsterbens nach und fanden heraus, daß auf der Ölpalmenplantage Spritzmittel gegen Insekten (wahrscheinlich Aldrin) in den Fluß gelangt war.

Auch der Behauptung der DEG, die Palmölproduktion sei ausschließlich für den Inlandsmarkt bestimmt, widerspricht ein Dokument der Landeszentralbank in Ecuador (Informe 84-012-SEI vom 12.3.1984), das mit einem Exportanteil von 200.000 t Öl in naher Zukunft und für später mit einem Exportanteil von 400.000 t Palmöl rechnet, wenn erst einmal alle 200.000 ha mit Ölpalmen bebaut sind.

Spekulation mit Indianerland

In Coca und an der Straße nach Coca ist zu beobachten, daß manch ein Siedler, der sich dort in den letzten Jahren niedergelassen hat, bereit ist, sein Land den Spekulanten zu verkaufen, da dieses jedes Jahr geringere Ernten einbringt. Sie sind die Opfer einer falschen Regierungspropaganda über die vermeintliche enorme Fruchtbarkeit der Regenwaldböden. Auch das Bürgermeisteramt in Coca ist dabei, eine Firma zu gründen, um sich den Landboom nicht entgehen zu lassen. Die Palmölfirmen holen sich ihre gewieftesten Rechtsanwälte von der Küste für ihre Landkaufverträge. Die indianischen Comunas geraten durch Landaufkäufer zunehmend unter Druck. Ein Capuziner-Missionar gerät in Verdacht, ein subversiver Aufrührer der Indianer zu sein. Verbreitet wurde dieser Rufmord vom Landwirtschaftsministerium.

Niemand kann sich vorstellen, daß die Quichua selbst große Bedenken und Ängste gegen solche Großprojekte haben, die ihnen ihre Lebensgrundlage Wald vernichten, und daß sie es auch verstehen, ihre Landrechte selbst zu verteidigen.

Dabei sind sie seit 1979, dem Beginn der mit deutschen Geld finanzierten Arbeiten der Palmoriente S.A. im Gebiet „Huashito", einem zunehmenden Druck von Seiten des Unternehmens ausgesetzt. Sie sollen Land verkaufen oder abtreten. Da ist zum Beispiel die Comuna Huaysa, der laut Aussagen der Comuneros mehrmals der „Vorschlag" gemacht wurde, 1000 ha ihres an die Plantage grenzenden Reservelandes an die Palmoriente abzutreten. Als Gegenleistung wurde ihnen der kostenlose Bau von Wegen, einer Schule und eines Gesundheitsposten versprochen. Außerdem wurden ihnen lukrative Arbeitsmöglichkeiten auf der Plantage in Aussicht gestellt. Der Direktor der lokalen Agrarreform- und Kolonialisierungsbehörde (IERAC) in Coca verlangte ebenfalls von der Comuna die Übergabe von 1000 ha an das Unternehmen. Die Comuna weiß in einer Versammlung energisch alle Forderungen und Angebote zurück.

Widerstand der Indianer-Organisationen

Für die Quichua ist es schwer zu verstehen, warum nach Jahrhunderten Desinteresse, Diskriminierung, Landraub und Vernachlässigung ihrer Bedürfnisse und Forderungen nun auf einmal alle sich für sie interessieren. Ihnen kommt es reichlich unsinnig vor, ihren Wald, von dem sie leben und den sich nach wie vor traditionell für sich nutzen, abzuschlagen, um dort vier oder fünf schnellwachsende „Nutz"-Baumarten neuanzupflanzen, die sie dann nach 15 Jahren forstwirtschaftlich „ernten" durfen. Sie haben schon ihre negativen Erfahrungen gemacht mit dem, was im westlich-kapitalisitschem System Nutzung bedeutet. So wurde z.B. bei ihnen aus nahe der Straße gelegenen Gemeinden Edelhölzer für nur 200 Sucre (DM 5,—) das Stück von Holzfirmen

Diktatur der Freundlichkeit. Über Bhagwan, die kommende Psychokratie und Lieferanteneingänge zum wohltätigen Wahnsinn.

»Die Deutschen sind ein unglückliches Volk: entweder sentimental oder brutal.« (Gerhard Eissler)
Sentimentalität ist angesagt, im Augenblick zumindest:

Am Geschäftserfolg der Sannyasins ist ablesbar, wie unaufhaltsam sich die bürgerliche Gesellschaft zur therapeutischen Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit wandelt. Die Gesellschaft schließt sich zur Gummizelle zusammen, in der noch jedes »Fest des Lebens« (Bhagwan) und jeder grobe Unfug erlaubt ist. Es muß nur Spaß machen und das Lebensgefühl stärken. Die unheimliche Freundlichkeit der Sannyasins deutet einen neuen Zustand von Herrschaft an: Vor dem Gefühl, ist es nur authentisch, spontan und echt, sind alle gleichgeschaltet. Über Bhagwan zu sprechen heißt zugleich, über das sichtbare Siebzigstel des Eisbergs zu sprechen. Die übertriebene Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit speist sich aus Neid darüber, wie mühelos Bhagwan zu Geld kommt, wie er die gängige Ansicht Lügen straft, hocharbeiten vom Tellerwäscher zum Neckermann müsse sich ein Jeder. Die gängige Kritik, es handle sich hier um eine 'Kommerzialisierung legitimer Bedürfnisse' oder gar um eine ausgebuffte 'Jugendsekte' läßt durchblicken, hier habe sich einer die 26 Rolls-Royces gar **nicht anständig** *verdient.*

Hrsg.: Initiative Sozialistisches Forum Freiburg (1984). Ca. 150 Seiten, ca. 9,80 DM, ISBN: 3-924627-02-9

FRIEDEN — je näher man hinschaut, desto fremder schaut es zurück. Zur Kritik einer deutschen Friedensbewegung.
Zwar hat die Friedensbewegung die Pershing-Stationierung nicht verhindert, dafür aber ein anderes Ziel erreicht: die Endlösung der Sinnkrise. Der »heiße Herbst« therapierte gelangweilte Staatsbürger, denen Autos und Kühlschränke allein die Herzen nicht mehr erwärmen. Massenhafte «Die-Ins«, Fastenaktionen, Bittgebete und Menschenketten: Sie waren nicht Mittel des Widerstandes gegen Raketen, sondern bemühte Versuche, sich als Überlebensgemeinschaft zu finden. Es ging nicht um den Kampf gegen den Krieg, sondern um die psychische Sanierung Deutschlands. Der Rest ist Sozialdemokratie. Es kam wie es in Deutschland immer kommen muß, wenn es nicht um Emanzipation, sondern ums Überleben geht.

Hrsg.: Initiative Sozialistisches Forum Freiburg (1984). 290 Seiten, 15.80 DM, ISBN: 3-924627-01-0

»Wenn wir unser Scheitern nicht ständig wiederholen wollen; wenn auch der politische Erfolg möglich werden soll, so kommen wir nicht umhin, unsere Niederlagen zu untersuchen. Dazu bietet das Buch reichlich Material.« (Graswurzelrevolution Hamburg)

Ça ira Verlag Freiburg
Bezug über: regenbogen buchvertrieb, seelingstr. 47, 1 berlin 19



herausgeschlagen, die dabei viel Wald beschädigten und zum Teil verwüsteten.

Einem von außen anreisendem Beobachter stellt sich die Frage, warum der US—AID unbedingt den vorhandenen Wald der Quichua-Comunas in sein Aufforstungsprogramm einbeziehen will. Die an der Straße siedelnden Kleinbauern hätten Wiederaufforstung viel nötiger, da sie den Wald zur Landgewinnung total gerodet haben. Es stellt sich auch die Frage, warum man eigenständig arbeitende indianische Organisationen nicht in Ruhe ihre basisdemokratisch beschlossene „Entwicklung" in von ihnen konzipierten und kontrollierbaren Programmen durchführen läßt? Die UNAE z.B. beschäftigt zur Zeit einen Vermessungsingenieur, der zusammen mit den Gemeinden deren Land vermißt, damit alle Comunas Landtitel bekommen und als juristische Personen anerkannt werden. Sie hat ihr eigenes Landwirtschaftsprogramm zur Verbesserung ihrer Agrarstruktur und der Kleintierhaltung und ein eigenes Ausbildungsprogramm für Agrarpromotoren.

In diesen „Tanz ums goldene Kalb", dem Land der Indianer und Kolonisten, platzte im Februar 1985 die noch unbestätigte Nachricht, daß die Regierung das Land zum Nationalforst erklären lassen will. Das würde alle bisherigen Landtitel den Quichua-Comunas und der Kleinsiedler für ungültig erklären. Das Land würde auf diese Weise zu Staatsland, das den Holzfirmen zur Ausbeutung freigegeben würde. Das wäre die Vorstufe für den endgültigen Kahlschlag für die Ölpalmen.

Das US-AID-Aufforstungsprojekt hätte damit nur noch Alibi-Funktion für die ecuadorianische Regierung. Sie würde die Aufmerksamkeit auf das Aufforstungsprogramm lenken können und in der gleichen Zeit kaum bemerkt von der Öffentlichkeit größere Waldflächen von Holz- und Ölpalmfirmen kahlschlagen lassen.

Die CONFENIAE (Condederación de Nacionalidades Indígenas de la Amazonis Ecuatoriana) mit Sitz in Quito unterstützt den Kampf der ihnen angeschlossenen UNAE in ihrem Kampf gegen die sie bedrohenden Interessen. Sie hat eine Dokumentation über die Auswirkungen das Anbaus der Afrikanischen Ölpalme als Monokultur im Amazonasregenwald erstellt, die besonders auch den ökologischen Aspekt berücksichtigt und die Gefahren des Pestizideneinsatzes aus Flugzeugen für die Umwelt hervorhebt. Titel dieser Dokumentation ist „Ölpalmen-Plantagen im Amazonastiefland Ecuadors — ein agroindustrielles Großprojekt bedroht den indianischen Lebensraum —". Diese Dokumentation ist zugleich ein Aufruf zur Hilfe an Umweltschützer und Solidaritätsgruppen in aller Welt und besonders in jenen Ländern, aus denen die Finanzierungen und das Know How für die Ölpalmplantagen kommen: das sind Frankreich, Belgien, Luxemburg, England und die Bundesrepublik Deutschland.

Käthe Meentzen, 1.3.1985

Die Dokumentation kann bezogen werden
- auf Spanisch bei: CONFENIAE, Apartado 4180, Quito, Ecuador. Kosten: US-Dollar 5,—.
- auf Deutsch bei: FIAN (Food First Information and Action Network), Postfach 1302, 6906 Leimen. Kosten: DM 6,— + Porto.

Die ecuadorianischen Indianer-Organisationen suchen für ihre Öffentlichkeitsarbeit dringend Informationen über die langfristigen Folgen von Ölpalmen-Plantagen in anderen Ländern. Wer helfen kann, melde sich bitte direkt bei CONFENIAE oder bei FIAN.

Spielwiese oder neue Akzente?

Das Aktionsprogramm gegen Futtermittelimporte

Eine weitere Spielwiese für die Dritte-Welt-Bewegung oder neue Akzente für die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit?

Auf dem achten Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) im Juni 1984 in Münster wurde die Durchführung einer weiteren BUKO-Öffentlichkeitskampagne beschlossen — des **Aktionsprogramms gegen Futtermittelimporte.**

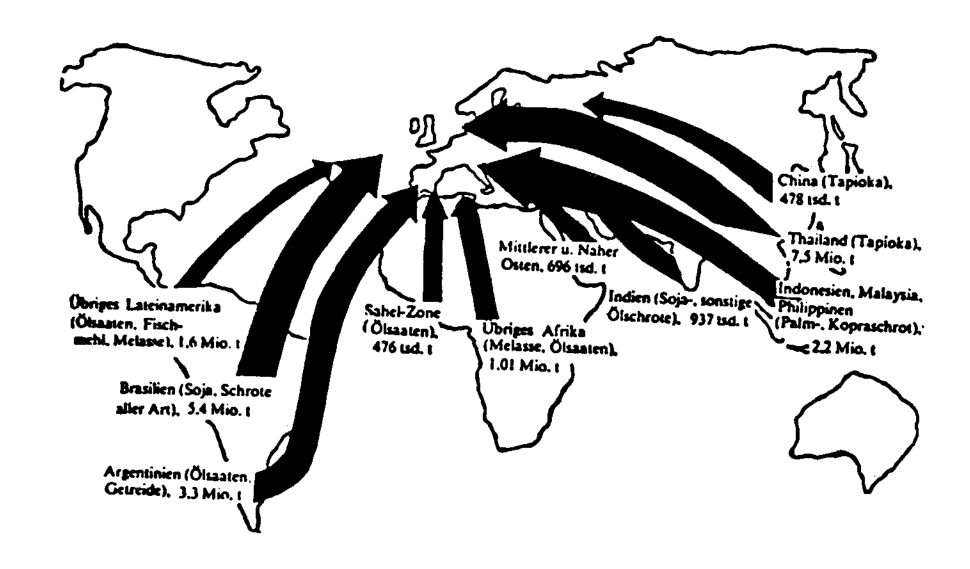
Ziel dieses Programmes ist es, am Beispiel des Handels mit Futtermitteln die Auswirkungen von Agrarstrukturen und -politik in der Europäischen Gemeinschaft (EG) auf die Ernährungslage und landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse in der Dritten Welt deutlich zu machen.

Vom 10.—16. Juni 1985 findet im Rahmen dieses Programmes eine erste bundesweite Aktionswoche mit dezentralen Aktivitäten der verschiedensten Gruppen und Initativen statt — Anlaß genug, sich einige Gedanken zur Stoßrichtung und Perspektive des Aktionsprogramms zu machen.

Veredelung hier...

Mehr als 20 Millionen Tonnen Futtermittel importiert die EG jährlich aus Ländern der Dritten Welt. Soja aus Brasilien und Indien, Tapioka (Produkt der Maniokknolle) aus Thailand und China, Erdnüsse aus dem Sahel, Kopra und Palmschrot aus Südasien sind unverzichtbare Rohstoffe für die hiesigen tierischen Veredelungsprodukte geworden. Insgesamt kommen rund 42 % aller Futtermitteleinfuhren aus der Dritten Welt; daneben sind allein noch die Soja- und Maiskleberlieferungen der USA von nennenswerter Bedeutung.

Die Verfügbarkeit dieser billigen, weil von der EG-Marktordnung weitgehend verschonten, Importfuttermittel darf als wesentliche Voraussetzung für die Ausweitung der industriellen Massenviehhaltung und bodenunabhängigen Tierproduktion in der EG angesehen werden. Hier haben nicht nur Preisvorteile gegenüber einheimischem Futtergetreide und die damit verbundenen Kostenersparnisse eine begünstigende Rolle gespielt. Wichtiger noch ist die kontinuierliche Versorgung mit steigenden Mengen eiweißreicher Futtermittel gewesen. Angesichts der gegebenen EG-internen Bodennutzungsstrukturen wären die enormen Produktionssteigerungen in der Milch-, Fleisch- und Eiererzeugung ohne den Eiweißtransfer aus Übersee kaum denkbar gewesen. Beispielsweise beruhten 1981 18 % der tierischen Produktion in der BRD auf Futtermittellieferungen aus der Dritten Welt (berechnet nach Eiweißgehalt; Diefenbacher/Busacker 1984[1]). Wollte man diese Einfuhren durch einheimischen Futterbau ersetzen, würde dies 1,4 Mio. ha oder 11 % unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche in Anspruch nehmen — mithin eine drastische Verschiebung in der Nutzungsstruktur voraussetzen.[2]



wirtschaft allerdings charakteristischen, Auswirkungen überschattet.

Augenscheinlichstes Ergebnis dieser Entwicklung ist die Verschlechterung der Nahrungsmittelversorgung für die einheimische Bevölkerung. So verdrängte der Soja-Anbau in Brasilien zu 88 % andere Bewirtschaftungsformen, von denen wiederum 93 % der inländischen Ernährung dienten. (Calcagnotto 1984)[5] Als Folge dieser Verdrängung muß heute das traditionelle Hauptnahrungsmittel „feijao" (Schwarze Bohnen) zu einem erheblichen Teil importiert werden und ist für die ärmeren Bevölkerungsschichten fast unerschwinglich geworden.

...Verelendung dort

Der gewaltige Nachfragesog der EG hat in den betroffenen Agrarregionen der Dritten Welt erhebliche Strukturveränderungen ausgelöst. Er bescherte Brasilien eine Steigerung der Sojaproduktion von 0,5 auf 15,5 Millionen Tonnen in nur 15 Jahren.[3] Der Tapiokaboom in Thailand ließ die Maniokanbauflächen von 1020 qkm im Jahre 1965 auf 9500 qkm 1980 heraufschnellen.[4]

Immer neue Länder gliedern sich in die Kette der Futtermittellieferanten ein, um dringend benötigte Devisen zu erwirtschaften. Die Hoffnung auf eine problemlose Finanzierungs- und Einkommensquelle wird jedoch zunehmend von den vielfältigen negativen, für die Exportland-

Soweit nicht eine unmittelbare Bodenkonkurrenz die Ursache ist, vollzieht sich die Verdrängung durch den Entzug anderer wichtiger Produktionsfaktoren. Kredite, staatliche Infrastrukturleistungen, Vermarktungshilfen u. a.. werden auf die Exportproduktion konzentriert, die Unterstützung der Nahrungsmittelerzeugung muß hinter dem Devisenhunger der Regierungen und einheimischen Eliten zurückstehen.

Damit einher gehen tiefgreifende Veränderungen in den Besitz- und Einkommensstrukturen. Allein im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul mußten während des Sojabooms der letzten 20 Jahre rund zwei Millionen Menschen ihr Land verlassen. (Schumann 1984)[5] Auch die noch verbliebenen klein- und mittel-

bäuerlichen Produzenten geraten mit dem Einstieg in das Soja-„geschäft" unvermeidlich in die Fänge des Agrobusiness mit den bekannten Folgen. Eine zweiseitige Abhängigkeit — auf der Beschaffungsseite hinsichtlich des Bezugs und der Finanzierung von Betriebsmitteln (Saatgut, Pestizide, Maschinen), auf der Absatzseite bezüglich des Verkaufs ihrer Erzeugnisse an marktbeherrschende und preisdiktierende Handelskonzerne — zwingt sie in eine aussichtslose Verschuldungsspirale, an deren Ende ebenfalls Landverlust und Abwanderung in die großstädtischen Slums oder neuerschlossenen Urwaldregionen am Amazonas stehen.

SOURCE: "Vaincre la Faim ... du Pain sur la Planche!" Paris: Frères des Hommes/Terre des Hommes. 1981.

In ähnlicher Weise hat auch in Thailand der Anbau der Exportkultur Maniok zu einer Kommerzialisierung des ländlichen Lebens geführt, die in einer Gefährdung der Selbstversorgung, Aufweichung der ehemals kleinbäuerlichen Besitzstrukturen, wachsenden Abhängigkeit vom Zwischenhandel und verstärkten Abwanderung aus den „Maniokdörfern" mündet. (BUKO-Agrokoordination, Veredelungs- oder Verelendungswirtschaft 1984)[7]

Diese Abhängigkeiten pflanzen sich bis auf nationaler Ebene fort. Anders ist die Unterzeichnung eines „freiwilligen" Selbstbeschränkungsabkommens (SBA) seitens der thailändischen Regierung mit der EG im Jahre 1980 kaum zu erklären. Folge dieser Diversivizierungsmaßnahme der EG — gleichzeitig wurden nämlich anderen, bislang unbedeutenden Ländern zusätzliche Lieferquoten zugeteilt — waren erhebliche Preiseinbrüche und eine Stärkung der Position der ausländischen Exporteure. (BUKO-Agrokoordination, Veredelungs- oder Verelendungswirtschaft 1984)[8]

Damit erweist sich auch die Hoffnung auf eine Verbesserung der Devisenbilanz als trügerisch. Diesbezügliche Unwägheiten ergeben sich nicht nur aus protektionistischen Eingriffen, wie im Falle des Thailand von der EG aufgezwungenen SBA.

Schätzungen des Deviseneffekts aus den brasilianischen Sojaexporten weisen auf negative Zahlungsbilanzsalden hin. Danach werden die Einnahmen aus dem Sojahandel von Devisenausgaben für Betriebsmittel (Saatgut, Pestizide, Maschinen), Transport- und Vermarktungskosten, versteckten und offenen Gewinntransfers der transnationalen Konzerne, Steuervergünstigungen und Subventionen, Zinszahlungen und nicht zuletzt für die nunmehr notwendig gewordenen Nahrungsmittelimporte erheblich übertroffen. (Schumann 1984, Calcagnotto 1984)[9]

Nicht einbezogen in solche Berechnungen sind die ökologischen Schäden. Die monokulturelle, chemieintensive Bewirtschaftung der Sojafelder hat in Brasilien zu erheblichen Bodenerosionsproblemen und zahlreichen Vergiftungsfällen geführt. Im Süden des Landes leidet mindestens jeder 10. Landarbeiter und Bauer an den Folgekrankheiten einer schleichenden Vergiftung. Allein aus Rio Grande do Sul werden jährlich 150—200 schwere Vergiftungen durch Pestizide mit Dauerfolgen oder tödlichem Ausgang gemeldet. (Schumann 1984)[10] In den nordöstlichen Maniokanbaugebieten Thailands sind die nährstoffarmen Böden aufgrund der einseitigen Beanspruchung oft bereits nach 4—5 Jahren ausgelaugt und verzeichnen sinkende Hektarerträge, bis sie schließlich infolge totaler Degradierung nicht mehr genutzt werden können. (BUKO-Agrokoordination, Veredelungs... 1984)[11]

In beiden Ländern ist die Ausweitung der Exportproduktion mit der Vernichtung großer Waldbestände einhergegangen. Im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul sank der Anteil des Nutzwaldes an der Landfläche infolge des Sojabooms seit Ende der 50er Jahre von 37 % auf 1,8 %. (Schumann 1984)[12] In Thailand verringerte der extensive Ausbau von Exportkulturen, insbesondere von Maniok den Anteil der Waldfläche von 57 % 1961 auf 19 % im Jahre 1984 — und das, obwohl die thailändische Regierung noch in den 70er Jahren eine Wald„reserve" von 50 % angestrebt hatt. (BUKO-Agrokoordination, Der Futtermittelblues, erscheint im April 1985)[13]

Von moralischer Betroffenheit...

Die Ursachen und Folgen einer einseitigen, massiven Ausrichtung von Agrarwirtschaften in der Dritten Welt auf die weltmarktorientierte Exportproduktion werden von den entwicklungspolitischen Aktionsgruppen bereits seit geraumer Zeit in ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgestellt und kritisiert.

Kaffee aus Guatemala, Tee aus Sri Lanka, Bananen aus Honduras, Ananas aus den Philippinen, Tulpen aus Kolumbien — kaum ein landwirtschaftliches Exportgut, das nicht schon in der Informationsmaschinerie entwicklungspolitischer Gruppen und Aktivisten verarbeitet worden wäre. Nun sind also die Futtermittelimporte ins Blickfeld der Szene gerückt.

Dieser zunächst vielleicht etwas ketzerisch anmutende Rückblick soll keineswegs die Notwendigkeit einer exemplarischen Auseinandersetzung mit den Bedingungen und Konsequenzen der internationalen Arbeitsteilung im Agrarsektor in Frage stellen. Gefragt werden muß allerdings nach der Wirksamkeit der diesbezüglichen Informationsarbeit. Und in



«Hier bitte, meine Spende...aber...äh...Information...nein danke...»

dieser Hinsicht haben die Erfahrungen des „Ein Tag für Afrika"-Spektakels zu Beginn dieses Jahres keine allzu großen Hoffnungen gemacht. Im Bewußtsein der breiten Bevölkerung sind trotz intensiver jahrelanger Aufklärungsarbeit und Bemühungen Erklärungsmuster wie „Dürre", „Bevölkerungswachstum" oder „Mißmanagement" anscheinend immer noch zu tief verankert, als daß Raum für die Berücksichtigung struktureller Zusammenhänge bliebe.

Eine Ursache hierfür mag in den begrenzten Handlungsperspektiven liegen, die sich aus der Problematisierung von Luxuskonsumgütern — und die meisten

der bislang thematisierten „cash crops" fallen unter diese Kategorie — ergeben. Die ökonomische Bedeutung dieser Produkte liegt vor allem in den Vermarktungs-, weniger in den Verarbeitungsprofiten. Sie sind in ihrer Mehrheit nicht Grundlage für wirtschaftlich bedeutsame Produktionsprozesse, bieten daher nur wenig Ansatzpunkte, auf hiesige Produktionsstrukturen aufmerksam zu machen und verleiten in Ermangelung erfolgversprechender Strategien gegen die transnationalen Konzerne allzu schnell dazu, die Konsumentenverantwortung in den Vordergrund zu schieben. Was bleibt, ist oft nur eine vordergründige Betroffenheit und die individuelle Konsumebene als Handlungsperspektive — zu wenig, um die Macht des internationalen Agrobusiness zu brechen

eben auch in den einführenden Staaten. Der Übergang zur industrialisierten Massentierhaltung und Agrarproduktion beschert nicht nur dem europäischen Großbauerntum und Agrobusiness reichhaltige Profite, sondern auch eine Fülle von Problemen und Fehlentwicklungen.

An vorderster Stelle ist sicherlich der Strukturwandel in der europäischen Landwirtschaft mit einem Bauernsterben ohne gleichen zu nennen. Seit 1949 haben in der BRD fast eineinhalb Millionen aufgegeben. Von den verbliebenen 764100 Betrieben sind nur noch 400000 Vollerwerbsbetriebe, die ausschließlich von der Landwirtschaft leben. (Kleinschmidt, Eimler, Wer hat das Schwein zur Sau gemacht, 1984)[15] Die „Wachse-oder-Weiche"-Politik der EG, ganz an den Möglichkeiten standortunabhängiger Agrarproduktion ausgerichtet, zwingt jährlich 250000 Bauern in der Gemeinschaft zur Aufgabe (taz, 31.1.1985)[16]

Die Industrialisierung der Agrarproduktion macht aber nicht nur den bäuerlichen Landwirtschaft den Garaus, sondern lehrt auch den Konsumenten das Grausen. Die Vorstellung eines Tages nur noch auf Pohlmann-Eier von ALDI und ähnlichen Vertretern des „Ernährungsgewerbes" zurückgreifen zu können, bietet nicht nur hinsichtlich einer wachsenden Abhängigkeit von der immer stärker konzentrierten Nahrungsmittelindustrie eine wenig erfreuliche Perspektive. Auch die Erwartungen in die Qualität unserer „Lebensmittel" und Ernährungsgewohnheiten müssen dann wohl endgültig „amerikanisiert" werden.

Die ökologischen Folgen dieser Produktionsweise beschränken sich nicht nur auf Pestizidrückstände in Importfuttermitteln, die sich über die Nahrungskette bis hin zur Muttermilch im menschlichen Körper anreichern, und andere Vergiftungen und Nährstoffverluste in unserer Nahrung. Weithin bekannt und über die Geruchsorgane auch sinnlich wahrnehmbar sind die Umweltbelastungen infolge des immensen Gülleanfalls. Die bodenunabhängige Viehhaltung bringt es zwangsläufig mit sich, daß die anfallenden tierischen Ausscheidungen in keinem tolerierbaren Verhältnis zur für die Ausbringung verfügbaren Fläche stehen, wie z.B. im nur 800 qkm großen Landkreis Vechta, der die „Entsorgung" von knapp 2 Millionen Schweinen, über 15 Mio. Hühnern und einigen hunderttausend Stück Rindvieh zu leisten hat. (Kleinschmidt...)[18]



...zum interessengeleiteten Aktionsbündnis

Eine Chance, diese Beschränkungen zu überwinden und ein breiteres Interesse in der Öffentlichkeit zu wecken, bietet nun die Auseinandersetzung mit den Folgen des Futtermittelimports. Diese Liefergaben der Dritten Welt gehen als Rohstoffe in die hiesige Veredelungsproduktion ein und sind damit Grundlage für einen der wichtigsten Wirtschaftszweige in der BRD wie EG. Die gesamte bundesrepublikanische Landwirtschaft erzielte 1982 eine Bruttowertschöpfung von 30 Milliarden DM. Rund 70% davon wurden von Betrieben mit tierischer Produktion beigesteuert.[14] Nimmt man den ganzen daran anknüpfenden agroindustriellen Komplex, d.h. Chemische Industrie und andere Lieferanten von Betriebsmitteln, Transport- und Handelsunternehmen und die Nahrungsmittelindustrie, so wird die Bedeutung dieses Wirtschaftssektors offensichtlich.

Wie oben bereits angedeutet, hat nun der Bezug von Importfuttermitteln nicht nur in den Erzeugerländern zu umwälzenden Veränderungen geführt, sondern

Und auch von den derzeit in der BRD noch existierenden 400000 Vollerwerbsbetrieben sollen langfristig gerade noch 25% übrigbleiben; weitgehende Prognosen berechnen gar nur 12000 erforderliche Betriebe. (Kleinschmidt, Eimler 1984)[17]

Während die Pohlmänner, Lohmänner und Kathmanns sich in den küstennahen Regionen ihre Stallimperien mit mehreren hunderttausend Hühnern und zigtausend Schweinen aufbauen, und die Transportkostenvorteile für die Importfuttermittel nutzen, drohen Tausende von klein- und mittelbäuerlichen Höfen in der küstenfernen Regionen Süddeutschlands, der Kostenschere zu erliegen.

Dabei sind Geruchsbelästigungen sicherlich noch die harmlosesten Begleiterscheinungen. Schwerwiegender sind die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und die monokulturelle Ausbreitung des Maisanbaus — der einzigen Pflanze, die der Ausscheidungsflut des Viehs einigermaßen gewachsen ist.

Mittlerweile beginnt auch der bürokratische Apparat, allen voran die EG-Kommission, sich Gedanken über eine Reform der EG-Marktordnungspolitik zu machen. Es sind allerdings weniger die bislang ausgeführten Probleme, die sie zu diesem Sinneswandel veranlassen. Vielmehr haben die Preisgarantien, die in der Regel meist weit über Weltmarktpreisniveau liegen, Abschöpfungen (zollähnliche

Abgaben auf Einfuhren aus Drittländern) zur Abwehr konkurrenzfähiger Einfuhren und Subventionen für Vernichtung, Lagerung und Export der auf dem Binnenmarkt nicht absetzbaren Produkte die allseits bekannten Butter-, Milch- und Fleischberge provoziert, deren Finanzierung nun wohl doch an die Grenze des politisch Durchsetzbaren gestoßen ist.

Auch wenn der Bauernverband sich nun vehement Reformen widersetzt — profitiert haben keineswegs die „einfachen" Bauern, sondern die Großen im Veredelungsgeschäft und die nahrungsmittelverarbeitenden Branchen. Die Garantiepreise gelten nämlich in der Regel für verarbeitete Produkte (Ausnahme: Getreidemarktordnung). So werden die großen Gewinnspannen von Molkereien, Schlachthöfen und der Nahrungsmittelindustrie erzielt. Die dem Bauern verbleibenden Erlöse reichen oft kaum seine Existenz zu sicher, zwingen ihn, sich zu spezialisieren und seinen Viehbestand auszuweiten, um ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften. Die Folgen der Expansion trägt der Steuerzahler, dem die Finanzierung der Überschußproduktion aufgelastet wird. Die Folgen tragen aber auch wieder die Länder der Dritten Welt, deren Märkte von den Billigexporten der EG überschwemmt und destabilisiert werden.

Der Kreis in der Logik der Handelsbeziehungen zwischen „Erster" und „Dritter" Welt schließt sich. Futtermittelimporte sind der Ausgangspunkt. Als wesentliche Basis für die bodenunabhängige industrielle Veredelungsproduktion sind sie gleichermaßen Ursache wie Ergebnis der Strukturentwicklung und -entscheidungen in der EG. Diese Strukturen verletzen aber die Interessen zahlreicher Menschen und gesellschaftlicher Gruppen hier wie auch in der Dritten Welt. Dieser Zusammenhang bietet vielfältige Ansatzpukte, die strukturell bedingten Probleme auf beiden Seiten deutlich zu machen und auf der Grundlage der vorhandenen Interessenberührungspunkte ein gemeinsames Handeln von Baueropposition, Verbraucherzusammenschlüssen, Ökologiegruppen und der Dritte-Welt-Bewegung zu Veränderung der Strukturen herbeizuführen.

Das Aktionsprogramm als gemeinsame Handlungsgrundlage

Der dem Aktionsprogramm zugrunde liegende Forderungsrahmen versucht dieser Perspektive Rechnung zu tragen. Er ist das Ergebnis zahlreicher Diskussionen auf Seminaren und Arbeitstreffen an denen in letzter Zeit auch immer häufiger Vertreter aus dem bäuerlichen Berich und dem ökologisch orientierten Spektrum teilgenommen haben. Ansatzpunkt für eine Reduzierung der Exportproduktion von Futtermitteln in der Dritten Welt ist die Veränderung der hiesigen Agrarstrukturen und -politik zur Verringerung des Nachfrage- und Importsogs der EG. Dies entspricht auch der allgemeinen Tendenz der im BUKO zusammenarbeitenden Gruppen, das Schwergewicht ihrer Aktivitäten auf eine Kritik und Veränderung der von hier ausgehenden negativen Einflüsee wirtschaftlicher, sozialer und politischer Art für die Bevölkerung in der Dritten Welt zu legen. Im Mittelpunkt des Aktionsprogramms stehen Vorschläge und Maßnahmen zum Erhalt und zur Stärkung der klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft in der EG und einem Strukturwandel zu einer gemischtbetrieblichen, kooperativen und ökologischen Bewirtschaftungsweise. Dazu kommen Forderungen zum Abbau der strukturellen Überschußproduktion, zur Eindämmung des Konzentrationsprozesses im Futtermittelhandel sowie in Lebensmittelverarbeitung und -handel und zur Förderung der Verarbeitung und Vermarktung agrarischer Produkte im Rahmen eines regionalen Versorungskonzeptes. Als begleitende und unterstützende Maßnahmen werden Veränderung in den Handelsbeziehungen zwischen der EG und der Dritten Welt und in der offiziellen Entwicklungspolitik hin zu einer stärkeren Grundbedürfnis- und Binnenmarktorientierung angestrebt.

Mit dieser breiten Palette an Forderungen und Vorschlägen bietet das *Aktionsprogramm gegen Futtermittelimporte* Anknüpfungspunkte für die Ziele und Interessen der Bauernopposition, Verbraucher und Ökologiegruppen. Damit legt es den Grundstein für eine zumindest punktuelle Zusammenarbeit dieser bislang eher nebeneinander arbeitenden gesellschaftlichen Bewegungen und eröffnet die Chance, entwicklungspolitische Inhalte breiter und nachhaltiger in die Öffentlichkeit zu tragen, als dies bislang in puncto Exportlandwirtschaft und internationale Arbeitsteilung gelungen ist.

Ulrich Diermann

BUKO

AGRO-Koordination

Aufruf zur 1. Aktionswoche gegen Futtermittelimporte 10.-16. Juni 85

Mehr als 20 Millionen Tonnen Futtermittel importiert die EG jährlich aus Ländern der Dritten Welt, d. h. jedes zehnte Kotelett, jeder zehnte Liter Milch hat seinen Ursprung auf den Feldern von Ländern, in denen akute Krisen in der Nahrungsmittelversorgung herrschen, in denen Hunger tägliches Leid ist.
Das führt zu:
— **Verdrängung der Nahrungsmittelversorgung** für die einheimische Bevölkerung
— **Zerstörung der ökologischen Grundlagen des Landbaus** durch Monokultur und hohem Pestizideinsatz
in den futterexportierenden Ländern.

Für die EG-Länder bewirkt der Einsatz importierter Kraftfuttermittel in Verbindung mit der Massentierhaltung eine verstärkte Industrialisierung der Tierproduktion.
Folgen sind:
— **Verlust landwirtschaftlicher Arbeitsplätze** („Bauernsterben")
— **wachsende Aufblähung des EG-Etats** zur Finanzierung der Agrarüberschüsse

Wir fordern daher
Keine Futtermittelimporte aus Ländern der Dritten Welt — insbesondere nicht aus Hungergebieten
— Strukturveränderung in Landwirtschaft, Landhandel und verarbeitender Industrie (Erhalt klein- und mittelbäuerlicher Landwirtschaft)
— Abbau der Überschußproduktion in der EG
— Verminderung der Attraktivität von importierten Futtermitteln
— Veränderung in den Handelsbeziehungen zwischen der EG/BRD und der Dritten Welt
— Grundbedürfnis- und binnenorientierte Entwicklungspolitik

Auf dem 8. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen wurde beschlossen, ein Aktionsprogramm gegen Futtermittelimporte als Öffentlichkeitskampagne durchzuführen.

Hierzu ist ein detaillierter Forderungsrahmen entwickelt worden.

Nach der Durchführung mehrerer Regionalseminare und eines Bündnisseminars, auf dem neben Dritte-Welt-Gruppen auch Verbraucher sowie Vertreter der Bauernopposition und der Ökologiebewegung vertreten waren, wollen wir nun mit unseren Forderungen an die Öffentlichkeit treten.

Als Auftakt hierzu soll die Aktionswoche vom 10.-16. Juni dienen.

In einigen Orten sind bereits Protestaktionen und Informationsveranstaltungen geplant, zu denen ein Flugblatt und ein Plakat erstellt werden.

Die Buko-Agro-Koordination gibt eine Aktions- und Materialmappe heraus, die neben der inhaltlichen Aufbereitung der Futtermittelproblematik auch einen ausführlichen Aktionsteil mit Aktionsvorschlägen, einem Rollenspiel, Medienhinweisen und Literaturlisten enthält.

Erhältlich bei: Buko-Agro-Koordination, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

1. Diefenbacher/Busacker „Futtermitteleinfuhren aus der Dritten Welt", in: epd-Entwicklungspolitik, Materialien V/84 „Futtermittelimporte — Verelendung durch Veredelung?", Frankfurt 1984
2. Ebd.
3. Schumann „Rohstoff Eiweiß: Brasiliens Soja für Europas Vieh", in: epd V/84 a. a. O.
4. Statistisches Bundesamt, Länderbericht Thailand 1982, Wiesbaden 1982
5. Calcagnotto „Fallstudie: der Sojaanbau in Brasilien", in: epd V/84 a. a. O.
6. Schumann, a. a. O.
7. wie angegeben
8. wie angegeben
9. Schumann, a. a. O.; Calcagnotto, a. a. O.
10. Schumann, a. a. O.
11. wie angegeben
12. Schumann, a. a. O.
13. wie angegeben
14. BML, Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in der BRD 1984, Münster-Hiltrup 1984
15. Kleinschmidt, Eimler „Wer hat das Schwein zur Sau gemacht?", München 1984
16. wie angegeben
17. Kleinschmidt, Eimler, a. a. O.
18. Ebd.

FÖRDERKREIS FÜR DIE blätter des iz3w

Viele kleine Spenden sichern unser Überleben

Die »blätter des iz3w« erscheinen mittlerweile seit 12 Jahren. Für eine in starkem Maße von ehrenamtlichen Mitarbeitern getragene Aktionsgruppe, die ohne potente Geldgeber auskommen muß, ist diese Kontinuität keine Selbstverständlichkeit. Zu unserem bisherigen Überleben haben viele Leser der »blätter des iz3w« beigetragen. Zahlreiche Leser haben uns bei Bezahlung der Abonnementrechnung gleichzeitig eine Spende überwiesen. Von großer Bedeutung für uns sind auch die regelmäßigen Spenden, die wir im Rahmen des »Förderkreises« erhalten, da wir mit diesen Einnahmen kalkulieren können.

Deswegen bitten wir alle Leser, die hierzu finanziell in der Lage sind, uns im Rahmen des »Förderkreises« durch einen Dauerauftrag zu unterstützen (ab monatlich DM 5,- bzw. vierteljährlich DM 15,-).
Mit dem Beitrag zum Förderkreis ist das Abonnement bezahlt. Ein Formular zur Einrichtung eines Dauerauftrages, das Sie Ihrer Bank schicken können, haben wir nebenstehend abgedruckt. Inhaber von Postscheckkonten erteilen einen Dauerauftrag auf dem Hauptteil des Überweisungsvordruckes. Bitte informieren Sie auch das iz3w.
Wir danken allen, die durch eine Spende unsere Arbeit finanziell absichern.

An die Aktion Dritte Welt e.V.
Postfach 5328
7800 Freiburg

Ich bin dem Förderkreis des iz3w beigetreten und überweise am .... jeden Monats /
am .... jeden ersten Monats eines Vierteljahres DM .... an die Aktion Dritte Welt e.V.

Ich bin bereits Abonnent: ja – nein

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) (Datum)

An

. . . .
(Bank)
Bitte überweisen Sie von meinem Konto Nr. . . . . am . . . . . . jeden Monats / am . . . . jeden ersten Monats eines Vierteljahres DM . . . .

an Aktion Dritte Welt e.V., Freiburg

Postscheckamt Karlsruhe Nr. 148239 - 755 (Bankleitzahl 660 100 75)*

Dieser Auftrag gilt bis zum Widerruf.

. . . .
(Ort und Datum)

. . . .
(Unterschrift)

* Für Abonnenten in der Schweiz: Postscheckamt Basel, Nr. 40 - 35899,
Für Abonnenten in Österreich: Österreichische Postsparkasse, Nr. 2377.047

Abo + Bestellzettel

Informationszentrum
Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) (Datum)

- ☐ **Ich abonniere die „blätter des iz3w" (8 Hefte pro Jahr zum Preis von 40 DM)**
- ☐ **Ich abonniere die „blätter" zum Preis für kleine Brieftaschen (Schüler, Studenten, ZDL'er und andere einkommensschwache Personen für 30 DM p.a.)**
- ☐ **Ich unterstütze das Informationszentrum 3. Welt ein Förderabo von ________ DM (monatl. mind. 5 DM)**
- ☐ **Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar**
- ☐ **Ich bestelle aus eurem Vertrieb (siehe Rückseite)**

Ich weiß, daß ich innerhalb von zwei Wochen ohne Angabe von Gründen meine Abo-Bestellung rückgängig machen kann!

Bücher, Broschüren, Materialien

____ iz3w, **Entwicklungspolitik — Hilfe oder Ausbeutung?** Die entwicklungspolitische Praxis in der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe, 8. Auflage, Oktober 1984, ca. 360 Seiten · 16,80

____ iz3w, **Der Palästina-Konflikt und was wir damit zu tun haben,** Einführung in die versch. Aspekte des Palästinaproblems, Juni 83, 264 Seiten 10,80

____ Francis Moore Lappé und Joseph Collins, **Zehn Legenden um den Hunger in der Welt »Food First« Comic,** 1977, 84 Seiten 3,50

____ iz3w, **Probleme der 3. Welt,** Einführung für Schüler der Sekundarstufe 1, 1978, 42 Seiten 1,50

____ Plakat **»Rohstoffe in der Dritten Welt«,** 2farb., DIN A2 2,—

____ Plakat **»Welthandel«,** 2farb., DIN A2 2,—

____ Plakat **»Ordnung muß sein«,** 2farb., DIN A2 2,—

GEB-Loseblattsammlung

Mappen ca. 32 Seiten, kopierfähig, Preis je Ex. 5 DM, ab Nr. 12,6 DM, Nr. + Thema siehe Extra-Seite

____ Nr. ____________
____ Nr. ____________
____ Nr. ____________

»blätter des iz3w«

Heft mit 60 bis 68 Seiten; DM 5,— auch ältere Hefte noch lieferbar

____ Nr. 108 **Afghanistan — 3 Jahre im Widerstand** (83)
____ Nr. 109 **Libanon** (83)
____ Nr. 110 **Sowjetunion und 3. Welt I** (83)
____ Nr. 111 **US-Stützpunkte auf den Philippinen** (83)
____ Nr. 112 **Chile: Pinochet am Ende?** (83)
____ Nr. 113 **Pharma-Multis als Entwicklungshelfer?** (83)
____ Nr. 114 **Völkermord an den Armeniern** (83)
____ Nr. 115 **Asylbewerber: abgeschoben oder verbrannt** (84)
____ Nr. 116 **Sowjetunion und 3. Welt II** (84)
____ Nr. 117 **Brennpunkt Mocambique** (84)
____ Nr. 118 **Mittelamerika** (84)
____ Nr. 119 **Dritte Welt im Schuldturm** (84)
____ Nr. 120 **Iran im sechsten Jahr der Revolution** (84)
____ Nr. 121 **Verschuldung II** (84)
____ Nr. 122 **Entwicklungspolitik nach der Wende**
____ Nr. 123 **Medien / Contadora**
____ Nr. 124 **Ökologie und Dritte Welt**

Sonderdrucke

Von Themenblöcken der **»blätter des iz3w«** **je Heft 2 DM**

____ Nr. 62 **Unterdrückung der Indios** (1977)
____ Nr. 66 **Landwirtschaft in der 3. Welt I** (77)
____ Nr. 67 **Landwirtschaft in der 3. Welt II** (78)
____ Nr. 73 **Mexico: das Elend der Bauern** (78)
____ Nr. 75 **Sri Lanka** (79)
____ Nr. 76 **UNCTAD V** (79)
____ Nr. 78 **Patenschaften in der 3. Welt** (79)
____ Nr. 79 **Ausländer in der BRD** (79)
____ Nr. 85 **ASEAN** (80)
____ Nr. 87 **Frauen in der 3. Welt** (80)
____ Nr. 88 **Angepaßte Technologie** (80)
____ Nr. 95 **Rüstung in der 3. Welt** (81)

Bücher im Vertrieb des iz3w

____ Rudolf H. Strahm, **»Überentwicklung — Unterentwicklung«** Ein Werkbuch mit Schaubildern und Kommentaren über die wirtschaftlichen Mechanismen der Armut, 6. Aufl. 1982, 142 Seiten 8,—

____ B.I.V.S., **Das Elend der Modernisierung — Die Modernisierung des Elends,** Unterentwicklung und Entwicklungspolitik in Lateinamerika, 1. Aufl. 1982, 160 Seiten 5,—

Bei Bestellungen bitte beachten:

Wir liefern grundsätzlich mit Rechnung. Bei einem Bestellwert bis DM 6,— kann der Rechnungsbetrag in Briefmarken der Bestellung beigelegt werden.

Versandkostenpauschale:
DM 1,80 (Bestellwert bis DM 10,—)
DM 3,— (Bestellwert DM 10,— bis DM 50,—)
frei bei einem Bestellwert von über DM 50,—

Postscheckkonten:
Aktion Dritte Welt e.V.
Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Basel Nr. 40-35 899
Österreichische Postsparkasse
Nr. 2377.047

Die Hilfe bleibt eingefroren

Beziehungen zwischen einem kapitalistischen Industrieland und einem revolutionären Entwicklungsland von 1979-1984

Am Thema Nicaraguas hat sich ein heftiger Streit in der Entwicklungspolitik entzündet. Konkret geht es dabei auch um die Frage der Wirksamkeit deutscher Entwicklungshilfe. Während von der Bundesregierung derzeit behauptet wird, eine sinnvolle Hilfe wäre im Land nicht möglich, kommen zahlreiche private Hilfsorganisationen zum genau entgegengesetzten Ergebnis. Um eine Bestandsaufnahme der öffentlichen und privaten bundesdeutschen Entwicklungshilfe in Nicaragua vorzunehmen, reisten die beiden Sozialwissenschaftler Ali Schwarz und Manfred Ernst im vergangenen Jahr für mehrere Monate in das Land. Im folgenden wird eine Zusammenfassung ihrer Ergebnisse dokumentiert.

Nach dem Sturz der Somoza-Diktatur begann 1979 eine zunächst rege entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem befreiten Nicaragua. Es kam bis Ende 1980 zu einem regelrechten „Nicaragua-Boom", der sich ausdrückte in der Entsendung von Entwicklungshelfern und Experten, einer Reihe unbürokratischer Soforthilfemaßnahmen, einem regen, politisch-kulutrellen Austausch.

Neben den Vereinigten Staaten, Cuba, den skandinavischen Ländern, Frankreich und Holland, gehörte die BRD in den ersten zwei Revolutionsjahren mit zu den größten Geberländern für den Aufbau des Neuen Nicaragua.

Doch als sich abzeichnete, daß die „Sozialdemokratisierung" der nicaraguanischen Revolution angesichts der Dynamik des revolutionären Prozesses zum Scheitern verurteilt war, begann, schon unter der SPD-geführten Regierung Schmidt, der strategische Rückzug. Die materielle Unterstützung nahm in dem Maße ab, wie der politische Druck zunahm.

Oktober 1982, — die Wende in Bonn. Im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit macht ein bislang relativ unbekannter Politiker der CSU durch kernige Sprüche wie: „Wer uns vors Schienbein tritt, kann nicht mit unserer Hilfe rechnen" auf sich aufmerksam. Es handelt sich um den neuen Chef des BMZ, Jürgen Warnke.

Nicaragua wurde zum bevorzugten Objekt um die neue Richtung des BMZ zu verdeutlichen. Unter fadenscheinigen Begründungen wie „Nicaragua destabilisiere die Region" oder es gebe „keine demokratischen Freiheiten", wurde nach und nach die entwicklungsplitische Zusammenarbeit auf ein Minimum reduziert.

Im Windschatten der USA, die nach dem Amtsantritt Reagans mit allen Mitteln den wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Boykott Nicaraguas betreiben, erwies sich die neue Christlich-Liberale Regierung als treuer Verbündeter. Es erfolgte die vollkommene Unterordnung entwicklungspolitischer Grundsätze unter außen- und bündnispolitischen Erwägungen, eine Unterordnung, wie es sie seit den Zeiten des Kalten Krieges in den 50er und frühen 60er Jahren nicht mehr gegeben hat.

Unsere Untersuchung dokumentiert ein besonders düsteres Kapitel in der ohnehin an Glanzpunkten und Erfolgen armen Geschichte bundesdeutscher Entwicklungshilfepolitik. Wir haben den Versuch einer umfassenden Bestandsaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Nicaragua seit 1979 unternommen. Exemplarisch wollen wir auf der Grundlage unserer Ergebnisse aufzeigen, wie wenig heute Entwicklungspolitik der Entwicklung dient, sondern zum Instrument der Außen-, Wirtschafts,- Exportförderungs- und Bündnispolitik verkommen ist.

Qualität und Quantität der Unterstützung Nicaraguas durch bundesdeutsche Nicht-Regierungs-Organisationen und seitens der Solidaritätsbewegung, waren Gründe dafür, die Untersuchung über die ursprünglich geplante staatlich-bilaterale Ebene hinaus auszudehnen und neben der reinen Bestandsaufnahme, vor dem Hintergrund des Selbstverständnisses der verschiedenen Trägerorganisationen und Gruppen, eine vergleichende Bewertung ihrer Nicaragua-Hilfe vorzunehmen.

Die staatliche Entwicklungspolitik

Aus Finanzieller Zusammenarbeit (FZ) und Technischer Zusammenarbeit (TZ) setzt sich die bilaterale Hilfe zusammen, die vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) einem Entwicklungsland gewährt wird. Für Nicaragua sollen, laut BMZ-Angaben, seit dem Sturz Somozas rund 169 Millionen DM für bilaterale Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt worden sein. Die tatsächlich in Nicaragua angekommenen Millionenbeträge fallen jedoch geringer aus.

Von Juli 79 bis September 83 wurden Nicaragua Zusagen in Höhe von 92 Mio. DM gemacht. Trotzdem sind bis heute von diesem Posten 51 Mio. nicht an Nicaragua gegangen. Die verbliebenen 41 Mio. wurden in Regierungsverhandlungen festgelegt und nach Unterzeichnung entsprechender Regierungsabkommen von Oktober 79 und Juli 1980 rechtsgültig und zur Auszahlung freigegeben.

In den folgenden Jahren wurden Nicaragua zwar noch Zusagen in Höhe von 40 Mio. DM gemacht, doch Regierungsverhandlungen zwischen beiden Staaten fanden werder '81 noch '82 statt. Nachdem sich Nicaragua zur Rückzahlung einer 4.8 Mio. DM Schuld Somozas an den Siemens Konzern verpflichtete, stand einer Aufnahme bilateraler Verhandlungen nichts mehr im Wege. Aber auch die Regierungsverhandlungen der Jahre '83 und '84 brachten keine Ergebnisse, obwohl die nicaraguanische Delegation bereit war, die BMZ-Forderung zu akzeptieren, deutsche Hilfsgelder ausschließlich zur Unterstützung der Privatwirtschaft zu

verwenden. Verhandlungen, in denen die Verwendung dieser Gelder hätte spezifiziert werden müssen, wurden von bundesrepublikanischer Seite nicht ernsthaft betrieben. Stattdessen taten sich konservative Politiker mit einer öffentlichkeitswirksamen Desinformationskampagne hervor, in der sie Nicaragua vorwarfen, es fehle dort ein „Mindestmaß an Privatwirtschaft" (CSU-Staatsekretär im BMZ, Lengl), die Zahl der Menschenrechtsverletzungen steige und die Abhaltung von Wahlen sei ungewiß (Warnke). Auf Anfrage wurde im BMZ jedoch mitgeteilt, daß der Auszahlung der zugesagten 40 Mio. DM keineswegs politische Gründe, sondern ausschließlich technische Schwierigkeiten im Wege stünden!

Zusagen sind, dies zur Erklärung, lediglich im Bundeshaushalt angesetzte „Kann"-Bestimmungen. Sie markieren eine Obergrenze, sagen aber nichts über tatsächliche Zahlungen aus. Sie haben auch keine Rechtsgültigkeit wie beispielsweise Regierungsabkommen. Doch auch wenn Regierungsabkommen bestehen, erfolgt nicht automatisch die Auszahlung, wie das Beispiel Nicaragua zeigt. Schon im Juli 1980 wurde in einem Regierungsabkommen vereinbart für den Wiederaufbau der im Bürgerkrieg zerstörten Krankenhäuser in Estelí 10 Mio. DM als Zuschuß zu gewähren. Bis heute haben die Bundesregierungen die Auszahlungen hinausgezögert. einge gängige Methode dies zu verhindern ist, daß Angestellten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) untersagt wird, nach Nicaragua zu reisen, um im Detail zu klärende Ausführungsbestimmungen mit den nicaraguanischen Behörden abzustimmen. Die KfW wickelt für das BMZ alle Geschäfte der FZ ab. Ohne Verhandlungen über Durch- und Ausführung der Abkommen kann keine Auszahlung erfolgen.

Die vom BMZ gemachten Angaben über die Technische Zusammenarbeit, die fast ausschließlich über die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) abgewickelt wird, belaufen sich für den Zeitraum Juli 1979 bis August 1983 auf runde 33 Mio. DM. Auch wenn bei deisem Betrag Anfang 83 noch 16 Mio. DM offenstanden, ist davon auszugehen, daß er weitgehend ausgezahlt wurde bzw. wird, da hiervon die in Nicaragua arbeitenden Experten der GTZ und die für die Durchführung der Projekte notwendigen Ausrüstungsgegenstände finanziert werden. Die zur Zeit noch laufenden 5 GTZ-Projekte werden von der Bundesregierung immer wieder als Beweis einer weiterhin bestehenden Zusammenarbeit angeführt. Einige Projekte, wie im Bereich des Primärschulwesens oder des Vermessungswesens wurden sogar von den Bonner Wendepolitikern verlängert. Doch schon seit Juli 82 wurde keine neue Projektprüfung mehr durchgeführt bzw. zugelassen, auch wenn entprechende Anträge vorlagen.

Die Weiterführung anderer Projekte wurde abgelehnt, so die Unterstützung von FINAPRI, einem Planungsbüro für Industriestudien das Gutachten erstellt, um auf dieser Grundlage fundierte Entscheidungen zur Industrialisierung des Landes treffen zu können.

Schon 1981 wurde ein Antrag an die GTZ abschlägig beschieden, wo um die Entsendung eines Beraters für staatliche Organisation nachgesucht wurde. Dies verwundert, weil in der Regel keine Gelegenheit ausgelassen wird, Regierungsberater auf höchster Ebene zu entsenden. Weitere Beispiele politischer, sachlich nicht gerechtfertigter Entscheidungen ließen sich anfügen.

Es kann festgehalten werden, daß die Nicaragua von den Bundesregierungen zugesagte FZ und TZ nach Somozas Sturz in Höhe von 125 Mio. DM zu ca. 50 % abgeflossen ist. Selbst wenn man noch den Restbetrag von 10,5 Mio. DM aus Somoza gewährten Krediten hinzurechnet, die wegen des Bürgerkrieges nicht mehr zur Auszahlung gelangten, den Sandinisten aber nach ihrem Sieg zur Verfügung gestellt wurden und staatliche Schenkungen (finanzielle Untersützung der Alfabetisierungskampagne, Lebensmittellieferungen) im Gegenwert von knapp 10 Mio. DM berücksichtigt, macht die seit Juli '79 geleistete staatliche Hilfe nicht einmal die Hälfte der in der Öffentlichkeit genannten Summe von 169 Mio. DM aus. Die vom BMZ herausgegebenen Zahlen sind somit irreführund und schönfärberische Propaganda.

Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) und Nicaragua

Neben der GTZ und KfW gibt es noch eine Reihe weiterer Institutionen, die wie diese rechtlich selbständig sind, aber unter maßgeblicher Mitwirkung des Bundes gegründet wurden, um bestimmte entwicklungspolitische Zielsetzungen zu verfolgen.

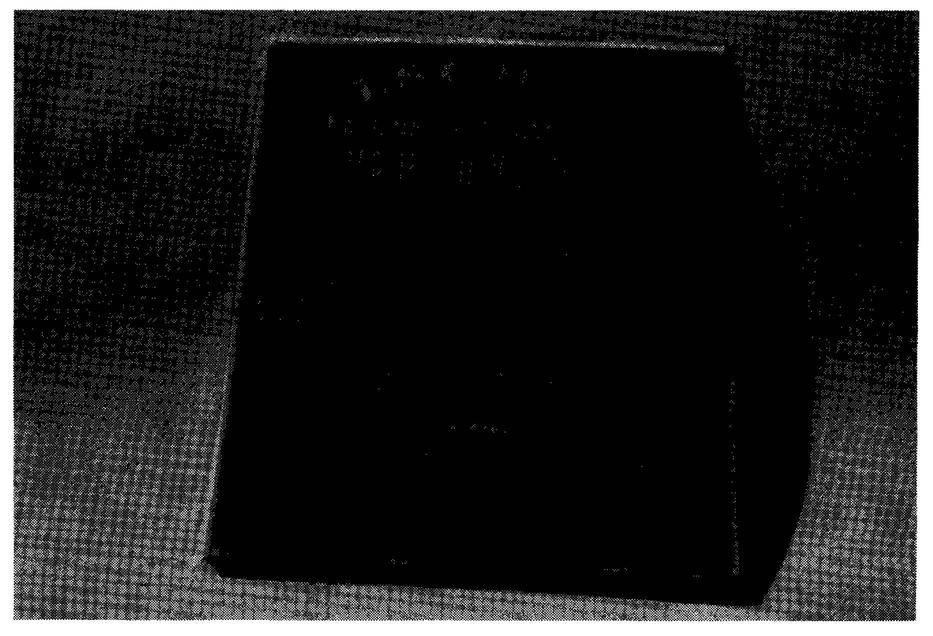
Gemeinsam ist diesen Organisationen, daß das BMZ (Mit)Träger und wichtigster Geldgeber ist und mehr oder weniger direkt politischen Einfluß auf deren Tätigkeiten ausüben kann. Die wohl bekannteste dieser Institutionen ist der 1963 gegründete Deutsche Entwicklungsdienst, der vor allem im Bereich der personellen Entwicklungshilfe tätig ist.

Im Gegensatz zur GTZ entsendet der DED jedoch nicht Entwicklungsexperten, sonder Entwicklungshelfer. Worin der feine Unterschied liegt, definiert das Entwicklungshelfergesetz von 1969: „Entwicklungshelfer ist, wer in Entwicklungsländern ohne Erwerbsabsicht Dienst leistet."

In der Tat betragen die Expertengehälter der GTZ ein Vielfaches von dem, was ein Entwicklungshelfer vom DED für seinen „Dienst" bekommt.

Während der DED in den 70er Jahren einen relativ großen politischen Freiraum hatte und sehr engagierte Entwicklungshilfe betrieb, ist er seit einigen Jahren, insbesondere nach dem Regierungswechsel in Bonn 1982, stark unter Druck geraten.

Gerade in Nicaragua bekamen die DED-Entwicklungshelfer diesen Druck besonders stark zu spüren. Nicaragua ist ein exemplarisches Beispiel für die „Wende im DED". Der DED ging 1980 mit einem sogeannten „Crash-Programm" nach Nicaragua, um zu versuchen zunächst die unmittelbaren Kriegsfolgen zu lindern. In den ersten zwei Jahren lag der Schwerpunkt im medizinischen Bereich. Man versuchte vor allem auf dem Land ein Gesundheitsprogramm durchzusetzen. Neben dem medizinischen Bereich wurden ab 1981 auch dem landwirtschaftlichen Bereich und dem Produktionsbereich besondere Aufmerksamkeit gewidmet. 1983/84 lag das Hauptgewicht



Schule zur Ausbildung von Landmaschinentechnikern. Heute werden solche Projekte nicht mehr unterstützt.

der DED-Arbeit in der technisch-handwerklichen Berufsausbildung (7 Mitarbeiter), den staatlichen Industriebetrieben wie Plastikverarbeitung, landwirtschaftliche Geräteproduktion und Metallbau (6 Mitarbeiter) und im Umweltschutz (5 Mitarbeiter).

Nach dem Amtsantritt von Minister Warnke wurde der DED massiv unter Druck gesetzt um seine Mitarbeit in Nicaragua einzuschränken. Dieser Druck äußerte sich in Prüfungen des Bundesrechnungshofes, — die sich nicht auf die Kontrolle der Buchführung beschränkten, sondern auch eine politische Kontrollfunktion hatten —, in Umbesetzungen in der DED-Geschäftsführung, in Ankündigungen und Versuchen, die DED Mitarbeit in Nicaragua drastisch zu reduzieren. Gut laufende und langfristig angelegte Projekte des DED mußten schon eingestellt werden, es werden „Entwicklungsruinen" zurückbleiben. Ein DED Mitarbeiter drückte die Politik vom BMZ drastisch aber nichtsdestoweniger treffend in dem Satz aus: „Da fragt kein Schwein im BMZ danach, was hier in den Projekten läuft." In einem internen Papier, welches DED-Mitarbeiter anläßlich einer Infomationsrundreise für H. J. Wischnewski erstellt hatten, heißt es unter anderem: „Alle Entwicklungshelfer, die derzeit in Nicaragua arbeiten... haben auf ausdrücklichen Wunsch ihrer Projektträger sowie unter entwicklungspolitischer Abwägung der Projektarbeit Antrag auf Vertragsverlängerung gestellt."

Der DED soll an die kurze Leine genommen werden. Die Gründe dafür laufen in der Quintesssenz zusammen, daß der DED eng an die kurzfristigen Überlegungen der politischen Opportunitäten der jeweiligen Bundesregierung und ihrer Verbündeten angebunden werden soll. Dem werden die „Grundsätze und Kriterien", Leitfaden der DED-Arbeit in der Dritten Welt, untergeordnet.

Längerfristige Projektüberlegungen, mit den Partnern in den Gastländern im Vertrauen auf die Kontinuität im DED angestellt, werden hinfällig.

Die Mitbestimmung, geschaffen in der Einsicht, daß die Arbeit, das Einfühlungsvermögen und das Engagement der Entwicklungshelfer die Existenzberechtigung des DED sind, wird nach und nach abgeschafft. Die Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, sollen aus Sicht der konservativen Planer langfristig wirken. Sie werden auf lange Sicht nur schwer revidierbar sein, der DED wird nicht mehr sein, was er in den letzten Jahren war. Restriktionen und Auflagen, die dem DED gemacht wurden, konnten inzwischen weitgehend aufgehoben werden, da die Disziplinierungsmaßnahmen besonders engagierte Mitarbeiter aus der Zentrale in Berlin hinausdrängte und die Übriggebliebenen in ihrer Mehrheit die Zeichen der Zeit verstanden und sich den neuen Richtlinien angepaßt haben. somit ist die Umwandlung einer zwar staatlich finanzierten aber ansonsten relativ autonomen Institution zu einer Behörde in vollem Gange.

Vergessen werden sollte nicht der Anteil der Sozialdemokraten an der Umstrukturierung des DED, denn die Führungsriege des DED ist nach wie vor, der neue Geschäftsführer Pallmann ist SPD-Mitglied, mit Sozialdemokraten durchsetzt. Vergessen werden sollte nicht, daß Warnke und Köhler lediglich „Testamentsvollstrecker" des Amtsvorgängers Offergeld sind, daß sich schon unter SPD- Geschäftsführer Sahlmann, das Klima beim DED in den letzten 4 Jahren radikal gewandelt hatte.

Nicht nur Vergabe von Geld und Personal — Die bundesdeutschen Nicht-Regierungs-Organisationen und Nicaragua

Seit der Gründung des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit 1962 ist die Entwicklungszusammenarbeit mit nichtstaatlichen deutschen Trägern fester Bestandteil der Entwicklungspolitik der jeweiligen Regierungen.

Von 1962 bis 1982 wurden dafür insgesamt 3,6 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Bezeichnungen für das Spektrum dieser Organisationen sind unter dem Kürzel „Freie Träger" oder NRO's (Nicht-Regierungs Organisationen) geläufig.

Sie bestehen im wesentlichen aus:

1. Den Hilfswerken der Katholischen und Evangelischen Kirche, Misereor und Brot für die Welt, sowie den beiden kirchlichen Zentralstellen für die Koordinierung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit von Staat und Kirchen.
2. Den vier politischen Stiftungen der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien (Ausnahme die Grünen)
3. Einigen, weder amtskirchlich noch parteipolitisch gebundenen gesellschaftlichen Organisationen und Vereinen wie beispielsweise Terre des Hommes, Medico International oder die Deutsche Welthungerhilfe. 24 dieser Organisationen haben sich im sogenannten Bensheimer Kreis als Diskussionsforum und Arbeitskreis zusammengeschlossen.
4. In Einzelfällen werden weitere Träger wie Komitees oder gemeinnützige Vereine zur Umsetzung entwicklungspolitischer Projekte herangezogen.

In Nicaragua wurden seit 1979 von folgenden NRO's Projekte durchgeführt, finanziert oder bezuschußt:

„25 Jahre ASA-Programm"
Vom 30.5.–2.6.85 in Berlin. Festakt, Infoveranstaltungen, Podiumsdiskussion „Entwicklungspolitik in der Krise?" und Workshops zu Feldern der entwicklungspolitischen Praxis. Information und Anmeldung: ASA Programm der CDG, Lützowufer 6–9, 1000 Berlin 30.

Die bundesdeutschen Nicht-Regierungs-Organisationen und Nicaragua[1]

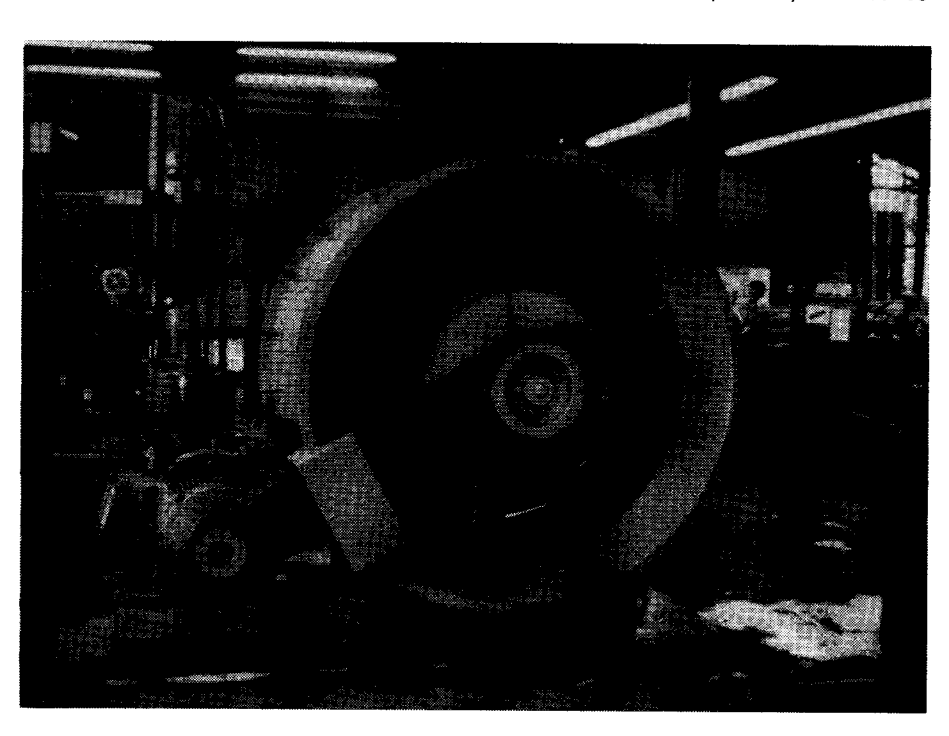
Organisation	Aufgebrachte Mittel	Träger in Nicaragua	Finanzierungsart	Projektbereich	Personal
ASW (Aktion Solidarische Welt)	von 1982-1984 73.046 DM	FACS/AMNLAE/ CST/UNAN	Nur Spenden	Ländliche Entwicklung, Trinkwasserversorgung, Unterrichtsmaterialien	—
BfdW (Brot für die Welt) Evangelische Kirche	1979 2,8 Mio. DM 1980 2,7 Mio. DM 1981 2,5 Mio. DM 1982 2,3 Mio. DM 1983 2,07 Mio. DM 1984 1,75 Mio. DM 14,05 Mio. DM	Staatliche Träger wie Erziehungsministerium u. a. Kirchen, Selbsthilfegruppen	Reine Kirchenmittel, d. h. Kirchensteuer und Spenden	Mehr als 50 Einzelprojekte: Schwerpunkte Gesundheit/Erziehung/Ländliche Entwicklung	—
EZE (Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe)	1979 530.000 DM 1980 1.275.000 DM 1981 2.010.000 DM 1982 1.735.000 DM 1983 1.830.000 DM 1984 607.000 DM 7.987.000 DM	Braucht für ihre Projekte den Kirchenbezug	Fast ausschließlich BMZ-Mittel lediglich 180.000 DM Eigenmittel aus Kirchensteuer	Ähnlich wie bei Brot für die Welt	?
ÖMW (Ökumenisch Missionarischer Weltdienst) Ev. Kirche	von 1979-1984 1.136.000 DM	Kirchen/ Christliche Gruppen	Kirchensteuer	Theologische Ausbildung/Gesellschaftsbezogener Dienst in verschiedenen Bereichen	?
DÜ (Dienste in Übersee) Ev. Kirche	Entsendet Entwicklungshelfer/innen	staatliche Träger private Träger	Kirchensteuer Spenden BMZ-Mittel	Ländliche Entwicklung/Gesundheit/ Erziehung/ Ausbildung/ Handwerksförderung	1984/85 Aufstockung von 16 auf 25 Mitarbeiter/innen
MISEREOR Kath. Kirche	1979 4.502.000 DM 1980 2.938.000 DM 1981 831.000 DM 1982 1.192.000 DM 1983 785.000 DM 1984 2.688.000 DM 12.936.000 DM	Kirchen Kirchliche Gruppen	Kirchensteuer Spenden BMZ-Mittel	Erziehung/Ausbildung/Ländliche Entwicklung rund 130 verschiedene Projekte unterschiedlicher Größenordnung	?
Eirene	1981 5.149 DM 1982 88.654 DM 1983 40.452 DM 160.612 DM 294.869 DM	staatliche und private Träger	Eigenmittel/ Spenden: 159.915 DM BMZ-Mittel: 135.350 DM	Landwirtschaftsschule in León/Ausbildung — Metallbauerwerkstatt	1 Koordinator 1 E. helfer
WHD (Deutsche Welthungerhilfe)	von 1979-1984 5.969.308 DM	staatliche Träger z. B. MIDINRA private Träger	BMZ-Mittel: 1.190.900 DM KEG-Mittel: 750.000 DM Eigenmittel/Spenden: 4.028.408 DM	Ländliche Entwicklung/ Ausbildung/ Katastrophenhilfe bei Überschwemmung 1982	—
TdH (Terre des Hommes)	1981 379.000 DM 1982 372.000 DM 1983 369.000 DM 1984 730.000 DM 1.850.000 DM	staatliche Träger Massenorganisationen wie z. B. ATC/JS	Eigenmittel/ Spenden BMZ-Mittel: rund 10 % 230.000 DM	Ländliche Entwicklung Erziehung und Ausbildung Gesundheitswesen	—
MEDICO INTERNATIONAL	von 1979-1984 rund 6.0 Mio. DM	staatliche Träger wie Gesundheitsministerium	Eigenmittel/ Spenden/ BMZ-Mittel/ EG-Mittel	Schwerpunkt: Gesundheitswesen/ Ausbildungsbereich	1 Koordinator
FES (Friedrich Ebert Stiftung)	ca. 3 Mio DM 1979-1984	Erziehungs-, Kultusministerium Universität Oberst. Gerichtshof	100 % BMZ	Alphabetisierungs- u. Gesundheitskampagne, Sozialversicherung, Seminare	1 Repräs.
FNS (Friedrich Naumann Stiftung)	1979-1984 ca. 3 Mio. DM	La Prensa, PLI, CE-COOP, Journalistenausbildung, Medien	100 % BMZ	Medien Kooperativen Parteiunterstützung	1 Repräs. 1 Sekr. 1 Experte

Die vorstehende Übersicht kann nicht mehr als einen Orientierungsrahmen über Art, Umfang und Maßnahmen der in Nicaragua arbeitenden NRO's darstellen. Die Angaben sind nicht hundertprozentig vollständig, da es teilweise ein schier auswegloses Unterfangen darstellt, von den einzelnen Organisationen exakte Angaben über ihre Projekte, Projektpartner und Finanzierung zu bekommen. Teilweise gibt es ein Kompetenzwirrwarr, andererseits sind einige Organisationen schlicht nicht gewillt, öffentlich zu machen, wie sie mit ihren Spenden und Steuergeldern umgehen. Besonders die politischen Stiftungen taten sich hier in ihrer Informationspolitik unrühmlich hervor.

Die Konzeptionen und Herangehensweisen der einzelnen NRO's weisen zum Teil erhebliche Unterschiede auf, wie am Beispiel Nicaraguas aufgezeigt werden kann.

Beispielsweise sind die Bemühungen um finanzielle und damit verbundene politische Autonomie unterschiedlich stark. Um die Förderungswürdigkeit ihres Gesamtprogramms nicht aufs Spiel zu setzen, machen einzelne Organisationen opportunistische Zugeständnisse an das BMZ. Zugeständnisse der Art, daß man sich der Vorgabe des BMZ, in Nicaragua nicht mit staatlichen Stellen zusammenzuarbeiten, anpaßt. Diese von der Bundesregierung formulierten Auflagen scheint beispielsweise die Deutsche Welthungerhilfe seit der entsprechenden Mittelamerika-Debatte im Bundestag (Mai 1983) zu befolgen. Im Frühjahr 1984 beantragte der DED bei der Deutschen Welthungerhilfe einen größeren Geldbetrag für den Ausbau einer Versuchsfinca (Rinderhaltung und Milchverarbeitung der Universität Centroamericana/UCA). Aus politischen Gründen, so sagte uns ein DED-Mitarbeiter in Managua, sei dieser Antrag gar nicht mehr bearbeitet worden, obwohl man früher ähnliches gefördert hatte. Auf der Gedenktafel einer vor wenigen Jahren fertiggestellten Schule für Landwirtschaftsmaschinentechniker (ENMA bei Leon) wurde noch lobend der finanzielle Beitrag der Welthungerhilfe erwähnt. Träger der Schule ist das Landwirtschaftsministerium MIDINRA.

Auch die Nicaraguapolitik der Evangelischen und der Katholischen Kirche weisen beachtliche Unterschiede auf. Stärker als die Katholische ist die Evangelische Kirche in den letzten Jahren zu der Erkenntnis gelangt, daß sich der kirchliche Beitrag zur Entwicklung nicht in der Vergabe von Geld und Personal erschöpfen kann, sondern daß die politische Dimension stärker als bisher miteinbezogen werden muß. Aufgrund der Nicaragua-Politik der Bundesregierung ging die Evangelische Kirche offen auf Konfrontationskurs, was bisher nur äußerst selten der Fall war. Die Synode, das Parlament der EKD, forderte die Regierung zweimal auf, die Entwicklungshilfe gegenüber Nicaragua wiederaufzunehmen.



Ein von einem DED-Mitarbeiter entwickelter Ventilator zur Belüftung von Minenstollen (Goldabbau), in Nicaragua entwickelt und gebaut, mußte früher komplett importiert werden. Heute wird lediglich der Rohstahl importiert.

Foto: Ernst

Dienste in Übersee (der evangelische DED) weitete seine personelle Mitarbeit in Nicaragua von 16 auf 26 Mitarbeiter aus und begründete dies u. a. mit der Streichungspolitik beim DED. Sowohl der DÜ als auch BfdW arbeiten in Nicaragua mit staatlichen Stellen zusamen und begründen diesen Sonderfall damit, daß eine hohe Übereinstimmung der Art und der Ziele der dortigen Reigerungsprogramme mit den entwicklungspolitischen Kriterien der evangelischen Kirche gegeben ist. Diese Kriterien mögen von denen der Katholischen Kirche kaum abweichen, doch lehnt diese eine Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen prinzipiell ab. Das Prinzip wird zum Dogma. Es kommt hinzu, daß die vom Vatikan vorgegebene hierarchische Kirchenstruktur zur Durchführung von Misereor-Projekten die Einwilligung des zuständigen nicaraguanischen Bischofs verlangt. Zuwiderhandlungen kämen einer Mißachtung der Kirchenordnung gleich. Ein Pfad, auf den sich Misereor und die deutsche Bischofskonferenz, etwa durch die Förderung eines von der Volkskirche gewünschten Projektes, doch nicht begeben möchten, zumal ihre Kollegen von der nicaraguanischen Bischofskonferenz alle der Amtskirche zuzurechnen sind. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Monsignore Pablo Vega kommentierte den Tod von sechs, bei einem Contraangriff ums Leben gekommenen Kindern mit den Worten: „Es ist schlimmer die Seele, als den Körper zu töten."[3] Diese Formel von der Nichteinmischung in die Kirchenpolitik des jeweils anderen Landes erscheint angesichts derartiger Rückfälle ins finstere Mittelalter doch äußerst fragwürdig, wenn, wie in Nicaragua derart starke politische und theologische Differenzen zwischen der Amts- und der Volkskirche bestehen.

Auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung um Nicaragua hält sich die katholische Kirche der BRD vornehm zurück. Der Hauptgeschäftsführer von Misereor, Prälat Norbert Herkenrath, vermeidet bei diesem Thema eine Konfrontation mit der Bundesregierung. Sein evangelisches Pendant hingegen, der Direktor von BfdW, Pfarrer Otto Hahn, kritisierte die Bundesregierung öffentlich wegen des Einfrierens der Nicaragua-Hilfe und der Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit El Salvador.

Die kleineren Entwicklungshilfeorganisationen stehen stärker als die Kirchen vor dem Problem, eventuell zu Trabanten staatlicher Instanzen umfunktioniert zu werden, Diesem Problem können sie nur entgehen, wenn sie über genügend eigene Ressourcen, sprich ein entsprechendes Spendenaufkommen, verfügen oder sich andere Finanzierungsquellen erschließen können (terre des hommes, medico international).

Durch die Wende in Bonn haben einige NRO's offensichtlich Angst bekommen, beispielsweise weiterhin Nicaragua-Projektvorschläge im BMZ zur Bezuschussung vorzulegen. Sie wissen, daß das nicht gern gesehen wird und daß damit das Verhältnis zum Geldgeber eventuell belastet werden könnte.

Wenn dann doch noch Projekte vorgelegt wurden, dann entsprechend der Richtlinien und Förderungskriterien des BMZ, die für Nicaragua u. a. darin beste-

hen: Keine Zusammenarbeit mit staatlichen Trägern!

Solcherart Wohlverhalten schlägt sich dann nieder in der Bearbeitungsdauer von Anträgen zu Nicaragua. Die Deutsche Welthungerhilfe hat, wie sie sagt, keinerlei Probleme, die Anträge werden zügig und normal bearbeitet. Andere Organisationen, die noch mit staatlichen Trägern in Nicaragua zusammenarbeiten, klagen über eine systematische Verschleppung ihrer Anträge. Den politischen Hintergrund versucht die BMZ-Bürokratie mit Kategorien wie „entwicklungspolitisch nicht sinnvoll" zu verschleiern. Mit derartigen Begründungen erzwingt sie Änderungen an den Vorlagen oder lehnt sie gänzlich ab, wie bei einem Antrag der zu 100 % vom BMZ finanzierten Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE) geschehen.

Kritik am BMZ leisten sich öffentlich nur Organisationen, wie beispielsweise Terre des Hommes, das darauf bedacht ist, nicht mehr als 10 % seiner Arbeit vom BMZ bezuschußt zu bekommen, um die Unabhängigkeit bewahren zu können, oder auch „Brot für die Welt" (BfdW), das sich ausschließlich aus Spenden finanziert und von BMZ-Geldern unabhängig ist. Andere Organisationen leben bis zu 50 % von der „Gnade" des BMZ.

Die Auseinandersetzungen zwischen BMZ-kritischen Organisationen und BMZ haben sich in der letzten Zeit verschärft. An einer mit international anerkannten Experten besetzten Tagung zu Nicaragua und El Salvador, die Medico, tdh, Eirene und die Christliche Initiative El Salvador im Januar '85 in Köln durchführten, nahm trotz mehrfacher Einladung kein BMZ-Vertreter teil. Die Begründung von Minister Warnke: Er habe sich schon hundertmal zum Thema geäußert und dem nichts mehr hinzuzufügen.

Von den politischen Stiftungen der im Bundestag vertretenen Parteien (Ausnahme die Grünen) sind die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Friedrich-Naumann-Stiftung in Nicaragua aktiv. Die FES reduzierte nach anfänglich starker Unterstützung schon 1981 ihre Hilfe um rund 2/3 des Etats, da es bis dahin nicht gelungen war, die politisch-materielle Unterstützung in konkreten Einfluß auf die Politik der Sandinisten umzusetzen.

Der Rückzug der FES verlief parallel zur Politik der Bundesregierung. Die FNS hat in der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI) einen natürlichen Ansprechpartner in Nicaragua, der zudem in Opposition zur regierenden FSLN steht.

Der Etat der FNS für die Arbeit in Nicaragua ist ca. doppelt so hoch wie der der FES, dies obwohl die Naumann-Stiftung nur einen Jahresetat von rund 33 Mio. DM gegenüber 66. Mio. DM der FES für ihre weltweiten Aktivitäten zur Verfügung hat.

Während die FDP als Koalitionspartner in Bonn die Streichung und Einstellung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua mit verantwortet und trägt, fördert sie über die FNS entwicklungspolitische Projekte in Nicaragua.

Die Aktivitäten und Projekte der Solidaritätsbewegung

Das Spektrum der Solidaritätsbewegung mit Nicaragua hat eine Breitenstreuung erreicht, wie sie noch keiner Befreiungsbewegung oder Revolution in den letzten 25 Jahren zugute kam. Sie ist verankert in Kirchengemeinden, der Gewerkschaftsbasis, Jugendverbänden, drückt sich aus in für bestimmte Projekte gegründeten Unterstützervereine und reicht bis zu Nicaragua-Mittelamerika Komitees, deren Arbeit entschieden von einer Kapitalismus- und Imperialismuskritik geprägt ist. Gemeinsam ist den verschiedenen Gruppen der Solidaritätsbewegung der Versuch, den verzerrten Darstellungen und Diffamierungen Nicaraguas in einem Großteil der BRD-Medien durch eine vielseitige Öffentlichkeitsarbeit entgegenzuwirken. Darüberhinaus bringt die Solidaritätsbewegung für Nicaragua aus Spenden und Eigenmitteln erhebliche Summen zusammen und leistet auch personelle Hilfe. Dabei stehen nicht unbedingt entwicklungspolitische Erwägungen im Vordergrund, die Hilfe wird eher als politische Solidarität verstanden. Nur so ist es erklärbar, daß mit zunehmender US-Agression die Solidaritätsbewegung finanziell und personell ihre Unterstützung gesteigert hat. Deutlichstes Zeichen hierfür sind die seit Dezember 83 kontinuierlich arbeitenden Ernte-, Bau- und Medizinbrigaden.

Da es nicht allein darum ging in Nicaragua Präsenz zu zeigen, sondern die Arbeitsbrigadenkampagne auch in der BRD politisch zu diskutieren, wurden verschiedene Aufrufe hierzu verfaßt. In ihnen drückte sich die Breite, aber auch die unterschiedlichen Auffassungen darüber

Bonn blockiert Stipendien für Nicaragua

Seit nunmehr 25 Jahren gibt es in der Bundesrepublik das ASA-Programm (Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika).

Es entstand 1960 als studentische Initiative und entwickelte sich seitdem zu einem entwicklungspolitischen Studienprogramm für Studierende aller Fachrichtungen. Jährlich reisen zur Zeit rund 130 ‚ASATEN' in ein Land der Dritten Welt und sammeln dort erste praktische Erfahrungen. Für viele bedeutet das Stipendium den Einstieg in das Berufsfeld ‚Entwicklungspolitische Zusammenarbeit' oder Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit.

ASA wird zu mehr als 90 % aus Mitteln des BMZ finanziert. Kennzeichnend für den Charakter des Programms war bislang, trotz der finanziellen Abhängigkeit, eine relativ weitgehende Autonomie und Mitbestimmung bei der Programmgestaltung, der Auswahl von Projekten und Teilnehmer und der Abwicklung des Ganzen durch studentische Vertreter.

Seit einigen Jahren, vor allem aber seit dem Regierungswechsel im Jahre 1982, wird seitens des Hauptgeldgebers BMZ versucht, massiv in diese Autonomie einzugreifen, indem man sich beispielsweise weigert, Projekte in politische mißliebigen Ländern durchzuführen und zu finanzieren. Im Gegensatz zur bisherigen Projektpraxis wurden 1984 vier, bereits zugesagte Studienvorhaben in Nicaragua kurzerhand und ohne weitere inhaltliche Begründung, gestrichen.

Die Anfrage des SPD Abgeordneten Uwe Holtz an das BMZ „Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, die vier gut vorbereitetenProjekte des ASA-Programms in Nicaragua zu streichen?" wurde von dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMZ Volkmar Köhler am 23. Mai mit dem lapidaren Satz beantwortet: „Die Bundesregierung hält es nicht für zweckmäßig, Maßnahmen die der Motivierung junger Manschen dienen, in einem Land durchzuführen, in dem sie zur Zeit keine staatlichen Entwicklungsvorhaben fördert. Bei sachlicher Betrachtung zeigt sich, daß entsprechende Maßnahmen in anderen Ländern unter günstigeren Voraussetzen zu verwirklichen sind."

Diese, eindeutig politisch motivierte Streichung der Nicaragua-Projekte empörte die Teilnehmer des ASA-Jahrgangs 1984, die nicht gewillt waren, den massiven Eingriff geduldig hinzunehmen. Nach langen, oft kontroversen Diskussionen über die Frage ‚Was tun?' entstand die Idee, zu versuchen, die subtile Boykottpolitik der Bundesregierung gegenüber Nicaragua, die entwicklungspolitisch nicht begründbar ist, öffentlich zu machen.

Fast alle Teilnehmer des ASA-Jahrgangs 84, einige Ehemalige und Spender, zahlten aus ihrer eigenen Tasche einen Solidaritätsfonds ein, um die Durchführung eines Forschungsvorhabens über Ideologie und Praxis der bundesdeutschen Nicaragua-Politik zu ermöglichen.

Ali Schwarz und Manfred Ernst wurden ausgewählt und damit beauftragt die Untersuchung durchzuführen, deren Ergebnis nun, nach einem Jahr intensiver Recherchen in der Bundesrepublik und in Nicaragua vorliegen.

Ende Mai wird über die Untersuchung ein Buch erscheinen, welches das FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika) in Berlin herausgegeben wird. Vorbestellungen können gerichtet werden an das FDCL e. V., Im Mehringhof, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61

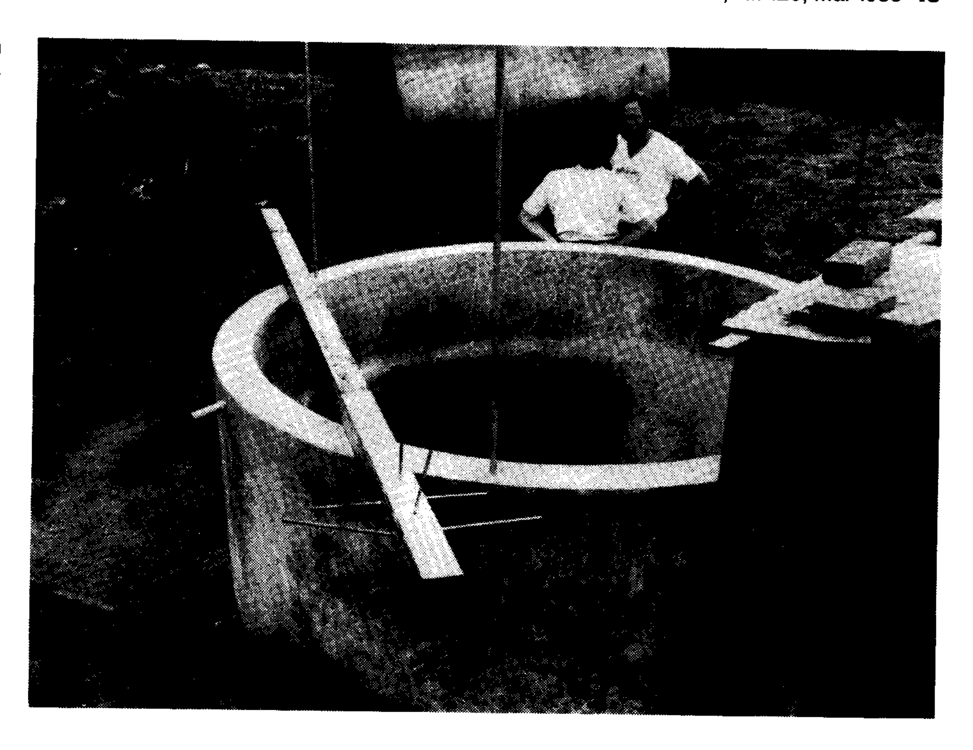
Adressen der Autoren für eventuelle Einladungen oder nähere Informationen:
Ali Schwarz, Postfach 301570,
1000 Berlin 30
Manfred Ernst, Fassmannstraße 27,
2000 Hamburg 60

aus, wie solche Auseinandersetzungen zu führen sind. Mit abnehmender unmittelbarer Invasionsgefahr und zunehmender Projekt- und Brigadentätigkeit litt die in der BRD politisch zu führende Diskussion dieses Themas darunter. Ein Defizit, das mittlerweile erkannt worden ist. Bleibt zu hoffen, daß die inhaltlichen Auseinandersetzungen und Vorbereitungen zum Weltwirtschaftsgipfel '85 in Bonn, bei denen die Solidaritätsbewegung engagiert mitarbeitet, auch dazu führen, die politische Dimension ihrer Arbeit wieder stärker zu berücksichtigen.

Vollständige Angaben über Spenden und die Zahl der Brigadisten zu machen ist nicht möglich, da weder in Nicaragua noch in der Bundesrepublik ein Gesamtüberblick besteht.

Trotzdem einige Zahlen:
Seit dem Bestehen des Informationsbüros Nicaragua in Wuppertal 1981, welches sich als Koordinationsstelle der Solidaritätsbewegung versteht, sind bis heute 5,9 Millionen DM gesammelt worden. Das Geld war bestimmt für Projekte oder zur freien Verfügung der FSLN.

In die Region IV/Masaya sind in den Jahren 1982–84 schätzungsweise 800000 DM geflossen, die von Unterstützergruppen für bestimmte Projekte gesammelt wurden (z. B. 70000 DM von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft/GEW Aschaffenburg für einen Schulbau in dieser Region).[4]



Bau der GTZ-Biogasanlage

Fazit

1. Nicaragua ist kein Fallbeispiel für die Wende in der Entwicklungspolitik nach dem Regierungswechsel in Bonn.

Schon die SPD/FDP Regierung ging seit 1981 auf Distanz zu den Sandinisten, schon unter der SPD geführten Regierung kam der Fluß der Gelder nach Nicaragua ins Stocken.

Die Möglichkeiten der SPD als Regierungspartei wurden nicht genutzt, die notwendigen Regierungsverhandlungen zur Abwicklung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit nicht in die Wege geleitet. Am Tag seiner Entlassung unterschrieb der damalige SPD-BMZ-Minister Offergeld ein Regierungsabkommen mit Moçambique und stellte damit die Weichen für eine langfristig angelegte entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Dies wurde gegenüber Nicaragua nicht gemacht, obwohl etwas ähnliches möglich gewesen wäre — hätte man es gewollt.

Die Haltung von SPD/FDP/CDU/CSU gegnüber Nicaragua ist, wenn auch unterschiedlich stark, geprägt von der Unterordnung entwicklungspolitischer Grundsätze unter außen- und bündnispolitische Leitlinien. Somit markiert der Amtsantritt Präsident Reagans 1981 in viel stärkerem Maße den Zeitpunkt der Wende in der Politik der Bundesregierungen gegenüber Nicaragua als der Regierungswechsel in Bonn ein Jahr später.

2. Wie die repräsentative Befragung des Spektrums offizieller Entwicklungshelfer und Experten (GTZ und DED), wie auch von Repräsentanten und Helfern anderer Organisationen *übereinstimmend* ergab, sind die politischen Rahmenbedingungen für eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit in Nicaragua um ein vielfaches besser als in den meisten Staaten der Dritten Welt.

Hemmnisse wie eine korrupte Bürokratie als ein Hauptübel entwicklungspolitscher Zusammenarbeit sind in Nicaragua so gut wie nicht vorhanden. Die grundbedürfnisorientierte und partizipatorische Entwicklungsstrategie der nicaraguanischen Regierung nach 1979 wird von den vom BMZ bezahlten Experten und Entwicklungshelfern ebenfalls übereinstimmend als vorbildhaft charakterisiert.

Die von der Bundesregierung immer wieder in die Diskussion gebrachten Begündungen für die Streichung und Kürzung der Entwicklungshilfe an Nicaragua; Nicaragua destabilisiere die Region, es gebe keine demokratischen Freiheiten, Nicaragua sei nicht wirklich blockfrei, die sinnvolle Verwendung der Gelder sei nicht gewährleistet usw. wurden von den in Nicaragua arbeitenden deutschen Entwicklungshelfern nicht geteilt und als Pro-



Contra-Überfall auf Ocotal 1. 6. 1984

paganda interpretiert, die nichts mit der Realität im Land zu tun habe.

3. Anhand der heute noch in Nicaragua sehr engangiert arbeitenden NRO's läßt sich ein in den letzten 20 Jahren verändertes Verständnis von Entwicklungspolitik nachzeichnen. Lag der Schwerpunkt in den frühen 60er Jahren noch auf humanitär-caritativer Katastrophenhilfe und sah man in der Entwicklungshilfe ein Instrument, den Entwicklungsländern den Anschluß an die Industrienationen zu erleichtern, gehen die NRO's heute davon aus, daß nur strukturelle Veränderungen wirkliche Veränderungen mit sich bringen können. Damit meint man eine Entwicklung, die auf den eigenen Ressourcen der Entwicklungsländer aufbaut, eine Entwicklung, die Grundbedürfnisse wie Bildung, medizinische Versorgung und ein menschenwürdiges Auskommen garantiert. Entwicklung, die die Bevölkerung aktiv in diesen Umwälzungsprozeß einbezieht. Langfristig geht dieser Ansatz davon aus, daß eine andere gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Weltordnung notwendig ist.

Unter den Schlagworten „Hilfe zur Selbsthilfe", „Bewußtseinsbildung", „grundbedürfnisorientierte Strukturveränderungen" unterstützen die NRO's in Nicaragua eine emanzipatorische Entwicklung. Aus diesem Selbstverständnis ergibt sich für sie auch eine Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik, die jedoch, abhängig vom jeweiligen politischen Selbstverständnis sehr unterschiedlich ausfällt.

4. Alle ökonomische Hilfe bleibt zweifelhaft, wenn sie durch militärische Angriffe wieder zerstört wird. Nicaragua braucht in erster Linie eine politische Unterstützung die die USA zur Einstellung des Krieges bewegt, um die Chance zu haben, sein Entwicklungsmodell weiterzuführen. In dieser politischen Unterstützung liegt die Bedeutung der Solidaritätsbewegung. Die große Zahl von Nicaragua-Reisenden aus diesem Bereich hat zu einem realistitscheren Bild über Nicaragua beigetragen und eine politische Isolation mitverhindert.

Der ökonomische Beitrag, der verglichen mit den Summen der NRO's und der Bundesregierung gering erscheint, ist trotzdem nicht zu unterschätzen, da mit diesen Geldern beispielsweise Projekte wie Flüchtlingsansiedlungen ermöglicht wurden, und man in Kriegsgebieten arbeitet.

Die in der Heterogenität und Dezentrlität liegende Mobilisierungskraft der Solidaritätsbewegung (Mulitplikatoreffekt) hat allerdings auch Schattenseiten. So ist die Solidaritätsbewegung konjunkturabhängig. Das heißt, die Intensität der Unterstützung ist stark von den politischen Prozessen in Nicaragua selbst abhängig. Zum anderen gibt es eine zu konstatierende Euphorie und Überschätzung der eigenen Kräfte. Oft werden bei der nicaraguanischen Bevölkerung Erwartungen geweckt, die im Nachhinein nicht erfüllt werden können.

5. Mit dem Buch „Tödliche Hilfe" von Brigitte Erler liegt erstmals eine kritische Analyse aus der Sicht einer Dissidentin der Bonner Entwicklungshilfe-Bürokratie vor, die eine wertvolle und anschauliche Ergänzung zu den theoretischen Überlegungen von beispielsweise Senghaas und Myrdal ist.

Betrachtet man die entwicklungspolitische Praxis der letzten Jahrzehnte, so ist Brigitte Erler generell zuzustimmen: Entwicklungshilfe ist schädlich, hat oft auch tödliche Konsequenzen. Die daraus gezogene Schlußfolgerung einer sofortigen Einstellung der Entwicklungshilfe sollte allerdings differenzierter betrachtet werden.

Wie die Empiriker und Praktiker, so haben auch wir in unserer Fallstudie festgestellt, daß Entwicklungshilfe nur dann sinnvoll sein kann, wenn, wie in Nicaragua, die politischen Rahmenbedingungen für eine auf den Ressourcen des Landes aufbauende Entwicklung und einer tatsächlich praktizierten Grundbedürfnisstrategie, vorgegeben sind. Doch gerade solche Entwicklungen wie in Nicaragua werden blockiert, weil sie der Logik weltweiter Abhängigkeitsstrukturen im Ansatz widersprechen.

Die in diesem Zusammenhang in der neueren entwicklungspolitischen Diskussion erörterten Vorschläge für solche Länder wie Nicaragua öffentliche Mittel nicht mehr durch zwischenstaatliche Kooperation, sondern ausschließlich über Nicht-Staatliche Träger zu vergeben, entsprechen nicht den machtpolitischen Realitäten in der BRD. Eine derartige Entstaatlichung der Entwicklungshilfe greift zu kurz, weil durch eine bloße Umverteilung der Mittel auf Nicht-Regierungsorganisationen die systemmimanenten Strukturen nicht aufgebrochen werden. Nur Bewußtseinsveränderungen, die über Öffentlichkeitsarbeit eingeleitet werden müssen und die in ihrer Konsequenz zu radikalen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen führen, können den scheinbar unabänderlichen Teufelskreis von Hunger, Elend, Ausbeutung und neuer Abhängigkeit durchbrechen. Vor diesem Hintergrund sind die von kleinen Teilen der Evangelischen Kirche, medico international, terre des hommes und großen Teilen der Solidaritätsbewegung propagierten konzeptionellen Vorstellungen richtungsweisend.

Anmerkungen

Telefonische Auskunft:

Terre des Hommes	vom	5.3.1985
MISEREOR (Aachen)	vom	5.3.1985
BfdW	vom	7.3.1985
EIRENE	vom	8.3.1985
DWHH	vom	8.3.1985
EZE	vom	7.3.1985
ÖMW	vom	12.3.1985

Schriftliche Auskunft:
ASW vom 8.3.1985

Die politischen Stiftungen:
(Friedrich Naumann und Friedrich Ebert Stiftung)

Nach telefonischer Anfrage wurde mitgeteilt, man müsse solcherlei Auskünfte (gefragt war nach dem Umfang der finanziellen Mittel für Nicaragua von 1979—1984) schriftlich nachfragen.

Die Antwort beider Stiftungen war fast gleichlautend: „Sehr geehrter Herr Ernst, wir danken Ihnen für Ihren Brief vom 6. März. Leider kann die Stiftung grundsätzlich keine Angaben über Projektförderungssummen machen. Dies ist auch zum Schutz unserer Partner so, was Ihnen insbesondere im Fall Nicaragua verständlich sein wird."

Die Antwort der FNS. Unterschied zum Schreiben der Konkurrenz: Die Ebert Stiftung bedauerte um eine Nuance mehr und schickte mir noch Ihren Hochglanz-Jahresbericht.

Somit beruhen unsere Zahlenangaben auf informellen Informationen von Mitarbeitern der Stiftungen, deren Namen wir, auch wir bitten um Verständnis, nicht nennen möchten.

Erläuterungen zu den in der Tabelle auftauchenden Abkürzungen:
FACS: Sandino Stiftung; ist für die Koordination der für die nicaraguanische NRO's ins Land fließenden Gelder zuständig.
AMNLAE: Sandinistische Frauenorganisation
CST: Sandinistische Arbeiterbewegung
UNAN: Staatliche Universität
MIDINRA: Landwirtschaftsministerium
ATC: Sandinistische Landarbeitergewerkschaft
JS: Sandinistische Jugendorganisation
LA PRENSA: stramm antisandinistische Oppositionszeitung
PLI: Liberale Partei (Schwesterpartei der FDP)
CECOOP: Von der PLI dominierter Genossenschaftsverband

2. Entgegen der telefonischen Auskunft des Sachbearbeiters vom 8.3.1985 gibt die DWHH in einem Leserbrief der Frankfurter Rundschau vom 28.3.1985 an, sie habe im Zeitraum 1979—1984 eine Million DM mehr (6.988 Mio. DM) für Nicaragua gegeben.
3. Barricada vom 2. November 1984
4. Da in den Blättern schon des öfteren ausführlich über die Solidaritätsbewegung geschrieben wurde ist dieses letzte Kapitel aus Platzgründen knapp gehalten.

Rezensionen

Neuere Literatur zu Nicaragua

Die US-amerikanischen Militärs sind zu der Auffassung gelangt, daß ihre Niederlage im Vietnamkrieg im Wesentlichen auf den Widerstand breiter Kreise der amerikanischen Öffentlichkeit zurückzuführen war, der es ihnen politisch unmöglich machte, ein größeres Vernichtungspotential gegen das vietnamesische Volk einzusetzen. Aus dieser Erfahrung haben sie den Schluß gezogen, daß sie ihre modernen Kolonialkriege nur dann erfolgreich führen können, wenn es ihnen gelingt, dei eigene Bevölkerung von der Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit dieser Kriege zu überzeugen: Der Krieg gegen Nicaragua wird daher begleitet von einer Propagandaschlacht in den Medien der westlichen Welt und seine weitere Eskalation hängt direkt vom Erfolg dieser Kampagne ab.

„Der Krieg hat heute zwei Fronten. Die Contra, organisiert in den beiden militärischen Formationen FDN (‚Nicaraguanische Demokratische Front') und ARDE (‚Revolutionäre Demokratische Allianz') operiert von Honduras und Costa Rica aus mit insgesamt 15.000 bezahlten Söldnern.

Die zweite Schlacht wird in den Medien der westlichen Welt geschlagen. Der einende Grundgedanke des Sandinismus ist die dauerhafte Befreiung von der Vorherrschaft der USA — ein Ziel, das den Nerv der US-Außenpolitik trifft, die seit der Monroe-Doktrin von 1823 Lateinamerika als ‚Hinterhof' der USA im Griff hält. In den Worten von Präsident Reagan ‚betrifft, was in Lateinamerika und der Karibik passiert, nicht nur unsere Nation sondern auch Amerikas Image in der ganzen Welt. Wenn wir so nahe der Heimat nicht entschlossen handeln können,wer wird uns dann noch irgendwo glauben?' Deshalb rollt unter Führung des Weißen Hauses und des State Department die Propagandawelle, die aus dem Sandinismus ein diktatorisches Unrechtsregime und aus den Contras ‚Freiheitskämpfer' macht. Deshalb sterben Frauen und Kinder, Landarbeiter und Milizsoldaten in Nicaragua — ermordet von bestausgerüsteten Trupps, die, gelenkt von US-Aufklärungsflugzeugen, tief in das Land vorgestoßen sind.

Zur Eindämmung der Solidarität mit dem bedrohten Nicaragua hält die westliche Führungsmacht gegenüber ihren Verbündeten die Legende vom Bürgerkrieg in Nicaragua aufrecht. In den Medien der Bundesrepublik und Westeuropas heißen die Contras ‚Rebellen' und ‚Widerstandskämpfer'."

(Aus dem Vorwort zu dem Buch von Dieter Eich und Carlos Rincón: **La Contra** Der Krieg gegen Nicaragua, Konkret Literatur Verlag Hamburg 1984, 192 S. DM 18,—).

Solidarität gegen den Krieg der Contra

Wenn Ronald Reagan sich zur Zeit wieder einmal gewaltig anstrengt, um vom Kongreß 14 Mio $ für den Krieg der Contra bewilligt zu kriegen, so geht es ihm dabei nur am Rande ums Geld. Die Spenden, die die Contra von Privatleuten aus den USA und über dunkle Kanäle aus dem Staatssäckel erhält betragen mit Sicherheit ein Vielfaches dieser 14 Millionen. Reagan will dadurch, daß er den Kongreß dazu bringt sich für die sogenannten Freiheitskämpfer einzusetzen, eben jenen nationalen Konsens fördern, den er für den weiteren Erfolg des Krieges für unerläßlich hält.

Für die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua ergibt sich daraus nicht nur in den USA die Aufgabe, sich dieser Herausforderung zu stellen: Solidarität mit Nicaragua muß in dieser Situation in erster Linie heißen Öffentlichkeitsarbeit gegen den Krieg der USA und der von ihnen finanzierten Mörderbanden der Contra. Erst wenn klar gemacht wurde, von wem und mit welchen Mitteln gegen Nicaragua Krieg geführt wird, ist eine Grundlage geschaffen, um über Probleme und Irrwege der Sandinistischen Revolution zu diskutieren.

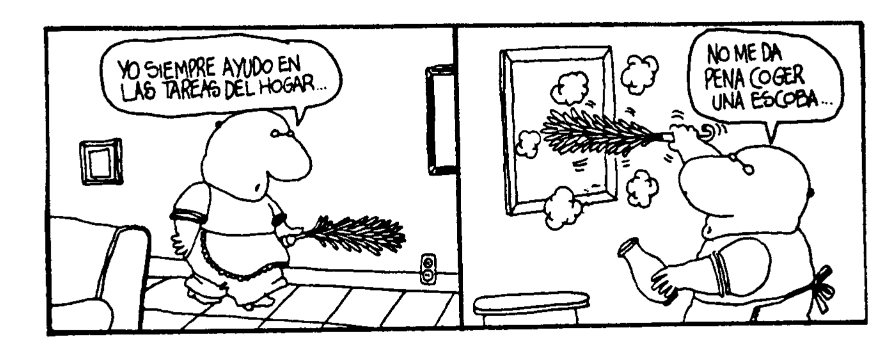
Das wichtigste unter den Büchern, die hier vorgestellt werden sollen ist daher die oben zitierte Reportage über die „Contra". Das Buch besteht aus 16 Interviews mit Contras, die teils in nicaraguanischen Gefängnissen, teils in Miami, Costa Rica und Honduras gemacht wurden. Leider werden keine Angaben zum Zustandekommen der einzelnen Interviews gemacht.

In der Nähe des kleinen Ortes Pantasma im Norden Nicaraguas tötete im April 1983 ein Kommando der Contra 13 Personen, die in einen Hinterhalt geraten waren. Unter ihnen war der Freiburger Arzt Albrecht „Tonio" Pflaum. Einer seiner Mörder berichtet:

„Um halb fünf kamen wir an die Straße. Wir fingen gleich an, die Straßensperre vorzubereiten. Bald waren wir damit fertig. Und dann fing der Hinterhalt an. Es gerieten einige Autos in den Hinterhalt... Dann kam ein Lastwagen, der hatte eine Ladung Limonadenflaschen. Die haben wir uns runtergeholt und getrunken. Dabei waren wir noch, als ein blauer Jeep mit dreizehn Personen auftauchte. Den haben wir gleich aufs Korn genommen. Die dreizehn Personen, die drin waren sind ausgestiegen und haben sich in einer Reihe vor uns aufgestellt. Alle dreizehn. Es waren drei Krankenschwestern darunter. Jimmy Leo, Polo und Rubén machten sich gleich dran, alle drei zu vergewaltigen. Die Frauen flehten, daß sie aufhören sollten, aber keinen kümmerte das. Nach der Vergewaltigung feuerten sie Salven von 20 Schuß aus dem FAL in Kopf und Brust von jeder Frau.

Dann ging Jimmy Leo auf einen zu, der wie ein Ausländer aussah. Der sagte: ‚Hört mit der Schießerei auf, wir sind Zivilpersonen. Ich bin ein Arzt aus Deutschland. Bringt uns nicht um!' Jimmy ließ sich nicht davon beeindrucken und als der Ausländer nochmal rief: ‚Bringt uns nicht um!', da fing Jimmy Leo an, ihn voll aus dem FAL zu beschießen, vom Kopf runter bis in die Brust. Nachdem er dem Doktor die Salven in Kopf und Brust geschossen hatte, wandte sich Jimmy Leo an mich, Eduardo López Valenzuela. ‚Nun bist du dran', befahl er mir. Da ging ich eben auch hin und tötete eine Person, die blaue Hosen und ein weißes Hemd anhatte. Ein Schuß nach dem anderen aus dem AKA, fünf in den Kopf und nochmal fünf in die Brust.

Als sie alle tot waren, waren wir zufrieden. Froh waren wir und riefen ein ums



Ich helfe immer bei der Hausarbeit!
Ich schäme mich nicht, einen Besen in die Hand zu nehmen!

andere mal: ‚Mit Gott und Patriotismus stürzen wir den Kommunismus!' und ‚Es lebe der FDN!'".

Während das obige Zitat von einem der naiven Mitläufer der Contra stammt, sind die meisten der Interviewten ehemalige Mitglieder von Somozas Nationalgarde, die sehr genau wissen, was sie tun und mit brutaler Offenheit auch dazu stehen.

Die Bauern zwischen den Fronten

Das Buch ist jedoch mehr als eine Aneinanderreihung von Greueln. Es gibt ansatzweise auch Antwort auf die Frage, warum viele Kleinbauern die Contra unterstützten, denen ihr Klasseninteresse doch eigentlich gebieten müßte, zu den Sandinisten zu halten: *„Die Bauern halten immer zum gerade Stärkeren, sonst können sie nicht überleben."* sagt selbst Comandante Bayardo Arce (taz v. 23. 3. 85)

„Ich heiße José Aquiliano Sarmiento Martinez, bin 18 und wurde am 4. Oktober 1966 in El Limón de Pucayá im Departement Ocotal geboren.'

‚Wir würden gerne wissen, wie Sie vom FDN angeworben wurden.' José: Im März, genau am 7. März 1984, wollten wir mit einer kleinen Gruppe von Freunden und Freundinnen in einem Tal in der Nähe des Dorfes Antigua den Nachmittag verbringen. Es war der Tag, an dem jedem von uns nach der Messe das Aschenkreuz auf die Stirn gezeichnet wird. Wir saßen unter einem Baum und haben uns über alles mögliche unterhalten, als wir plötzlich von einer Gruppe bewaffneter Männer umstellt waren. Wie wir später erfuhren, gehörten sie zur Kampftruppe, die von 'El Griego', dem Griechen befehligt wird. Sie kamen von Honduras her und wollten nach Pueblo Nuevo. Sie mußten also durch unser Tal. 'Hier ist der Vogel, den wir schon lange suchen', sagte einer von ihnen, der aus der selben Gegend kommt wie ich und wußte, daß mein Bruder bei den Sandinisten kämpft und ich in der Kooperative im Dorf arbeite und auch beim CDS (Sandinistisches Verteidigungskomitee, Anm. d. R.) *mitmache. Sie nahmen mich und noch zwei andere kurzerhand mit nach Pueblo Nuevo. Ich gebe zu, daß ich mehrmals die Chance hatte, abzuhauen, aber trotzdem bin ich weiter mitgegangen. Es machte mir mehr Spaß, dabei zu sein, als zurück zu meiner Familie zu gehen. 'Mach bei uns mit, sagten sie, 'Wir brauchen Leute. Wir wollen für unser Vaterland kämpfen, für ein wirklich freies Vaterland. Die jetzt an der Macht sind, kriegen einen verpaßt, da kannst du sicher sein, daß wir gewinnen werden.' Es ist so, wenn sie dich einmal geschnappt haben, spürt man selbst ein wenig von ihrer Kraft. Das macht einen an. Mich hat das gleich gepackt. Es hat mich richtig stimuliert. Ja, und da bin ich halt mitgegangen, ohne irgendwie ausgebildet zu sein, ohne was dabei zu haben."*

Gesundheitsbrigadisten

Ebenfalls sehr zu empfehlen ist das Buch des Gesundheitsladens Berlin: **„...und ich weiß, daß ich noch bleiben will"** über die Arbeit deutscher Gesundheitsbrigadisten in Nicaragua. Es enthält Hintergrundinformationen über die Problematik des zentralamerikanischen Konflikts und Nicaraguas, besonders Geschichte und Gegenwart des Gesundheitswesens, aber auch sehr persönliche Tagebauchaufzeichnungen und Erfahrungsberichte der Brigadisten, die oft gerade wegen ihres europäischen Blickwinkels geeignet sind, einem das Verständnis der nicaraguanischen Ralität zu erleichtern:

„Da ist überhaupt ganz viel verrückt, daß es hier kaum Geschirr, geschweige denn Besteck gibt. Gegessen wird in der Regel mit den Fingern oder mit der Tortilla. Da sind die gut dran, die noch im Flugzeug das kleine Plastikbesteck eingesteckt haben und die mit den Taschenmessern. wir teilen uns hier drei Tassen und vier Plastikgläser, weil ein ganz normales Glas 7,— DM kostet und ein Besteck 45,— DM."

Doch schon bald werden die Gesundheitsbrigaden mitten im Zentrum Nicaraguas von der Realität des Krieges eingeholt:

„Regen, Pfützen, Dunkelheit.
Vor der Waschküche strahlt eine Lampe grelles Licht. Aasgestank. Vor dem Tor steht ein Militärlaster mit laufendem Motor. Die Ladung ist bitter — es sind sechs Säcke, sie werden einzeln abgeladen. Compas (v. compañero, Anm. d. R.) *mit Tüchern vor dem Mund, Handschuhen; unzählige Tüten mit Chlorkalk. Sind die Compas 16 oder 17 Jahre alt?*

Vier Frauen in langen grünen Kitteln, Stiefeln, Handschuhen, Mundschutz. Ich erkenne Nieves, die Nonne, Sorayda, die Krankenschwester. Schwarze Plastiksäkke werden ausgebreitet, bestrahlt vom grellen Licht, der Chlorkalk darauf verteilt, die eingebündelte Ladung daraufgelegt und aufgeschnitten — wieder Gestank. Ist es Pablo aus Chinandega oder Pedro aus Matagalpa? Kopfschuß oder Rückenschuß? Chlorkalk über Kopf und Körper; wird eingewickelt in schwarze Plastikplane und verschnürt.

An der Leine in der Waschküche hängen sechs Uniformen, frischgewaschen. Sie werden nicht mehr gebraucht, es ist drei Tage zu spät, die Leichen können nicht mehr aufgebahrt werden. Ein Holzsarg wird zugenagelt — Chinandega steht drauf.

Das nächste Bündel, die selbe Prozedur; ein großes — der Gordito, davor Flaquito. War er 14 oder noch jünger?

Neue Pakete mit Chlorkalk. Absolute Ruhe. Es regnet weiter, die Grillen zirpen weiter, es ist wie immer.

Die rostige alte Trage wird neu beladen; der nächste Sack, die nächste Plastiktüte.

Und ich spüre eine Mischung aus Traurigkeit und Wut, spüre meinen Haß immer größer werden, will diese sechs Toten den Verantwortlichen der US-Regierung vor die Füße legen, will sie zwingen, diese Arbeit zu verrichten, jedoch ohne Handschuhe, ohne Mundschutz. Müssen den Müttern erklären, warum?? Die Verantwortlichen sind dieselben, die in Deutschland Atomraketen stationieren.

Der Verletzte ist operiert, wird er überleben? Der letzte Tote ist präpariert.

Nieves nimmt den Besen, fegt die Tüten zusammen, spült mit Wasser das Blut von der Trage. Am nächsten Morgen sieht alles aus wie immer." (S. 163/64)

(Gesundheitsladen Berlin e.V. [Hg.]: **„...und ich weiß, daß ich noch bleiben will".** Gesundheitsbrigaden in Nicaragua, edition „Schwarze Risse", Berlin 1984, 198 S. DM 12,—, Vertrieb Regenbogen, Seelingstr. 47, 1 Berlin 19. Spenden für das Projekt des Gesundheitsladens bitte auf: Medizinisches Informations- und Kommunikationszentrum, Gesundheitsladen Berlin e.V. Sonderkonto „Nicaragua" PSch. Bln (W) Nr. 38513-105

Eine neue Art von Memoirenliteratur ist aus der Mode hervorgegangen, als Arbeitsbrigadist seine Ferien in Nicaragua zu verbringen. Allein schon wegen der

Ich bin mit meiner Frau solidarisch!
Ich bin nicht wie diese Machos, die...

Sprachbarrieren nehmen viele nur einen kleinen Ausschnitt der Realität wahr, was sie oft nicht daran hindert, gleich nach ihrer Rückkehr eine Broschüre auf den Markt zu werfen.

Wer sich für die Realität der Arbeitsbrigaden interessiert, dem kann man am ehesten das Buch des Journalisten Reimar Paul empfehlen, der seine Erfahrungen nach zehn Wochen Nicaragua in einem unprätentiösen Stil schildert und in lesbarer Form einige Zusatzinformationen einstreut, ohne gleich so zu tun, als wisse er nun alles über Nicaragua. Man erfährt dabei auch etwas über die BRD, z.B. wenn es bei der Vorbereitung der Reise zu Streitereien verschiedener Szene-Grüppchen kommt, ob man die Brigade nun „Krefeld, 25.6." oder „Cemal Altun" nennen soll.

Reimar Paul: **Zwischen den Jahren.** Mit den Arbeitsbrigaden in Nicaragua, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1984, 156 S. DM 14,80.

An einer gewissen Befangenheit im linken BRD-Millieu bzw. dessen nicaraguanisches Entsprechung krankt das Buch von Lisa Luger und Bärbel Sulzbacher: „Somos", das in zahlreichen Interviews meist politisch engagierte Nicaraguanerinnen vorstellt. Man bekommt zwar eine Vorstellung vom entbehrungsreichen Alltag und vom Heroismus dieser Frauen, doch wäre zweifellos ein besseres Bild der Lage der nicaraguanischen Frauen entstanden, wenn die Autorinnen, die sich nur kurz im Land aufgehalten haben, sich öfter getraut hätten, das Milieu zu verlassen, in dem sie sich anscheinend bewegt haben, um mehr politisch indifferente oder reaktionäre Frauen zu interviewen.

Lisa Luger, Bärbel Sulzbacher: **Somos** — Nicaraguas Frauen zwischen Alltag und Befreiung, FDCL Berlin 1984, 286 S. DM 12,80. Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61.

„Glattrasiert wie Ronald Reagan"

In zwei Leserbriefen an die französische Zeitung „Le Monde" setzt sich der argentinische Schriftsteller Julio Cortázar mit deren Nicaragua-Berichterstattung auseinander und stellt an einigen Formulierungen und Details dar, wie dort unterschwellig Sympathiewerbung für die Reaktion betrieben wird:

„Warum... — es mag nichtig erscheinen, aber was ist schon nichtig in diesem Spiel um Leben und Tod, in dem sich Nicaragua befindet — beschreibt er (der Journalist Marcel Niedergang)*den Comandante Bayardo Arce als jemanden ‚mit einer Zigarre im Mund und einem Bart á la Fidel Castro'? An keiner anderen Stelle beschreibt er etwa* (den Oppositionspolitiker) *Robelo als ‚Zigarettenraucher und glattrasiert wie Ronald Reagan'... Der Titel gleich als erstes: Die beschlagnahmte Revolution. Ein treffliches Beispiel der europäischen ‚Blauäugigkeit', wie man das nennen könnte. Wir haben sie am Beispiel Cubas zur Genüge kennengelernt. Erste Phase: Ah, die Revolution! Oh, die Revolution! Alles erscheint vollkommen aus der Sicht der Unvollkommenheit und der Nostalgien Europas. Wieder einmal wird das Bild des ‚guten Wilden' heraufbeschworen, die Reinheit, das endlich verwirklichte Ideal der Freiheit. Zweite Phase: Die Revolution (deren Reinheit nur zwei Wochen anhält, sagte einmal Jean Cocteau...) läßt ihre inneren Konflikte sehen, ihre Grenzen und ihre Schlacken, sie geht zum Angriff über und verteidigt sich mit allen Kräften, was nur menschlich, allzu menschlich ist. Die Reaktion der europäischen Blauäugigkeit: Oh, welche Enttäuschung! (Und jede Enttäuschung bewirkt automatisch offene oder verschleierte Gegnerschaft). Dritte Phase, die jetzige: Die enttäuschte Engelsunschuld rächt sich, indem sie Irrtümer und Fehlschläge bedauert und kritisiert. Und nur davon spricht, oder fast nur..." (S. 63ff)*

Als persönlicher Freund Thomás Borges hat Cortázar ein wenig unkritisch und aus der Vogelperspektive betrachtet, trotzdem ist sein Buch und Borges Vorwort lesenswert.

Julio Cortázar; **Nicaragua, so gewaltsam zärtlich,** Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1984, 126 S. DM 12,80.

Nicaragua ist ein kleines Land, das wenig Intellektuelle hervorgebracht hat, und wo erst nach der Revolution der erste Buchverlag gegründet wurde. Auch die Bücher über Nicaragua, nicht nur auf dem deutschen Markt, sind daher meist Reiseberichte europäischer Intellektueller, wenn man von der Kultfigur Ernesto Cardenal einmal absieht. Deshalb soll hier die Autobiographie des Nicaraguaners Omar Cabezas erwähnt werden, der seine Erfahrungen in der Studentenbewegung und im Befreiungskampf gegen Somoza schildert. Der deutsche Titel, mit dem der Peter-Hammer-Verlag wohl einen Preis für den idiotischsten Buchtitel der Saison gewinnen wollte: „Die Erde dreht sich zärtlich, Compañera", hat mit dem Inhalt nichts zu tun und verdreht die Intention des Autors, dem es gerade darum geht, das Leben der Guerrilleros realistisch und ohne jeden Romantizismus in seiner ganzen Erbärmlichkeit von Dreck, Selbstzweifeln, Moskitos und vollgeschissenen Hosen zu zeigen. Zugleich wird humorvoll das Alltagsleben im Nicaragua Somozas geschildert. (Auf spanisch heißt das Buch „Das Gebirge [wo sich der Guerillakrieg abspielt, Anm. d. R.] ist mehr als eine große grüne Steppe"; wie die Zärtlichkeit in den Buchtitel kommt, ist auch im Fall von Cortázar nicht ganz ersichtlich, dort heißt es „dulce" was „süß" oder allenfalls „sanft" bedeutet).

Informationen für die Solidaritätsbewegung

Wichtiger für die aktuelle politische Auseinandersetzung um Nicaragua und Mittelamerika sind zwei Publikationen der Edition Nahua, vor allem die Broschüre von Andreas Gampert: „Die Auseinandersetzung um die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Nicaragua", die in zahlreichen Dokumenten die verlogene Argumentation entlarvt, mit der den Sandinisten der Geldhahn abgedreht wurde. Von der „unpolitischen" Argumentation, es fehle an geegneten Entwicklungsprojekten ging man schnell zu offenen Drohungen über: Nicaragua habe an Beispiel von Grenada gesehen, daß „man nicht ungestraft seine Souveränität mißbrauchen kann." (Minister Warnke in der „Welt" vom 16.12.83) Die Dokumentation reicht zwar nur bis zum Frühjahr 1984, bietet aber detaillierte Fakten, die für die Diskussion weiterhin nützlich sein können.

Andreas Gampert: **Die Auseinandersetzung um die Entwicklungshilfe der BRD für Nicaragua,** Edition Nahua, Wuppertal 1984, 64 S. A4, DM 6,—.

Schließlich ist auch die Loseblattsammlung „Intervention in Mittelamerika und der Karibik" zu erwähnen. Hier kommen insbesondere US-amerikanische Gegner und Befürworter der Zentralamerika-Politik Reagens zu Wort, auch Reagan selbst.



in ihrer Frau nur ein Objekt sehen!

R. Sanchez, Karikaturen aus Nicaragua, Edition Nahua, 1985, DM 12,-

Jochen Hippler: **Intervention in Mittelamerika und der Karibik.** Materialien und Dokumente. Loseblattsammlung im Ordner (wird fortgesetzt), 128 S, A4, DM 19,80,–, Edition Nahua, Wuppertal 1984.

Einen Überblick über die wichtigsten Problemkreise von Ökologie, Landwirtschaft und Umweltplanung in Nicaragua gibt die Bröschüre von P. Schwiebert und H. Thielen: **Landwirtschaft und ökologische Planung in Nicaragua,** Bezug gegen 5,– DM Solidaritätsbeitrag: H. Thielen Fachbereich 14, TU Berlin, Franklinstr. 28/29, 1 Berlin 10

Zeitschriften:

envío, Hrsg.: Instituto Historico Centroamericano, Managua: deutsche Ausgabe erscheint bei Edition Nahua, Wuppertal, Einzelheft DM 5.–, Halbjahresabo DM 20.

Regierungsnah, aber nicht unkritisch, bietet eine Fülle von Informationen und Statistiken zur Entwicklung in Nicaragua, wichtig für jeden, der die Vorgänge in Nicaragua im Detail verfolgen will.

Informativ ist auch die Zeitschrift des Vereins „Monimbó" in Dietzenbach, der eine Reihe von Solidaritätsprojekten in Nicaragua unterstützt:

Monimbó, Hrsg.: Verein Monimbó e.V., c/o DGB Ortskartell, Schäfergasse 15, 6057 Dietzenbach, Einzelheft DM 2,50.

Unterrichtsmaterial:

Sekundarstufe I: GEW (Hg.): **Nicaragua** Hamburg 1983, ca. 100 S. DM 12.–. Im Vergleich mit dem gut ausgearbeiteten didaktischen Konzept ist der Materialteil etwas dürftig.

Sekundarstufe II:

Wochenschau Nr. 4: „Nicaragua", Pluralistisch-wertfreier Ansatz, aber reichhaltige Textsammlung zu allen Aspekten des Themas, z. B. auch Pressezensur, Indianerpolitik. 48 S. DM 4,50, Bezug: Wochenschau-Verlag, A. Damaschke-Str. 103—105, 6231 Schwalbach.

Nicaragua (überarbeitete Neuauflage 1985): „Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit" Nr. 1. Themen: Geschichte Nicaraguas, Somoza-Herrschaft, Neuaufbau, Krieg, Beziehungen BRD-Nicaragua; außerdem Literatur- und Filmliste. Bezug: Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung GEB e.V., Sandstr. 15, 78 Freiburg, Loseblattsammlung, 36 S. A4, DM 6.–

cn

Unversöhnliche nationale Ansprüche

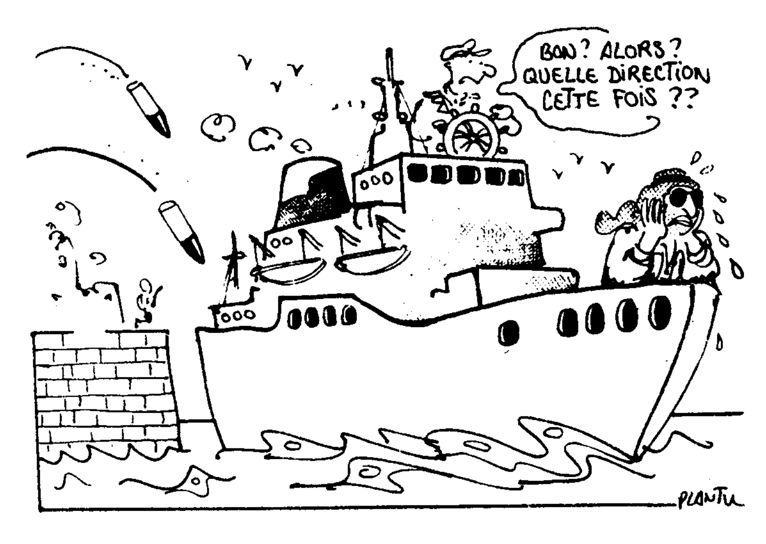
M. Pelster, H. Stüwe: Israel in Palästina, Gesellschaft für Entwicklungspolitische Bildung (GEB) e. V., Sandstraße 15, 78 Freiburg, 64 S. Din A4, 12,– DM.

Seit einigen Jahren bringt die Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung (GEB) Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit in Form von Loseblattsammlungen heraus. Die bisher veröffentlichten Materialien waren bestimmten Ländern der Dritten Welt oder übergreifenden Problemen wie Welthandel, Tourismus, Waffenexport usw. gewidmet. Unter der Nr. 19/20 wurde nunmehr ein Doppelheft zum Themenschwerpunkt „Israel in Palästina" vorgelegt (Preis 12,- DM). Die Tatsache, daß dieses Thema von den Autoren offensichtlich nur durch eine Doppelnummer zu bewältigen war, zeigt symbolhaft die Schwierigkeiten der Behandlung dieses Themas im Unterricht.

Die Materialien bestehen aus Dokumenten, Presseartikeln, Auszügen aus Aufsätzen von Fachzeitschriften und Fachbüchern sowie Interviews. Zur Veranschaulichung verschiedener Probleme werden Karten, Strukturtafeln und Bilder eingesetzt. Inhaltlich sind die Materialien in verschiedene Schwerpunkte eingeteilt. Jedem dieser Schwerpunkte wurde ein Leitfaden für den Lehrer/Seminarleiter vorangestellt. In diesen Leitfäden werden kurze Hintergrundinformationen und Zusammenhänge dargestellt und in die einzelnen Materialien eingeführt. Vorangestellt ist den Materialien eine Länderinformation Israel, die einen ersten Einblick in die Wirtschafts- und Sozialstruktur gibt. Diese grundlegenden Daten werden durch eine Zeittafel ergänzt. Am Ende des Doppelhefts befinden sich eine umfangreiche Literatur- und Medienliste sowie die Adressen von Organisationen, die in irgendeiner Weise mit der Region verbunden sind.

Die Autoren Mariele Pelster und Hartmut Stüwe haben für die Materialsammlung den historischen Ansatz gewählt. Der erste Schwerpunkt ist dem Themenbereich Antisemitismus/Zionismus gewidmet und beinhaltet Materialien zum Antijudaismus, zur Emanzipation der Juden und dem neuen Antisemitismus im 19. Jahrhundert sowie der Entwicklung des Zionismus. Der 2. Teil beschäftigt sich mit Palästina vor der Gründung des Staates Israel, beleuchtet die Rolle Englands bei der Entstehung des Palästina-Konflikts und schildert die Entstehung der jüdischen Siedlungen, aber auch der palästinensischen Nationalbewegung.

Nach dieser ausführlichen Darstellung der Konfliktgenese ist der 3. Teil „Palästina heute" gewidmet. Die israelische und die palästinensische Seite des Konfliktes werden — soweit möglich — in all ihrer Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit dargestellt. In diesem Teil sind Zeitungsartikel ein wesentliches Element der Darstellung von Konfliktfeldern. Auch der Situation in den besetzten Gebieten ist ein umfangreiches Kapitel gewidmet.



„Also gut, wohin geht's diesmal?"

Nach der Intention der Autoren stellen die Materialien ein Angebot für den Benutzer dar. Form, Ablauf und Inhalt der Beschäftigung mit dem Thema sind den jeweiligen Interessen und sonstigen Bedingungen anzupassen. Vorgelegt wird also eine Materialsammlung, kein Unterrichtsmodell. Jeder Schwerpunkt wird somit zwar von einem Leitfaden für den Benutzer eingeleitet, didaktische oder methodische Hinweise sind jedoch spärlich. Im Umgang mit den Materialien ist und bleibt der Pädagoge also weiterhin gefordert.

Die Autoren sind sehr fleißig gewesen. Sie haben umfangreiches Material gesichtet, kenntnisreich ausgewählt und auch der „Nahost-Experte" wird den einen oder anderen unbekannten Text finden. Allerdings gestaltet sich manchmal die Identifizierung der Quellen schwierig, da ein durchgängiges System von Quellenangaben am Ende des Textes oder in Fußnoten nicht erkennbar ist.

Verwendbar ist das Material sicherlich frühestens in der Sekundarstufe II und in der Erwachsenenbildung. Die ausgewählten Texte sind — mit Ausnahme vielleicht der Presseartikel zu aktuellen Themen — für jüngere Jahrgänge zu schwer. Allerdings erlaubt die klare Gliederung des Materials die Behandlung einzelner ausgewählter Themenschwerpunkte oder unterschiedliche Einstiege in die Gesamtthematik. Der Umfang des Materials (64 DIN-A-4-Seiten) erlaubt zwar eine relativ ausführliche Beschäftigung mit den Problemen, mag jedoch manchen potentiellen Benutzer abschrecken.

Wenig Hilfe bietet die Literaturliste. Die unkommentierte Zusammenstellung eines großen Teiles der deutschsprachigen Nahost-Literatur der letzten Jahre läßt den Benutzer in seinem Bedürfnis nach Orientierung allein. Hier wäre weniger sicherlich mehr gewesen. Bei der Filmauswahl verfielen die Autoren leider in das andere Extrem. Die lediglich 5 genannten Filme werden ausführlich kommentiert.

Schwarz-weiß präsentieren die Autoren die vorgelegten Materialien nur grafisch („das Kopieren der Materialien in unbegrenzter Menge zu Unterrichtszwekken ist erwünscht!"). In politischer Hinsicht haben sich dagegen Mariele Pelster und Hartmut Stüwe bemüht, ein differenziertes Bild der Konflikformationen vor dem Benutzer auszubreiten. Dies zeigt sich z. B. in der Darstellung der zionistischen Opposition und der israelischen Friedensbewegung auf der einen, sowie der innerpalästinensischen Widersprüche und Rivalitäten auf der anderen Seite. Die beiden primären Konfliktparteien erscheinen somit nicht als monolithische Blöcke, sondern als gesellschaftliche Formationen, deren Strukturen ganz wesentlich von dem andauernden Konflikt bestimmt werden. Allerdings gilt es bei der Benutzung des Materials dem falschen Eindruck entgegenzuwirken, es handele sich hier um einen Konflikt, der allein zwischen Israelis und Palästinensern zu lösen wäre. Ausgeblendet bleibt nämlich weitgehend die aktuelle Bedeutung der Großmächte in dieser Region.

In der Vorbemerkung formulieren die Autoren: „Unversöhnlich stehen sich in dieser Region des Nahen Ostens zwei nationale Ansprüche gegenüber... Es muß eine Möglichkeit geben, die dem jüdischen **und** dem palästinensischen Volk eine Lebens- und Selbstbestimmungschance erlaubt." Angesichts der aktuellen Situation hegen die Autoren Sympathie für das palästinensische Volk, sie werden jedoch ihrem Anspruch gerecht, „eine kritische Beurteilung dessen zu ermöglichen, was in Palästina geschieht, die das Unabhängigkeits- und Selbstbestimmungsrecht der Völker als Maßstab anlegt und die sich zu beziehen versucht auf die Geschichte beider Völker."

Christian Sterzing

Holz zum Verbrennen

Hans Mayer/Christof Menke/Werner Siemers
Energie für die Armen?
Traditionelle Brennstoffe in Indien
Saarbrücken (breitenbach) 1984, 195 S. (ASA-Studien Bd.2)
Preis 17,-DM

ASA-Stipendiaten (ASA: Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika,Lateinamerika, Asien) müssen nach Ablauf ihres Studienaufenthalts einen Bericht abliefern, der gewöhnlich im Archiv verschwindet. Nicht alle Berichte haben das verdient, und so ist es zu begrüßen, daß sich ASA wieder einmal dazu aufgerafft hat, eine Reihe auf die Beine zu stellen, in der herausragende Berichte publiziert werden können. Als Band 2 der neuen Reihe ist jetzt eine gründliche Bestandsaufnahme der indischen Energieversorgung erschienen, die in ihrem allgemeinen Teil auch die modernen Energieformen in die Betrachtung miteinschließt. Gegliedert ist das Buch nach den einzelnen Energieträgern, deren Beitrag zur gesamten Energieversorgung des Landes und deren spezifische Bedeutung und Problematik in den einzelnen Kapiteln diskutiert wird. Den Abschluß bildet ein Kapitel über die heutigen Probleme der Energieversorgung in den Entwicklungsländern allgemein.

Ins Zentrum des entwicklungspolitischen Interesses ist die Energieversorgung der Dritten Welt bzw. die konstatierte „Energiekrise" ja vor allem deshalb gerückt, weil sich in ihr verschiedene Problemebenen ebenso schneiden wie Entwicklungsmodelle exemplarisch scheiden. Einerseits wird die Energieversorgung vieler Länder der Dritten Welt entscheidend durch ihre wirtschaftliche Situation auf dem Weltmarkt beeinflußt, weil sie oft genug von Energieimporten abhängig sind. Zum andern verschärft die Verteuerung auch der traditionellen heimischen Energieträger die Verarmung der Massen. Und schließlich, da die Verteuerung in der Regel ein Resultat der Verknappung ist, bestehen enge Wechselbeziehungen zwischen der Verknappung traditioneller Energieträger (in erster Linie, aber nicht ausschließlich Brennholz) und der ökologischen Degradierung nahezu aller Gebiete der Dritten Welt, insbesondere aber der Berg- und Trockenzonen. Je nachdem, wo man die entscheidenden Ursachen in diesem Prozeß sieht, fallen dann auch die Lösungsansätze sehr unterschiedlich aus: von rein technischen bzw. wirtschaftlichen Vorschlägen über verschiedene Ansätze alternativtechnologischer Projekte bis hin zu umfassenden sozialökonomischen bzw. sozialökologischen Konzepten.

Der in Indien wichtigste Energieträger ist Brennholz. Ihm widmen auch Mayer/Menke/Siemers in ihrer Übersicht den größten Raum. Wie sieht ihre Analyse des Brennholzproblems aus?

Zunächst: es ist bemerkenswert, welche Fülle an Daten und Informationen sie in konzentrierter Form bieten. Das Holzpotential Indiens, seine räumliche und qualitative Verteilung werden vorgestellt, die Verbrauchsentwicklung skizziert, die Verluste bilanziert, auch einige historische Anmerkungen zur Entwicklung der Waldnutzung fehlen nicht. Die heutige Forstpolitik Indiens, insbesondere das „social forestry program" wird kritisch durchleuchtet, wobei deutlich wird, daß die ursprüngliche Intention der social forestry, Holz für die Armen von den Armen produzieren zu lassen, weitgehend fehlgeschlagen ist. Überwiegend ist es heute ein Programm zur Subventionierung von besser gestellten Bauern, die auf ihren landwirtschaftlichen Flächen profitables Brennholz für den kommerziellen Markt „anbauen". Die ökologischen Ursachen und Folgen der Brennholzkrise werden, wenn auch sehr knapp, benannt, ebenso einige sozioökonomische Auswirkungen.

Dennoch bleibt beim Lesen ein Gefühl, daß etwas fehlt. Vielleicht könnte man sich die Brennholzkrise besser deutlich machen, wenn sie eben nicht so ausschließlich vom Material her analysiert, sondern auch einmal aus der Perspektive der Verbraucher, also insbesondere der armen ländlichen Familien, und hier wieder in erster Linie der Frauen und Kinder betrachtet würde, nicht nur als Energie- sondern auch als Existenzkrise. Die besondere Bedeutung der Holzverknappung für die Frauen, die ja immer öfter auch zu Konflikten und zur Organisation der Frauen führt, wird allenfalls in Nebensätzen angedeutet. Von der in diesem Zusammenhang bedeutsamen chipko-Bewegung, in der ja ein tiefreichendes kulturelles und soziales Bezugssystem Mensch(Frau) - Baum postuliert wird, erfährt man nichts. Mag sein, daß die Autoren die Rezeption dieser Bewegung hierzulande für modisch übertrieben halten — dann wüßte man trotzdem gern ihr Urteil. Oder wie paßt es zusammen, daß der Aufwand für das Brennholzsammeln gigantisch angewachsen ist, nach der — anderswo bestätigten — Einschätzung der Autoren die Bereitschaft zur Einführung holzsparender Herde dennoch recht gering ist? Wie sieht das Brennholzproblem für die dörfliche Familie im Kontext der übrigen Existenzprobleme (Nahrung, Wasser...) aus?

Die Autoren verkennen die Bedeutung des sozialökonomischen Zusammenhangs der Energiefrage keineswegs. Sie streifen sie in jedem ihrer Kapitel, mal mehr, mal weniger. Aber dadurch, daß sie sich von der Systematik der Brennstoffe bzw. Technologien leiten lassen, ist leider der Weg zu einer umfassenden Analyse des sozialen bzw. sozialökonomischen Problems Energieversorgung etwas verstellt. Es ist trotzdem ein sehr nützliches Buch. Wer die Energie zum Weiterbohren hat, der findet hier das nötige Ausgangsmaterial.

Rainer Huhle



Diskussion um den Klärschlammartikel der Nr. 123 iz3w

Einer unserer Leser sandte den Artikel an das Amt für Energiepolitik, Ver- und Entsorgungsplanung der Baubehörde der Stadt Hamburg und löste damit die erneute Dieskussion um den Klärschlammexport aus. Im folgenden die leicht gekürzte Stellungnahme der Behörde:

...Langfristiges Ziel ist es, den Klärschlamm für den Landbau und — wenn möglich — für die Landwirtschaft zu nutzen. In der Zwischenzeit muß jedoch eine Entsorgungsmöglichkeit geschaffen werden. Sie besteht bisher darin, daß der mit Kalk versetzte Klärschlamm auf eine Deponie in der DDR gebracht wird. Auch die anderen Städte und Länder deponieren heutzutage Klärschlamm.

Unser Bestreben ist es, eine Alternative zu dieser Deponie zu entwickeln. Deshalb haben wir Angebote geprüft, die an uns herangetragen worden sind, und die lediglich eine Teilmenge des gesamten Klärschlamms in Hamburg erfassen sollen.

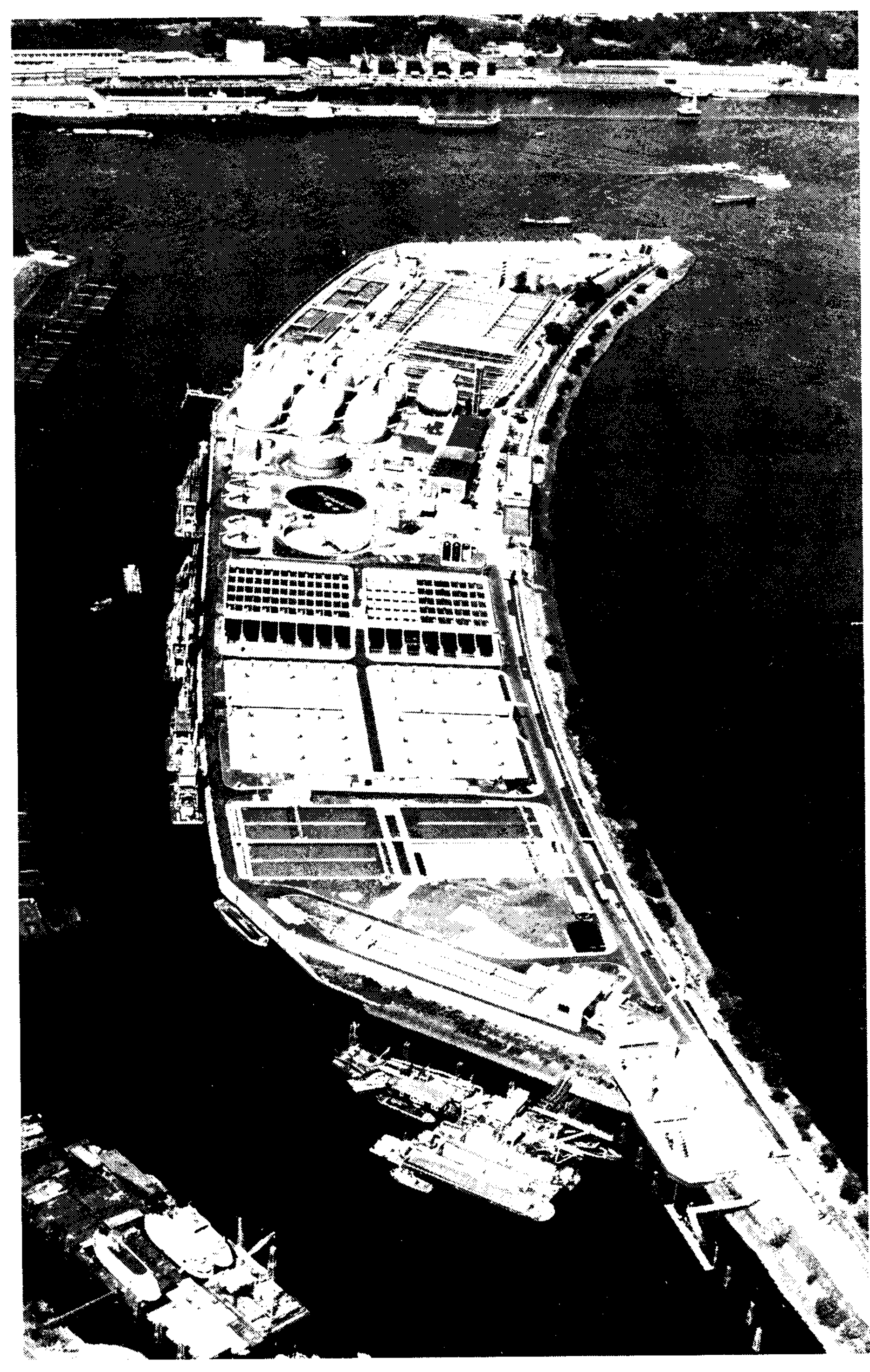
In jedem Fall haben wir — sehr zum Ärger der Anbieter — gefordert, daß eine Reihe von Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen. Dazu gehört, daß im jeweiligen Abnehmerland überprüfbar die deutschen Umweltschutzstandards einzuhalten sind. In diesem Zusammenhang sollte auch einmal bedacht werden, ob es nicht durchaus sinnvoll sein kann, die bei uns mühsam errungenen Umweltstandards über einzelne wichtige Projekte als Entwicklungshilfe in die Dritte Welt zu transportieren. Sowohl das Umweltschutzbewußtsein als auch das technische Knowhow bedürfen dort dringend einer Forderung.

Im übrigen haben wir den durchaus überzeugenden Ansatz aufgegriffen, den hohen Heizwert des Klärschlamms über eine Lufttrocknung als Brennmaterial verfügbar zu machen, um damit Meerwasser zu entsalzen. Diese Projekt haben wir zusammen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit geprüft. Die Prüfung ist aber noch nicht abgeschlossen.

Dies gilt auch für weitere Angebote aus dem europäischen Ausland. Auch in diesen Fällen haben wir den zuständigen Behörden alle uns zur Verfügung stehenden Daten übermittelt, mit ihren Vertretern ausführliche Beratungen gehabt, so daß die ökologischen Bedingungen offenliegen.

Wenn es auch müßig ist, jeden Abschnitt des Artikels im einzelnen zu beleuchten, weil das in einem abwassertechnischen Grundkurs ausufern würde, so bleiben doch einige Dinge, die klargestellt werden müssen:

1. Es ist leider nicht so, daß Schadstoffe, wie Schwermetalle und halogenierte Kohlenwasserstoffe nur im industriellen Bereich ins Abwasser kommen. Kleingewerbe und Privathaushalte sind als diffus verteilte Quellen in einem deutlichen Maß beteiligt. Erinnert sei hier an das Parachlordibenzol, das den traditionellen Toilettengeruch neuzeitlich verändern soll, an Pinselreiniger und auch an die in jeder Stadt anzutreffenden chemischen Reinigungen, die die erfolgreiche Fettfleckbekämpfung ebenfalls mit halogenierten Kohlenwasserstoffen vornehmen.
2. Ziel unserer Arbeit ist der Gewässerschutz und das möglichst nicht auf Kosten anderer Bereiche. Das Wiederfin-



den von Schadstoffen im Klärschlamm ist Beweis für den Erfolg der Abwasserreinigung.

3. Lebensnotwendige Spurenelemente und anorganische Giftstoffe unterscheiden sich im wesentlichen durch ihre Konzentration (mit Ausnahme von Cadmium und Quecksilber). Die Angabe von einer bestimmten Jahresmenge in Kilogramm eines potentiellen Schadstoffes ist daher völlig sinnlos.
4. Wie vereinbaren sich die Zahlen der auf Seite 51 wiedergegebenen Schwermetallkonzentration mit der Behauptung eines Giftexportes? Neben dem erfreulichen aber im Text nicht erwähnten Trend der Abnahme der Schwermetallkonzentration fehlt leider jeder Hinweis auf die Einschätzung dieser Konzentrationen. Die Werte der letzten Jahre liegen alle unterhalb der in der Klärschlammverordnung fixierten Grenzwerte nach der dann ein Schlamm ohne besondere Genehmigung landwirtschaftlich genutzt werden darf — unter Einhaltung bestimmter Aufbringungsmengen und anderer Randbedingungen.

Für den Fall, daß die Schwermetallkonzentration über den fixierten Grenzwerten liegen, wird der Klärschlamm keinesfalls als Giftmüll behandelt, sondern es bedarf dann für die landwirtschaftliche Nutzung lediglich der behördlichen Genehmigung, die in Abhängigkeit von den örtlichen Gegebenheiten erteilt wird oder nicht erteilt wird.

Der Hamburger Klärschlamm wäre also ohne weiteres landwirtschaftlich nutzbar. Eine empörte Reaktion darauf würde sich nicht etwa gegen die Baubehörde richten, sondern gegen den Bodenkundler Prof. Kloke, der sich schon vor Jahren als Mahner profiliert hat und dessen Vorschläge von tolerablen Grenzwerten in die Klärschlammverordnung aufgenommen wurden.

Viele Wachstumsversuche haben gezeigt, daß auf Klärschlamm eine üppige Vegetation wächst; es gibt keine gift-konzentrationsbedingten Wachstumshemmungen. Die Bedenken bestehen hinsichtlich einer über Jahrhunderte erfolgenden Zunahme der Konzentration des Bodens und im Zusammenhang damit in einer Anreicherung innerhalb der Nahrungskette.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hibbeln

Die Antwort der Autoren:

Die Stellungnahme der Behörde ist unserer Meinung nach nicht geeignet, die in den „blättern des iz3w" erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Sie widerspricht keinem der dargelegten Sachverhalte, sondern versucht lediglich, das Gefährdungspotential des Klärschlammexports zu verharmlosen und versteigt sich sogar dazu, diese hanseatische Entsorgungspolitik zu einem neuen Entwicklungshilfekonzept zu erheben.

Die der Imagepflege dienenden Elemente der Stellungnahme wollen wir hier unberücksichtigt lassen und nur auf die wichtigsten, konkreten Thesen der Behörde eingehen:

These 1: „In jedem Fall haben wir (...) gefordert, daß (...) im jeweiligen Abnehmerland überprüfbar die deutschen Umweltschutzstandards einzuhalten sind."

Ob deutsche Umweltschutzstandards etwa in Nordafrika eingehalten werden, wird sich zweifellos jeglicher Kontrolle durch den Hamburger Senat entziehen. Die Kontakte zwischen den Abnehmerländern und Hamburg laufen über Privatfirmen, die dem Senat Entsorgungskonzepte anbieten. Ein Zugriff auf die tatsächliche Verwendung des Klärschlamms im Abnehmerland dürfte sich für den Senat als äußerst schwierig erweisen, zumal er nicht einmal eine effiziente Kontrolle Hamburger Unternehmen gewährleisten kann (will?). Übrigens pflegen deutsche Behörden sich sonst meistens auf die Souveränität der Abnehmerländer zu berufen — etwa wenn es darum geht, deren verantwortungslosen Umgang mit gefährlichen Chemikalien aus deutscher Produktion zu kontrollieren. Und schließlich: auch über die Qualität der deutschen Umweltschutzstandards kann man sich durchaus streiten.

These 2: Wir halten es für sinnvoll, „den hohen Heizwert des Klärschlamms über eine Lufttrocknung als Brennmaterial verfügbar zu machen, um damit Meerwasser zu entsalzen."

Damit bestätigt die Behörde, daß für die Bundesrepublik und Nordafrika unterschiedliche Standards gelten. Während Entsorgungssenator Kuhbier die Verbrennung in der Bundesrepublik „wegen Emissionen einer entsprechenden Verbrennungsanlage" ablehnt, soll diese Einschränkung in den Abnehmerländern nicht gelten.

These 3: Wir haben „den zuständigen Behörden alle uns zur Verfügung stehenden Daten übermittelt, (...) so daß die ökologischen Bedingungen offenliegen."

Ob den zuständigen Behörden in den Abnehmerländern tatsächlich alle verfügbaren Daten zugänglich gemacht wurden, weiß nur Senator Kuhbier selber. Auf jeden Fall ist davon auszugehen, daß bei einer land- und forstwirtschaftlichen Nutzung des Klärschlamms die letztendlich betroffene Bevölkerung (Bauern, Konsumenten...) dessen Gefährdungspotential nicht einschätzen kann. Und von einer Partizipation der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen kann zumindest in den Abnehmerländern Tunesien und Marokko keine Rede sein.

These 4: „Lebensnotwendige Spurenelemente und anorganische Giftstoffe unterscheiden sich im wesentlichen durch ihre Konzentration (...) Die Angabe einer bestimmten Jahresmenge in Kilogramm eines potentiellen Schadstoffes ist daher völlig sinnlos."

Zum einen geht die Behörde hier (wie in der gesamten Stellungnahme) nur von anorganischen Schadstoffen aus. Dabei enthält der Klärschlamm noch eine Vielzahl synthetischer, organischer Stoffe (sicherlich weit über 1000 unterschiedliche Substanzen), über deren ökologische Wirkungen so gut wie nichts bekannt ist.

Auszug aus einer Pressekonferenz vom 13. 11. '84:

Wie der Senator vor der Presse erläuterte, hat die Baubehörde alle Verfahren zur Klärschlammbeseitigung oder -verwertung eingehend überprüft, die zur Zeit realisierbar oder im Stadium der Erprobung sind. Hamburg deponiert jährlich bis zu 150.000 Tonnen mit Kalk stabilisierten Klärschlamm hauptsächlich auf der DDR-Deponie Schönberg. Die Menge wird sich mit Inbetriebnahme des Klärweks Dradenau auf etwa 165.000 Tonnen erhöhen. Vor dem Hintergrund dieses Mengenproblems sind zur Zeit, wie die Verfahrensüberprüfungen der Baubehörde ergeben haben, nur zwei Verfahren der Klärschlammbeseitigung realistisch:

– Der Klärschlamm wird entwässert, verbrannt, und die Verbrennungsrückstände werden deponiert.
– Der Klärschlamm wird entwässert und direkt deponiert.

Wie Senator Kuhbier weiter erklärte, stehen bei allen künftigen Überlegungen und Entscheidungen Umweltaspekte im Vordergrund, Die Verwertung von Klärschlamm sollte Priorität genießen gegenüber Lösungen, die eine Nutzung ausschließen. Da der Klärschlamm aber immer auch einen gewissen Anteil an schädlichhen Stoffen (zum Beispiel Schwermetalle) enthält, sei bei jeder Entsorgungslösung die Umweltverträglichkeit zu prüfen.

Vor diesem Hintergrund habe der Senat entschieden, *daß eine Verbrennung des Hamburger Klärschlamms nicht in Frage komme wegen der Emissionen einer entsprechenden Verbrennungsanlage.* In Anbetracht der bestehenden Luftbelastung in Hamburg sei eine solche neue Emissionsquelle nicht vertretbar. Daneben waren auch Kostengründe für diese Enscheidung maßgebend.

Der Senat hat deshalb am Dienstag beschlossen, daß der Hamburger Klärschlamm mittelfristig weiter deponiert werden soll, bis eine Verwertung in der Größenordnung der in Hamburg anfallenden Mengen technisch und wirtschaftlich realisierbar ist. Die Ablagerungsmöglichkeit in Schönberg, die bis dahin die umweltschonendste und kostengünstigste Beseitigungsform ist, hat sich die Baubehörde vertraglich bis zum Jahre 2000 gesichert. Darüber hinaus werden die Bemühungen fortgeführt, auch andere Deponien zu beschicken.

Langfristiges Ziel ist es jedoch, weitere Möglichkeiten der Klärschlammentsorgung zu prüfen. Politischer Schwerpunkt wird es sein, ein System zu entwickeln, das eine Entlastung des Klärschlamms von Schwermetallen garantiert, um ihn dann zur Bodenverbesserung wiederzuverwerten.

Bei solchen Substanzen sagt deren Konzentration im Klärschlamm nichs darüber aus, wie stark sie sich im Gewebe von Organismen anreichern. Zum anderen bezogen sich die Angaben über Mengen in kg bestimmter Schadstoffe im Klärschlamm-Artikel in den „blättern Nr. 123" auf den jährlich im Atlantik verklappten Klärschlamm. Hier ist lediglich eine Angabe in kg sinnvoll, da es um die Höhe der Gesamtemission geht. In wieviel Tonnen Klärschlamm diese Schadstoffe enthalten sind, ist genauso unerheblich, wie die Frage, ob man 1 Gramm Zyankali mit einem Teelöffel oder mit einem Eßlöffel Wasser zu sich nimmt.

These 5: Es gibt einen „erfreulichen (...) Trend der Abnahme der Schwermetallkonzentrationen" und „die Werte der letzten Jahre liegen alle unterhalb der in der Klärschlammverordnung fixierten Grenzwerte (...)"

In den „blättern Nr. 123" wurden die Gehalte von Cadmium, Blei, Kupfer und Zink im Klärschlamm angegeben. Diese Werte wurden aus einer Veröffentlichung der Baubehörde übernommen.[1] Sie zeigen in der Tat eine abnehmende Tendenz. Mittlerweile liegen uns jedoch auch die Werte jener Schwermetalle vor, die in der Behördenveröffentlichung (zufällig?) fehlen: die Quecksilberkonzentration stieg von 6 mg (1977–80) auf 27 mg/kg Trockensubstanz (1982) und liegt damit über dem zulässigen Grenzwert. Nickel stieg gleichzeitig von 107 auf 114 mg/kg TS. Von einer generellen Abnahme ist daher keineswegs zu sprechen. Außerdem sind die Angaben Mittelwerte, die auf seltenen Stichproben (1981: 9 Proben) beruhen und daher über die tatsächliche Belastung der einzelnen Klärschlammpartien wenig aussagen, zumal die Schadstoffbelastung des Schlamms stark schwankt.

These 6: Der Klärschlamm ist so wenig belastet, daß er „ohne besondere Genehmigung landwirtschaftlich genutzt werden darf — unter Einhaltung bestimmter Aufbringungsmengen und anderer Randbedingungen."

Wenn die landwirtschaftliche Nutzung so unproblematisch ist, wie die Entsorgungsbhörde behauptet, dann stellt sich die Frage: warum wird der Klärschlamm nicht hierzulande als Dünger eingesetzt? Dafür gibt es gute Gründe: Zum einen ist die ganze Frage der Belastung des Klärschlamms mit organischen Schadstoffen (z.B. chlorierten Kohlenwasserstoffen) bisher völlig unkalkulierbar, da erst ein Bruchteil der im Klärschlamm enthaltenen Substanzen identifiziert wurde. Zum zweiten läßt sich die Unbedenklichkeit einer Nutzung nicht nur nach dem Schadstoffgehalt des Schlamms beurteilen, sondern es muß auch die Vorbelastung des Bodens berüchsichtigt werden. Hierzulande ist eine landwirtschaftliche Nutzung aufgrund der jahrzehntelangen Schwermetallakkumulation im Boden nicht mehr vertretbar. Hieraus darf aber auf keinen Fall geschlossen werden daß man den Prozeß der Schadstoffakkumulation in Regionen auslagern sollte, deren Vorbelastung mit toxischen Substanzen noch nicht so hoch ist. Überdies ist fraglich, ob die Einhaltung vorgeschriebener Aufbringungsmengen tatsächlich gewährleistet werden kann.

These 7: Es kann sinnvoll sein, „die bei uns mühsam errungenen Umweltstandards über einzelne wichtige Projekte als Entwicklungshilfe in die Dritte Welt zu exportieren."

Die Behörde schlägt vor, nachdem sie die Umweltprobleme des Industriestandorts Hamburg erfolgreich exportiert hat, zur Bewältigung derselben bundesdeutschen know-how mitzuliefern. Doch wir meinen: nicht nur know-how, auch die zugehörigen Entsorgungsprofis sollten mitgeliefert werden. Die Wüste ruft, Herr Senator!

Andreas Ahrens
Tilman Altenburg

1) Freie und Hansestadt Hamburg, Baubehörde, Jahresbericht Stadtentwässerung 1982/83

Leserbrief

Meine kleine Kritik!
Gibt es eigentlich aus der 3. Welt nichts Positives zu berichten? Die Welt besteht nicht „nur" aus Rechts-Links-Kampf. So ist mir von vielen beispielhaften Projekten in der 3. Welt bekannt (Thailand, Burma), die von der Welthungerhilfe und auch vom BMZ gefördert werden. Man sollte eine Zeitschrift nicht zu sehr zum politischen Agitationsfeld verkommen lassen. Objektive Information setzt auch Kritik an der eigenen politischen Überzeugung voraus. Typisch europäisch d. h. rationalistisch geprägt sind die Berichte der „blätter" einzuordnen. Die Bewertungen sind zu unlogisch. Lediglich „Gute" und „Böse" werden unterschieden, nämlich diejenigen, die die eigene Ideologie fördern und die Gegner.

Ich habe schon mehrere Reisen in die 3. Welt unternommen und mir ist jedesmal aufgefallen, wie „unpolitisch" die Menschen eigentlich sind. Sind es nicht vielmehr wir West'ler (Europäer), die mit unserer Klassenkampfmentalität die Menschen in der 3. Welt von ihrem schweren Los durch Aufklärung befreien wollen.
Diese Art von politischem Neokolonialismus ist genauso zu verwerfen, wie die wirtschaftlichen Praktiken einiger multinationaler Unternehmen, die für ihre miesen Produkte einen Absatzmarkt suchen. Wir können nicht unsere kulturelle Denkweise anderen aufoktroyieren, auch wenn wir glauben, auf der „richtigen" Seite zu kämpfen.

Darum ist etwas mehr Selbstkritik und Selbstkontrolle gefordert und vor allem aus der kulturellen Eigenart eines Landes, der menschlichen vor allem, die Beurteilungen und Wertungen vorzunehmen.

Axel Maaßen

Neuerscheinungen

Paco Yunque — Bildergeschichte nach der Erzählung von Cesar Vallejo von Juan Acevedo ag spak, Kistlerstr. 1, 8000 München 90, DM 5,50

Sanfter Tourismus: Alibi oder Chance? Ueli Mäder, rotpunktverlag, Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung
ISBN 3-85869-030-9, 224 S., Fr. 18,-

Die deutschen Entwicklungshilfeorganisationen, AG für internationale Entwicklungsfragen Bestelladresse: W. Kutte, Grindelallee 146, 2 Hamburg 13, 144 S., DM 9,50

Lomé III — Kritische Analysen zum Verhältnis der Europäiscchen Gemeinschaft gegenüber der Dritten Welt
Deutsche Welthungerhilfe, Adenauerallee 134, 5300 Bonn 1, 2 Bände, DM 2,- pro Band

hungerstreik-doku 1984/85
Edition Unkraut, Postlagerkarte 050232 C, 75 Karlsruhe, DM 5,-

Tödliche Hilfe, Brigitte Erler, Dreisam-Verlag, Freiburg 1985, 106 S., DM 13,80

Chips und Kabel, Weltinformations(un)ordnung, Computerbrot für die 3. Welt
Medienrundbrief Nr. 16, März 1985
Hrsg.: Die Grünen,
Vertrieb: Kommedia Medienbuchladen GmbH, Bundesallee 138, 1000 Berlin 41, DM 3,50

Ökonomie und Ökologie, Auswege aus einem Konflikt
Hg.: Udo Ernst Simonis, Verlag C. F. Müller, Karlsruhe, Reihe Alternative Konzepte 33, 212 S. DM 16,80

Philippinen, Aspekte der ländlichen Entwicklung und Weltmarktintegration seit 1972 copyright 1984 by Rainer Werning, Wurf-Verlag Münster, Mai 1984
ISBN 3-923881-09-6, 50 S., DM 4,50

Schweizer Mammutkraftwerke in der Dritten Welt, Erklärung von Bern, Quellenstr. 25, 8005 Zürich, 72 S.

Verschwunden in Honduras
Honduras-Komitee Hamburg, Grindelallee 9, 2 Hamburg 13

Armutsorientierte ländliche Entwicklungshilfe, Kirche und Agrarwissenschaftler im Gespräch
Bearbeitet von R. Buntzel, ISBN 3-87476-223-8, „texte" zum Kirchlichen Entwicklungsdienst 33, 1985, 144 S., DM 12,80

Jahrbuch für gewaltfreie und libertäre Aktion, Politik und Kultur:
Wege des Ungehorsams, Kassel 1984, 190 S.
Weber, Zucht und Co, Steinbruchweg 14, 3500 Kassel-Bettenhausen

Haiti — Ein Kurzbericht
Hg.: amnesty international, Köln, März 1985, 48 S.

Linke Realpolitik Frankreichs, Außenpolitik unter Mitterand, Winfried Veit in: Internationale Politik, FES, Nr. 117, August 1984

Ländliche Entwicklung, Zielgruppenorientierte Projektansätze, Wolfgang Meyer in: Analysen FES, Nr. 117, August 1984

Transmigration, Indonesiens organisierte Völkerwanderung, Dietrich Kebschull in Analysen FES, Nr. 118, Dezember 1984

Ausstellungen zur „3. Welt"
Bezug: Kulturbüro in der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50, 28 S., DM 3,-

---

Für VERANSTALTUNGSABENDE **steht vom 3.-30. 5. 85 ein eng. Mitarbeiter aus PERU interessierten Gruppen hier zur Verfügung. Themen: Alternative Technologie/ Biogas-Arbeit im Hochland Perus; in Verbindung mit campesino-Arbeit, bewußtseinsbildender Arbeit und Selbstorganisation.**
Nähere Auskunft: AG SPAK (Bewußt-Päd.)
Kistlerstr. 1, 8 München 90
Tel. 089/6917821 (Heinz Schulze)

Ausstellung „Rüstungsexport — ein todsicheres Geschäft":
Z. Zt. 40 Tafeln (geplant: 65 Tafeln), Größe: 80× 110 cm, Verleih mit Trägersystem, Leihgebühr: 200,- DM pro Woche (Preise für vollständige Ausstellung ab 1. 1. 86: 1. Woche: 350,- DM, 2. Wo.: 300,- DM, 3. Wo.: 250,- DM, 4. Wo.: 200,- DM) Hinzu kommen die Transportkosten.

Ausstellung „Waffen für die Welt"
40 Tafeln, Größe 40—50 cm, Leihgebür: 80,- DM pro Woche und Transportkosten.

Katalog zur Ausstellung „Rüstungsexport — ein todsicheres Geschäft":
Der Katalog umfaßt die bisher erstellten Tafeln der Ausstellung und wird jeweils mit der Ausstellung erweitert. Er enthält ebenfalls die wichtigsten Tafeln der Ausstellung „Waffen für die Welt". Einzelpreis: 5,- DM, ab 10 Exemplaren: 4,- DM, ab 100 Exemplaren: 3,50 DM. Die Entleiher der Ausstellung und Wiederverkäufer erhalten die Kataloge auf Kommission für 4,- DM. Wiederverkaufspreis: 5,- DM (alles vorläufige Preise).

Archiv:
Auf Anfrage verschicken wir Artikel zu gewünschten Themenbereichen (Preis pro Kopie: 0,50 DM). Anfragen bitte möglichst konkret.

Adresse:
PROJEKTGRUPPE „RÜSTUNGSEXPORT"
Limburgerstraße 23, 6270 Idstein
Tel.: (Mo.-Fr.: 9.00-12.00 h) 06126/53118

Blätter zur Berufskunde: Entwicklungshelfer(in)
Hg.: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg
W. Bertelsmann Verlag KG Bielefeld, Nr. 12.91.301.321 E

Städtepartnerschaften mit Nicaragua
Hg.: JUSOS, Bezug: Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn, 75 S., DM 3,-

Pädagogik Dritte Welt, Jahrbuch 1984
IKO-Verlag 1985, ISBN 3-88939-126-5, 200 S., DM 28,-

Corruption as the fifth Factor of Production in Sudan, Kaeir El-Wathig und Ibrahim Kursany
Hg.: Skandinavien Institute of African Studies, Research Reportts Nr. 72

Jahrbuch 84, Komitee für Grundrechte und Demokratie, 1. Auflage, März 85, ISBN 3-88906-013-7, 295 S., DM 15,-

---

Afrika Asien Lateinamerika

Mittwochs Kino

Internationalismus in Film und Diskussion

Informationszentrum 3. Welt Freiburg und Kommunales Kino Freiburg

Filmseminar

VOM MAOISTISCHEN ZUM REFORMISTISCHEN CHINA

gezeigt werden Filme von Joris IVENS und Marceline LORIDAN aus dem Zyklus

WIE YÜ GUNG DIE BERGE VERSETZTE
Reise in den Alltag des neuen China

Referent: Dr. Rainer Hoffmann, Privatdozent für wiss. Politik, Freiburg

Termin: 4./5.6.85, jeweils 15.00 Uhr im Kommunalen Kino

Preis: 20,- DM, Vorverkauf ab sofort beim Kommunalen Kino Freiburg Urachstr. 40, Tel 0761/709033

„Tee — ein bitteres Erbe Sri Lankas"

Unter diesem Themenschwerpunkt hat die Lüneburger Südasiengruppe eine Ausstellung zu Sri Lanka erarbeitet. Auf 60 DIN A 1 Tafeln werden folgende Schwerpunkte mit vielen Fotos behandelt:

- Sri Lanka in vorkolonialer Zeit
- Die Kolonialzeit in Sri Lanka
- Sri Lanka nach der Unabhängigkeit
- Warum sind Entwicklungsländer Entwicklungsländer?
- Aktuelle Entwicklungspolitik
- Minderheiten — nur in Sri Lanka?

Die Ausstellung ist gegen Übernahme der Versandkosten ausleihbar. Es können auch einzelne Teile ausgeliehen werden.
Ein Faltblatt informiert über die Schwerpunkte der Ausstellung.

Interessenten wenden sich bitte an:
Südasiengruppe Lüneburg
c/o Christoph Kayser
Klostergang 6, 2120 Lüneburg

Das **Kulturbüro in der** 

sucht voraussichtlich ab Mitte/Ende Juni

1-2 Mitarbeiter/-innen

Vorraussetzungen:
- Erfahrungen in der „3. Welt"-Arbeit, insbesondere auch im kulturellen Bereich
- Organisationstalent und Durchsetzungsfähigkeit
- Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit kirchlichen Gruppen

Bewerbungsschluß ist der 22. Mai

Bewerbungen an:
Kulturbüro in der Werkstatt 3
Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, 040/394133



Zeitschriftenschau

Peru-Informationen Nr. 10
Politische und ökonomische Situation des letzten Jahres – Einschätzung der Wahlen – Bauernwachen und Paramilitärische Bauernstreifen – Kulturelle Identität
Bezug: Peru-Komitee c/o ESG, Universitätsstr. 19, 4300 Essen 1

issa – informationsdienst südliches afrika e. V.
Schwerpunkt: Perspektiven des Widerstands
Botschaft des ANC – Von Basisinitiativen zum Aktionsbündnis – Interviews – Der Widerstand der Schüler und Studenten – Gewerkschaften und Politik
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1
Preis: DM 5,-, Abo: DM 40,-

epd-Entwicklungspolitik 5/85 (März)
Entschuldung durch Handelsliberalisierung, ein neuer Vorstoß der UNCTAD – Umsiedlung in Äthiopien – Hilfe für Afrika – Mit Milchpulver gegen Armut?
Bezug: EPD, Postfach 17 4192, 6000 Frankfurt 17
Preis: DM 3,-

AIB – Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 4 1985
USA: Staatsterrorismus – UNO Position contra Reagan – Palästina: Das Arafat-Hussein-Abkommen – Vietnam-Sonderteil – Südkorea: Abstimmung gegen die Diktur – Rezension: Frauen in Kuba und Nicaragua
Bezug: AIB, Liebigstr. 446, 3550 Marburg

INPREKORR – Internationale Pressekorrespondenz, Nr. 168, April 1985
Die Wirtschaft Israels – Philippinen: Geht das Marcos-Regime zu Ende? – Terror gegen Abtreibungskliniken in den USA – Die „Nuclear Disarmaent Party" in Australien
Bezug: Internationale Sozialistische Publikationen, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1
Preis: DM 3,50

Forum, Nr. 89, März 85
Weltwirtschaftsgipfel – Pharma-Brief – Afrika-Forum: Bericht von der Delegiertenkonferenz der Afrika-Solidaritätsgruppen
Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 2

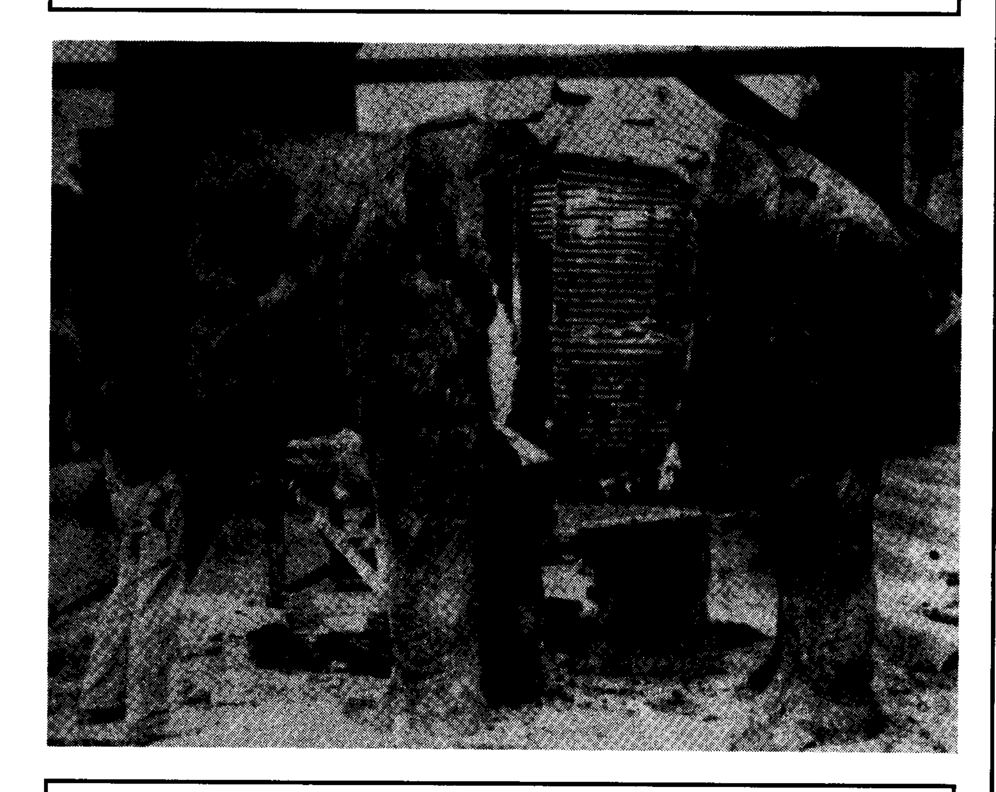
Brasilien Nachrichten, April 1985
Schwerpunkt: Gewerkschaften in Brasilien: Streiks – Aus dem Alltag der Arbeiter – Kirche und Gewerkschaft – Deutsches Kapitel in Brasilien – Geschichte der brasilianischen Arbeiterbewegung – Sozialdaten
Bezug: Brasilien Nachrichten, Lichtenbergstr. 4500 Osnabrück

ila-info Nr. 84, April 1985
Schwerpunkt: Boliviens Gewerkschaften contra IWF – Alltag in einem Armenviertel von Mexico-Stadt – Paraguay bald westdeutsche Kolonie? – Weltwirtschaftsgipfel – BuKo 9
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
Preis: DM 3,-

Peripherie Nr. 18/19
Kulturelle Identität und Nationalstaat: Nationalismus-Diskussion und Forschung – Vorderer Orient – Kommunalistische Bewegungen, Islam und soziale Bewegungen – Mosambik: Nationale Integration?
Bezug: Peripherie, c/o FDCL, im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
Preis: DM 16,-

Lateinamerika Nachrichten Nr. 136, April 1985
Nicaragua: Reagans Rechtsverständnis – Chile: Das Erdbeben und die Folgen – Brasilien: Mörderische Rohstoffgier – Paraguay-BRD: Stroessner-Besuch im Juli – Friedensmarsch durch Mittelamerika
Bezug: Lateinamerika Nachrichten, im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
Preis: DM 4,50





Tagungshinweise

„Internationaler Theater-, Zirkus-, Tanz und Rhythmikworkshop", 3.-8. August 1985, Bergisch-Gladbach, Informationen und Anmeldung: Haus Lerbach, 5060 Bergisch-Gladbach 2

„Interkulturelle Begegnung",
31. 5.-2. 6. 85, Bielefeld
„Frauen in der Ausländer- und Ausländerinnenarbeit",
31. 5.-2. 6. 1985, Bonn
„Der Islam", 5. 6.-7. 6. 1985, Vlotho
„Als Entwicklungshelfer arbeiten in der ‚Dritten Welt' — Möglichkeiten und Grenzen", 26. 7.-28. 7. 1985, Bad Oeynhausen
Information und Anmeldung für alle Tagungen: AKE, Postfach 1109,
4973 Vlotho

Ausstellung „Mensch und Geschichte in Äthiopiens Volksmalerei", Ausstellung des Staatlichen Museums für Völkerkunde München, 8.3.-3.11. 1985

Tribunal gegen den Imperialismus „No parasan", 6. 7. 1985, Hamburg, Information und Anmeldung: SDAJ, Asselner Hellweg 106 A, 4600 Dortmund 13

---

7. Kongreß der KOMKAR „Schluß mit dem Krieg gegen das kurdische Volk", 18./19. Mai 1985, Köln, Information und Anmeldung: KOMKAR, Burgunderstr. 35-37, 5000 Köln 1

„Wir übersetzen gemeinsam", 21.-23. 6. 1985, Königstein, Information und Anmeldung: Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika e.V., Postfach 2404, 6000 Frankfurt/M.

Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel, 3. Mai 1985, Bonn, Information und Anmeldung: Aktionsbüro, Siegburger Str. 11, 5300 Bonn 3 (Informationen zu den Aktionen: Rundbrief Ziviler Ungehorsam 4/85, Bodelschwingstr. 13, 35 Kassel)

---

1. Aktionswoche gegen Futtermittelimporte 10.-16. Juni 1985, Informationen bei BUKO-Agro-Koordination, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

„Futtermittelimporte aus der 3. Welt — die Folgen dort wie in der Landwirtschaft hier", 17.-19. 5. 1985, Oberweikertshofen, Information und Anmeldung: Wolfgang Werner (Bayr. Dritte Welt-Handel e. G.), Sandbergstr. 6, 8061 Vierkirchen

---

6. Tübinger Gespräch zu Entwicklungshilfefragen: „Die Welt des Islams zwischen Tradition und Fortschritt", 17./18. 5. 1985, Information und Anmeldung: Institut für wissenschaftliche Zusammenarbeit,
Landhausstr. 18, 74 Tübingen

Horizonte '85: 3. Festival der Weltkulturen, 7.-30. 6. 1985, Berlin, Information und Anmeldung: Berliner Festspiele, Budapester Str. 50,
1000 Berlin 30

Viktor Lüpertz

Bergstr 6

7801 Oberried

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

25 Jahre ASA

Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Lateinamerika und Asien

Vom 30.Mai bis 2.Juni 1985 in Berlin.

Kein Jubelfest, sondern eine (selbst)kritische Zwischenbilanz eines Programms im Vorfeld bundesdeutscher Entwicklungspolitik. Außerdem eine Gelegenheit, sich über ASA und über die Arbeit in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu informieren.

30.5.: Info-Veranstaltung mit ZAV, CIM, LHÜ.

31.5.: Pressekonferenz
Festakt
Infoveranstaltung über das Berufstätigenprogramm
Kooperationsgespräch ASA - Hochschulen

Podiumsdiskussion: "Entwicklungspolitik in der Krise?" mit Köhler, Dhunjibhoy, Matzke, Gebrewold, Bindig, Mies, Holzer u.a.

1.6.: Workshops zu entwicklungspolitischen Arbeitsfeldern:
- Ländliche Entwicklung
- Energieprojekte
- Bildungshilfe
- Stadtentwicklung / Wohnungsbau
- Frauenprojekte



Ausführende, "counterparts", Kritiker und Stipendiaten in der Diskussion.
Anschließend Plenum: Schlußfolgerungen ?

abends:
Fest mit SARABA

2.6.: Plenum und AGs über Perspektiven von ASA:
- Berufstätigenprogramm
- Beteiligung ausländischer Teilnehmer
- ASA als Austauschprogramm?
- Nachbetreuung bei ASA
- ASA im Kulturbereich

Offen für alle Interessierten. Ausführliches Programm und Anmeldung bei:

ASA-Programm
Carl Duisberg Gesellschaft
Lützowufer 6-9
1000 Berlin 30
030/25482-353

